

# Stenographisches Protokoll

## 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 27. Oktober 1961

### Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962

### Inhalt

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 3141)  
Entschuldigungen (S. 3141)

### Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 39, 49, 17, 28, 48, 52, 32, 34, 35, 40 und 23 (S. 3141)

### Verhandlungen

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 (473 d. B.)

#### Erste Lesung

Redner: Uhlir (S. 3151), Dr. Gredler (S. 3159), Dr. Maleta (S. 3167), Benya (S. 3176) und Altenburger (S. 3184)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 3188)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Dritter Präsident Dr. Maleta.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 74. Sitzung vom 25. Oktober 1961 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Eichinger, Ferdinand Graf, Dr. Gschnitzer, Dr. Reisetbauer und Dr. van Tongel.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Bleyer, Dr. Hurdes, Kranebitter, Prinke, Dr. Piffel-Perčević, Seiringer, Stürgh, Thoma, Josef Wallner (Graz), Dr. Grünsteidl, Czernetz und Strasser.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde. Ich werde diese in derselben Weise wie in der gestrigen Sitzung abwickeln und beginne jetzt — um 9 Uhr 5 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Wir kommen zur Anfrage 39/M des Herrn Abgeordneten Grubhofer an den Herrn Bundesminister für Inneres:

Ist der Herr Bundesminister bereit, zur Klarstellung der Kompetenzen für die Schaffung des wirksamen Zivilschutzes eine Konferenz einzuberufen, an der neben den Vertretern der Zentralstellen auch die Landeshauptleute, die Vertreter der Städte und Gemeinden sowie die für Zivilschutzaufgaben in Frage kommenden Organisationen teilzunehmen hätten?

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Bundesminister für Inneres das Wort zur Beantwortung.

Bundesminister für Inneres **Afritsch:** Der Ministerrat hat den Herrn Landesverteidigungs-

minister und mich mit den Planungsarbeiten für den Zivilschutz beauftragt. Die Beratungen sind nun so weit fortgeschritten, daß es notwendig sein wird, eine Konferenz mit den Landeshauptleuten und mit den Vertretern des Städtebundes und des Gemeindebundes abzuhalten, um die Fragen der Kompetenzverteilung im Zivilschutz zu besprechen und auch die finanziellen Fragen zu erörtern. Wir haben die Absicht, nach dieser Konferenz eine Arbeitsbesprechung abzuhalten, an der auch die großen Schutzorganisationen — Feuerwehr, Rettung sowie der Zivilschutzverband — mitarbeiten sollen; diese Organisationen sollen dazu eingeladen werden.

**Präsident:** Der Fragesteller wünscht eine Zusatzfrage. Ich erteile ihm das Wort dazu.

Abgeordneter **Grubhofer:** Herr Bundesminister! Ich bin der Auffassung, daß noch in diesem Jahre eine Konferenz abgehalten werden sollte. Ich möchte Sie daher fragen: War es Ihnen möglich, einen Termin schon für die Monate November oder Dezember dieses Jahres festzulegen?

Bundesminister für Inneres **Afritsch:** Wir haben bereits mit den Landeshauptleuten Verbindung aufgenommen, und ich nehme an, daß diese Konferenz Mitte November stattfinden wird.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 49/M des Herrn Abgeordneten Kindl an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung:

Sind Sie bereit, die Gründe darzulegen, welche das Bundesministerium für Landesverteidigung veranlaßt haben, Vertreter der Presse zu einer Besichtigung der Verteidigungsanlagen bei Bruck an der Leitha einzuladen, wodurch eine lebhafte Diskussion über den militärischen Wert und über die Zweckmäßigkeit der hierfür aufgewendeten Geldmittel ausgelöst wurde?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Hohes Haus! Ich habe die Vertreter der Presse zur Besichtigung der Anlagen in der Brucker Pforte eingeladen, weil ich der Auffassung bin, daß die Öffentlichkeit mit allen Angelegenheiten der Landesverteidigung, soweit diese nicht aus militärischen Gründen geheimgehalten werden müssen, befaßt werden soll. Dazu kommt, daß die Öffentlichkeit durch bestimmte Pressemeldungen ohnehin schon seit vielen Monaten davon Kenntnis erhielt, daß das Bundesheer Sperranlagen errichtet hat beziehungsweise errichtet. Es schien daher angezeigt, den Vertretern der Presse eine objektive Berichterstattung zu ermöglichen. Außerdem soll die Bevölkerung wissen, daß das Bundesheer seinen Auftrag, das österreichische Staatsgebiet schon an seinen Grenzen zu verteidigen, ernstnimmt.

Daß die Besichtigung der Anlagen eine lebhafte Diskussion ausgelöst hat, ist meines Erachtens nicht von Nachteil. Es wäre um unsere Demokratie nicht gut bestellt, wenn eine Information der Öffentlichkeit etwa deswegen unterbliebe, weil mit Kritik zu rechnen ist.

Was die Anlagen in der Brucker Pforte betrifft, so wurden diese nicht nur aus strategischen Gründen errichtet, sondern insbesondere auch zum Zweck der Ausbildung der Truppe, zumal sich diese Anlagen auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes befinden.

Weder bei den Anlagen in der Brucker Pforte noch bei sonstigen Sperranlagen in Österreich handelt es sich um irgendeine Art von Maginotlinie. Es wurden lediglich Stützpunkte mit entsprechenden Kampf- und Schutzanlagen errichtet, die in den Grenzräumen einen zusätzlichen Rückhalt für den Grenzschutz abgeben sollen. Die für diese Zwecke aufgewendeten Mittel stehen wegen ihrer relativen Geringfügigkeit in keinem Verhältnis zum militärischen Effekt; sie sind daher zweckmäßig.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage. Ich erteile ihm das Wort dazu.

Abgeordneter **Kindl:** Herr Minister! Sind Sie trotzdem nicht der Meinung, daß bei der geringen Dotierung der Landesverteidigung diese von Ihnen jetzt genannten bescheidenen Mittel für die technische Ausrüstung beziehungsweise die Motorisierung des Bundesheeres besser zu verwenden gewesen wären?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister, die Frage zu beantworten.

Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Ich habe darauf hingewiesen, daß die aufgewendeten Mittel auch im Verhältnis zu dem vorhandenen Budget des Bundesheeres außerordentlich geringfügig sind. Ich halte infolgedessen die für diese Zwecke aufgewendeten Mittel auch im Hinblick auf andere vordringliche Aufgaben im durchgeführten Umfang für vertretbar und zweckmäßig.

**Präsident:** Noch eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Kindl?

Abgeordneter **Kindl:** Könnte der Herr Minister bekanntgeben, wie hoch die Summe der für die Verteidigungslinie aufgewendeten Mittel ist? (*Abg. Glaser: Zuerst wollen Sie alles geheimhalten, und jetzt wollen Sie alles wissen!*)

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Frage.

Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Viel weniger, Herr Abgeordneter, als Sie mutmaßlich glauben (*Heiterkeit*), und lange nicht das, was zur Sicherung unseres Grenzgebietes wünschenswert wäre. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*) Ich bin sehr gerne bereit, eine Mitteilung über das, was Sie mir als Frage vorgelegt haben, den parlamentarischen Klubs zur internen Information zu unterbreiten.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 17/M des Abgeordneten Zingler an den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Wann ist mit der Fertigstellung der Elektrifizierung der Südbahnstrecke Bruck an der Mur—Graz zu rechnen?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft um die Beantwortung dieser Frage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Herr Abgeordneter! Zur gegenständlichen Anfrage ist zunächst festzuhalten, daß die Elektrifizierung der Strecke Bruck an der Mur—Graz programmgemäß an die Elektrifizierungsarbeiten auf der Strecke Mürzzuschlag—Bruck—Knittelfeld anschließen muß, also deren Fertigstellung voraussetzt. Nach dem derzeit vorgesehenen Zeitplan soll die Strecke Mürzzuschlag—Knittelfeld im Jahre 1963 betriebsbereit werden. Etwa ein bis eineinhalb Jahre später, also frühestens im Jahre 1964, kann dann mit der Betriebsaufnahme bis Graz gerechnet werden. Eine Vorverschiebung des letztgenannten Termins ist infolge der im Budget vorgesehenen verminderten Kreditzuteilung für 1962 nicht möglich.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner**

Die Einhaltung der genannten Termine ist außerdem aber an folgende Voraussetzungen geknüpft, die ich unterstreichen will:

1. Vergebung der Lieferungen für die Baustoffe und die Triebfahrzeuge sowie Baubeginn der Streckenarbeiten im Abschnitt Mürzzuschlag—Knittelfeld noch im Herbst 1961, da sonst der auch dann noch sehr knappe Fertigstellungstermin für diese Strecke nicht eingehalten werden könnte. Die anschließenden Arbeiten auf der Strecke Bruck—Graz müßten sich in einem solchen Fall entsprechend verschieben. Diese Bedingung hängt von der sofortigen Klarstellung über die Zuweisung entsprechender Kredite für die Elektrifizierungsarbeiten im Jahre 1962 ab.

2. Auffüllung der für das Jahr 1962 gegenüber dem Ansatz im Großinvestitionsprogramm gekürzten Kredite spätestens in den beiden Folgejahren, damit alle weiteren Vergabungen zeitgerecht durchgeführt werden können.

3. Rechtzeitige Bereitstellung der den Krediten entsprechenden Kassenmittel, damit die derzeit bestehenden Zahlungsrückstände beseitigt werden und keine neuen Rückstände entstehen können.

4. Vermeidung aller Behinderungen der laufenden Elektrifizierungsarbeiten. Solche Behinderungen können einerseits durch Verzögerungen in der Durchführung der baulichen Vorarbeiten, wie Streckenbegradigungen und Bahnhofumbauten, durch Mangel an Krediten hiefür, andererseits durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, durch den Mangel an geeigneten Arbeitskräften bei den Firmen und überlange Liefertermine für Baustoffe entstehen.

Die Kosten der Elektrifizierung der Strecke Bruck—Graz einschließlich der hiefür benötigten elektrischen Triebfahrzeuge können bei den derzeitigen Preisen mit rund 300 Millionen Schilling angenommen werden.

**Präsident:** Der Fragesteller wünscht keine Zusatzfrage zu stellen.

Wir kommen zur Anfrage 28/M des Herrn Abgeordneten Dr. Prader an den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Warum wurde seitens des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft bei der Vergebung der Bahnhofstrafik in Seefeld in Tirol an die für die Vergebung zuständige Finanzlandesdirektion in Innsbruck das Ansinnen gestellt, den Trafikinhaber entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht aus dem genau umschriebenen Kreis der bevorzugten Trafikbewerber zu nehmen?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Herr Abgeordneter! Von der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen ist in dieser Sache nichts verlangt worden, was den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht.

Herrn Karl Schmid wurde per 1. Dezember 1945 im Bereiche des Bahnhofes Seefeld eine Bahngrundfläche kleineren Ausmaßes überlassen, um darauf eine Hütte für den Verschleiß von Tabakwaren zu errichten. In den Jahren 1954 und 1955 ließ das Ehepaar Schmid auf eigene Kosten einen festen Zubau an das Aufnahmsgebäude des Bahnhofes Seefeld errichten. Nach Fertigstellung des Objektes wurde das Verschleißgeschäft in das neugeschaffene repräsentative Lokal verlegt.

Die Kosten der Errichtung des Zubaus an das Bahnhofs-Aufnahmsgebäude und der Inneneinrichtung wurden Schmid von den Österreichischen Bundesbahnen nicht ersetzt. Dennoch hat Schmid das Objekt der Republik Österreich, den ÖBB, mit Wirkung vom 1. August 1955 entschädigungslos übereignet. Bei dieser Sachlage könnte Schmid fordern, daß der Eigentumsübergang rückgängig gemacht wird. Das Objekt ist auch steuerrechtlich als wirtschaftliches Eigentum Schmidts anzusehen.

Seit sich Herr Schmid vom Geschäft zurückgezogen hat, steht der Zubau Frau Schmid allein zur Verfügung. Es bestand daher für die Österreichischen Bundesbahnen keine andere Möglichkeit, als ihren Bitten zu entsprechen und mit ihr einen Bestandvertrag abzuschließen.

Gemäß § 4 der Trafikbesetzungsnovelle 1927, BGBl. Nr. 137/1927, sind nämlich Tabakverschleißgeschäfte, deren Inhaber durch geistige oder körperliche Gebrechen zur Besorgung des Trafikverschleißgeschäftes unfähig wurden, an Familienangehörige des bisherigen Inhabers freihändig zu verleihen. Dem Ehepaar Schmid sind in bezug auf die Beibringung eines entsprechenden amtsärztlichen Zeugnisses und die termingerechte Einbringung eines Gesuches um freihändige Verleihung des Tabakverschleißgeschäftes am Bahnhof Seefeld Formfehler unterlaufen, beziehungsweise es wurden Fristen versäumt. Karl Schmid hat es lediglich verabsäumt, bevor er sich vom Geschäft zurückzog, um Verleihung der Lizenz an seine Gattin Hildegard Schmid anzusuchen. Tatsächlich hat er darum erst im Mai 1960 gebeten.

Es ist offenkundig das Verdienst Frau Schmidts, die auch für zwei Kinder zu sorgen hat, daß in den Jahren 1954 und 1955 aus den Erträgen der Bahnhofstrafik die Kosten eines Zubaus an das Bahnhofaufnahmsge-

**Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner**

bäude in Seefeld bestritten wurden und schließlich das Verschleißgeschäft in das neue Lokal verlegt werden konnte.

Bei der gegebenen Rechts- und Sachlage können die Österreichischen Bundesbahnen weder eine Aufkündigung des mit Frau Schmid abgeschlossenen Bestandvertrages vertreten, noch die Verleihung der Lizenz für die Bahnhofstrafik Seefeld an einen anderen Bewerber akzeptieren.

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen wird sich jedoch nach wie vor an die zwischen der Monopolverwaltung einerseits und der Bahnverwaltung andererseits getroffenen vertraglichen Vereinbarungen und die sich daraus ergebende langjährige Übung gebunden erachten und den Fall Schmid, der besonders gelagert ist, nicht als Präjudizfall bei Vergebung von Bahnhofstrafiken werten.

**Präsident:** Der Fragesteller wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm das Wort dazu.

**Abgeordneter Dr. Prader:** Herr Bundesminister! Es ist mir bekannt, daß die geschilderte Rechtslage in diesem Fall nicht zutreffen kann, weil Herr Schmid seine Lizenz bedingungslos zurückgelegt hat. Die entscheidende Frage, Herr Bundesminister, ist die, ob die Österreichischen Bundesbahnen und die Bahnverwaltung bereit sind, jenen begünstigten Personen, die der Besetzungsbeirat, dem alle Vertreter der entsprechenden Interessentengruppen angehören, vorschlägt, dann auch tatsächlich den Lokalnachweis zu geben, weil sonst im umgekehrten Falle jene, die der Besetzungsbeirat aus dem Kreise der begünstigten Personen vorschlägt, ständig von der Lizenzverleihung ausgeschlossen blieben.

Meine Frage, Herr Bundesminister, ist die: Ist die Bahnverwaltung bereit, den Lokalnachweis jenen Personen zu geben oder einer jener Personen zu geben, die der Besetzungsbeirat vorschlägt?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister um Beantwortung.

**Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Ich verweise auf den Schluß meiner ersten Fragebeantwortung und wiederhole: Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen wird sich nach wie vor an die zwischen der Monopolverwaltung einerseits und der Bahnverwaltung andererseits getroffenen vertraglichen Vereinbarungen und die sich daraus ergebende langjährige Übung gebunden erachten und den Fall Schmid, der besonders gelagert ist, nicht als Präjudiz bei Vergebung von Bahnhofstrafiken werten.

**Abgeordneter Dr. Prader:** Ich habe keine Zusatzfrage mehr.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 48/M des Herrn Abgeordneten Dr. Zechmann an den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Welche Maßnahmen werden seitens des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft und der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen für eine zeitgemäße Modernisierung des Wagenparks der Österreichischen Bundesbahnen getroffen, nachdem schon jetzt ein fühlbarer Mangel an Transportraum besteht, der sich zum Nachteil der österreichischen Wirtschaft auswirkt und bei längerem Andauern katastrophale Folgen auslösen kann?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft um die Beantwortung dieser Frage.

**Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Herr Abgeordneter! In Beantwortung dieser Frage gebe ich zweckmäßigerweise vorerst einen Überblick darüber, was in der Angelegenheit bisher geschehen ist. Die Materie ist umfangreich und aufzuteilen in Maßnahmen auf dem Sektor der Reisezugwagen und in solche auf dem Sektor der Güterwagen.

Zu den Reisezugwagen ist folgendes zu sagen: Vorerst mußten alle Kriegsschäden an den Reisezugwagen ausgebessert und 1250 hinterstellte kriegsbeschädigte und ausgebrannte Wagen aufgebaut werden.

Anschließend wurde folgendes Programm zur Erhaltung und Modernisierung des bestehenden Reisezugwagenparkes in Angriff genommen:

1. Umbau von Holzwagen auf Stahlwagen. Aus Gründen der Sicherheit war der Ersatz der Reisezugwagen mit Holzgerippe durch Stahlwagen notwendig. Die finanziellen Mittel für einen Neubau von rund 70 Prozent des gesamten Fahrparkes waren natürlich nicht aufzubringen. Es wurden nach Abräumen der hölzernen Kastengerippe unter Verwendung der vorhandenen eisernen Untergestelle und Aufbau eines stählernen Kastengerippes in Spantenbauweise unter bedeutend geringerem Kostenaufwand der gleiche Zweck erreicht. Insgesamt wurden bisher 2400 Reisezugwagen mit hölzernem Kastengerippe auf stählerne Kastengerippe, sogenannte Spantenwagen, umgebaut. Es sind noch 92 zweiachsige Reisezugwagen bis 1963 umzubauen.

2. Ausbau der veralteten Gasbeleuchtung, Einbau der elektrischen Dynamobleuchtung. Im Jahre 1950 hatten noch 55 Prozent aller Reisezugwagen Gasbeleuchtung und nur 45 Prozent der Wagen elektrische Beleuchtung. Bereits im Jahre 1960 waren alle

**Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner**

Reisezugwagen auf elektrische Beleuchtung umgestellt.

3. Von 1950 bis 1960 wurde in 2100 Reisezugwagen die elektrische Heizung eingebaut.

4. Der Ausbau der veralteten Saugluftbremse und Einbau einer modernen Druckluftbremse ist bis auf 61 zur Ausmusterung bestimmte Wagen durchgeführt. Insgesamt wurde in 1100 Reisezugwagen eine Druckluftbremse eingebaut.

5. Durch Umstellung auf das Zweiklassen-System im Reisezugverkehr war eine Polsterung der ehemaligen dritten Holzwagenklasse — der neuen zweiten Wagenklasse — erforderlich. Es wurden 760 vierachsige und 1500 zweiachsige Personenwagen neu gepolstert. Damit sind alle Vierachser und mehr als die Hälfte aller Zweiachser gepolstert. Der Rest von 975 Zweiachsern wird bis 1966 gepolstert sein.

6. Einbau einer modernen Luftheizung in 223 vierachsigen Personenwagen. Der Vorteil ist: rasche Erwärmung, dauernde Zufuhr von Frischluft, daher auch angenehmes Fahren während längerer Fahrten im Winter. Verbesserungen der automatischen Temperaturregelung sind in Aussicht genommen.

7. Vom Jahre 1958 an wurden anlässlich der Hauptausbesserungen Personenwagen nach folgenden Grundsätzen modernisiert:

Erzielung eines harmonischen und freundlichen Gesamteindrucks der Inneneinrichtung, die dem Reisenden das Gefühl der Behaglichkeit geben soll.

Die Sitzgelegenheiten werden dem Körper besser angepaßt; zum Beispiel werden in der ersten Wagenklasse neigbare und herausziehbare Sitze eingebaut, die in der Form der Sitzhöhe, Neigung der Rückenlehnen, Verstellbarkeit der Kopfpolster und so weiter den Forderungen des bekannten Forschers Dr. Akerblom entsprechen.

Zugfreiheit der Sitzplätze, insbesondere der Fensterplätze, durch Einbau von Halbfenstern. Bessere Gestaltung der sanitären Anlagen. Verminderung der störenden Fahrgeräusche durch bessere Isolierung.

Für die Ausgestaltung der Inneneinrichtung wurden einheitliche Richtlinien unter Beratung eines Architekten gefaßt.

Von 1958 bis 1961 wurden insgesamt 300 vierachsige und 600 zweiachsige Personenwagen nach den vorerwähnten Richtlinien modernisiert. Die Modernisierung der restlichen 400 vierachsigen Personenwagen wird bis Ende 1965 beendet sein.

Durch die Erhöhung der Fahrgeschwindigkeiten war eine Verbesserung der Laufeigenschaften der vierachsigen Reisezugwagen not-

wendig. 50 Wagen wurden daher schon mit modernen Drehgestellen ausgerüstet.

Die Wagen mit Drehgestellen alter Bauarten laufen nur bis 100 km pro Stunde Geschwindigkeit ruhig, bei höheren Geschwindigkeiten treten lot- und waagrecht starke Schwingungen auf. Nach Durchführung umfangreicher Versuche wird mit der Modernisierung dieser alten Drehgestelle 1962 begonnen, und es ist geplant, bis 1966 450 vierachsige Personenwagen zu modernisieren. Die Durchführung aller vorangeführten Maßnahmen zur Modernisierung des Reisezugwagenparkes werden allerdings durch die Einschränkung der Kredite verzögert.

Die Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen im Reisezugdienst betrugen im Jahre 1937 34,9 Millionen Kilometer. Sie stiegen bis zum Jahre 1960 auf 46,2 Millionen und werden im laufenden Jahr etwa 47,5 Millionen betragen. Im Jahre 1937 standen 5988 Personenwagen, die 282.000 Sitzplätze boten, zur Verfügung, womit 59,5 Millionen Reisende befördert wurden. Dagegen besaßen die ÖBB im Jahre 1960 nur 3589 Personenwagen, einschließlich der Triebwagenanhänger, mit bloß 193.478 Sitzplätzen, hatten aber 163 Millionen Reisende zu befördern, also mehr als dreimal soviel als im Jahre 1937.

Zwischen 1951 und 1960 stand einer wegen Überalterung oder Betriebsuntauglichkeit unvermeidlichen Ausmusterung von 898 Reisezugwagen der Neubau von nur 348 Reisezugwagen sowie der Zugang von 684 älteren Wagen gegenüber. Bei letzteren handelt es sich um ehemalige Beutewagen und Wagen, die im Tausch von fremden Bahnen erworben wurden.

Das Mißverhältnis zwischen zu geringem Wagenstand und wesentlich erhöhter Leistung war nur durch sehr geschickte Dispositionen des Wagenlaufes und allerdings auch um den Preis qualitätsschädigender Überbeanspruchung der Reisezugwagen zu überwinden. Hierzu kommt, daß während der Hauptreisezeit ohne Möglichkeit der Abhilfe vielfach überfüllte Züge geführt werden mußten.

Nichts kennzeichnet die restlose Ausnützung des an sich unzulänglichen Wagenmaterials mehr als die Entwicklung der Wagenachskilometer. Ihre Zahl betrug für alle Schnell- und Personenzüge im Jahre 1937 554 Millionen und stieg auf 920 Millionen im Jahre 1960.

Und nun zu den Güterwagen. Der Güterwagenpark der Österreichischen Bundesbahnen ist in den vergangenen zehn Jahren ständig vergrößert und modernisiert worden. Der Bestand an vollspurigen Wagen ist folgender: derzeit 32.193, vor zehn Jahren 27.134, also eine Vermehrung um 5059 oder 18,6 Prozent.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner**

Die Vergrößerung des Güterwagenparkes wurde in erster Linie durch Neubauten erreicht, und zwar: gedeckte Güterwagen 4129, hochbordige Wagen 4086, Flachwagen 350, verschiedene Spezialwagen 810, insgesamt 9375. Während in den Jahren 1953 bis 1959 durchschnittlich pro Jahr 940 Neubauwagen geliefert wurden, ist seither ein beachtliches Absinken aus budgetären Gründen festzustellen. 1960 wurden 535 Wagen, 1961 werden voraussichtlich nur 480 Wagen geliefert, obwohl für die Jahre 1960 bis 1965 im Neubauprogramm ursprünglich durchschnittlich 1000 Wagen pro Jahr vorgesehen waren. Ein Teil dieser 9375 Neubauwagen mußte aber den Abgang an alten, ausmusterungsreifen Wagen decken.

Deutlicher kommt die Verbesserung des Güterwagenparks zum Ausdruck, wenn man die gesamten Ladekapazitäten gegenüberstellt. Im Jahre 1961 war die gesamte Ladekapazität 755.000 Tonnen gegenüber 1951 mit 511.000 Tonnen; also eine Zunahme um 244.000 Tonnen oder 47,8 Prozent. Die Ladekapazität hat demnach eine Vergrößerung um fast 50 Prozent erfahren, weil die modernen Wagen eine wesentlich höhere Tragfähigkeit als die alten Bauarten haben.

Es wurden bei den Neubauten die neuesten Erkenntnisse im Waggonbau berücksichtigt, wie zum Beispiel: Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 100, in neuerer Zeit auf 120 km pro Stunde; Verbesserung der Laufeigenschaften durch Einbau von Doppelschakelhängen, Rollenachslager; durch absolute Dichtheit bei gedeckten Wagen der Stahlbauweise; Vergrößerung der Breite der Türöffnung bei gedeckten Wagen und Ausführung der Schiebetüren und Lüftungsklappen in Leichtmetall.

Um dem Wunsche der Verfrächter nach Spezialwagen entgegenzukommen, wurde die Beschaffung solcher Fahrzeuge in der letzten Zeit besonders forciert. So sind in den zuvor erwähnten 810 neu gelieferten Spezialwagen enthalten: 620 Schiebedachwagen, 158 Erzwagen, 2 Tiefladewagen und 30 Staubgutbehälterwagen mit Druckluftentladung.

Außer den vorstehend genannten Neubauten wurden unter Benützung verfügbarer Untergestelle oder durch Adaptierung folgende Spezialwagen geschaffen: 270 Staubgutbehälterwagen mit Druckluftentladung, 84 Universalkühlwagen, 16 gedeckte Wagen für den Fährverkehr nach Großbritannien und 16 Trichterwagen mit Selbstentladung.

Allgemein wurden am Güterwagenpark nachstehende Umbauten vorgenommen: Erhöhung der Tragfähigkeit; Erhöhung des Laderaumes; Ersatz der hölzernen Wände durch Stahl-

wände bei Hochbordwagen; Verbesserung der Dichtheit bei gedeckten Wagen; Einbau von modernen Druckluftbremsen; Einbau von Rollenachslagern; Verstärkung der Zug- und Stoßvorrichtungen.

Das als Antwort auf Ihre Frage in einer Ausführlichkeit (*Heiterkeit*), die Sie als Fachmann, wie ich weiß, besonders interessiert.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Zechmann wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm das Wort dazu.

Abgeordneter Dr. **Zechmann:** Kann die genauso lang sein? (*Heiterkeit.*)

Herr Bundesminister! Meine Zusatzfrage wird wesentlich kürzer sein. (*Erneute Heiterkeit.*) Herr Bundesminister! Sind Sie vielleicht in der Lage, jetzt schon zu sagen, wie groß ungefähr die Wagenachskilometerschuld der Österreichischen Bundesbahnen im Augenblick ist, beziehungsweise wie hoch die Bargeldabfertigung hierfür sein wird?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Bundesminister, die Frage zu beantworten.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Ich hoffe, daß ich das rasch finden kann. (*Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Die Achskilometerverschuldung der Österreichischen Bundesbahnen gegenüber anderen europäischen Bahnverwaltungen hält seit dem Fahrplanjahr 1954/55 unausgesetzt an; derzeit beträgt sie etwa 80,2 Millionen Achskilometer. Es spiegelt sich eben darin die außerordentliche Überlastung des Reisezugwagenparks wider. Gemäß den bestehenden internationalen Vereinbarungen müssen die Österreichischen Bundesbahnen im heurigen Herbst die kleinste Schuld der letzten fünf Schuldsaldi, das ist der Gegenwert für 46 Millionen Achskilometer je 0,05 Goldfranken in der Höhe von 19,8 Millionen Schilling, an europäische Gläubigerverwaltungen bar bezahlen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 52/M des Herrn Abgeordneten Dr. Kandutsch an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

Sind Sie bereit, die Österreichischen Bundesforste anzuweisen, zum Ausgleich dafür, daß die Bundesforste häufig Waldgründe erwerben, andererseits bäuerlichen Familienbetrieben aus dem Eigentum der Bundesforste Grundstücke zu erschwinglichen Preisen zum Kauf anzubieten, damit diese Familienbetriebe durch eine solche „bäuerliche Waldzulage“ in ihrer Existenz gesichert und gegen Krisen gefestigt werden können?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Landwirtschaftsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Hartmann**: Zur Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kandutsch möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß ich die Erlassung einer Anweisung im Sinne der Anfrage an die Österreichischen Bundesforste nicht für erforderlich halte. Die Österreichischen Bundesforste haben seit Jahren das Bestreben, durch Tausch und Verkauf von Splitterbesitz, der betriebswirtschaftlich entbehrlich ist, oder durch Ankauf von Enklaven den Besitz zu arrondieren und die Besitzstruktur zu verbessern. Gerade in diesem Zusammenhang sind in den letzten Jahren zahlreich land- und forstwirtschaftliche Grundstücke an bäuerliche Familienbetriebe veräußert worden. Es wird den Herrn Abgeordneten vielleicht interessieren, zu erfahren, daß derzeit rund 100 solche Fälle in Bearbeitung stehen und weitere 150 bis 200 Fälle in Aussicht genommen sind. Unter den letztgenannten Fällen befinden sich zwei größere Grundaufstockungsaktionen, bei denen eine ganze Anzahl von bäuerlichen Familienbetrieben zum Zuge kommen werden. Wir haben in 40 Fällen auch kleinere Grundstücke für Siedlungszwecke veräußert.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen — weil die Anfrage auch von erschwinglichen Preisen spricht —, daß die Bundesforste und auch ich allein nicht in der Lage sind, den Preis zu bestimmen, sondern wir sind an die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen gebunden, das eine eigene Schätzung veranlaßt, aber die Erledigung immer im positiven Sinne trifft, wenn es sich um vertretbare Fälle handelt.

Ich darf das Interesse des Herrn Fragestellers auch auf das Gesetz über die Errichtung der Österreichischen Bundesforste vom Jahre 1925 lenken. Auf Grund dieses Gesetzes sind wir zur Wahrung und Sicherung der mit der Forstwirtschaft verbundenen allgemeinen öffentlichen Interessen und außerdem zur Wahrung und Erhaltung der Waldsubstanz des Staatsbesitzes und der Bodenkraft verpflichtet. Es wird sich also der Grundverkauf in dem vom Gesetz selbst gesteckten Rahmen bewegen.

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kandutsch**: Herr Minister! Sind Sie in der Lage, anzugeben, in welchem Verhältnis sich Zukauf und Abverkauf in den Bundesforsten bewegen?

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Bundesminister um die Beantwortung.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Hartmann**: Da ich Ihnen

keine falschen Zahlen nennen will und darf und ich das Unterlagenmaterial im Augenblick nicht zur Hand habe, kann ich Ihnen nur sagen, daß sich das ungefähr die Waage hält. Es kommt vor, daß die Bundesforste Grundstücke erwerben. Es ist insbesondere jenen Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt, die Mitglieder des Hauptausschusses sind, daß im heurigen Jahr ein vielleicht sogar etwas größerer Besitz erworben werden konnte, weil kein gleichwertiges Angebot von inländischen Interessentenkreisen vorhanden war, aber im großen und ganzen halten sich Verkauf und Kauf die Waage, wenn man nicht ein Jahr, sondern ein Jahrzehnt oder vielleicht Jahrzehnte berücksichtigt. Wenn es Sie interessiert, werde ich Ihnen das genaue Zahlenmaterial zur Verfügung stellen.

**Präsident**: Wir kommen zur Anfrage 32/M der Frau Abgeordneten Lola Solar an den Herrn Bundesminister für Unterricht:

Wie weit sind die Bemühungen um einen Österreichischen Bundesjugendplan gediehen?

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Drimmel**: Der Nationalrat hat bei Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1961 der Regierung den Auftrag erteilt, rechtzeitig vorzusorgen, damit im Budget 1962 Mittel für den Bundesjugendplan eingeräumt werden. Der Herr Bundesminister Proksch und ich haben gemeinsam dafür vorgesorgt, daß bei den vorbereitenden Arbeiten zur Erstellung des Budgets 1962 diesem Wunsch des Nationalrates Rechnung getragen wird. In diesem Sinne sind im Budget des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und im Budget des Bundesministeriums für Unterricht je 7,5 Millionen Schilling präliminiert, die dem Bundesjugendring, den Jugendorganisationen zur Besorgung der außerschulischen Jugendberufshilfe und den Wander- und Herbergersverbänden der Jugend zugute kommen sollen.

**Präsident**: Die Frau Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Lola **Solar**: Ich möchte den Herrn Minister noch fragen, ob die Absicht besteht, die Zuwendung für den Bundesjugendplan zu einem feststehenden Bestandteil auch künftiger Bundesvoranschläge zu machen.

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Drimmel**: Das österreichische Budgetrecht ist so gestaltet, daß die Budgethoheit des Nationalrates auf das einzelne Finanzjahr konzentriert

**Bundesminister Dr. Drimmel**

ist. Weder der Bundesminister für Finanzen noch die Ressortminister können daher Promessen abgeben, die sich auf eine längere Dauer als die eines Budgetjahres erstrecken. Es besteht jedoch sowohl in der Bundesregierung als auch zwischen den beteiligten Ressorts Übereinstimmung darüber, daß die Regelung für das Jahr 1962 nicht nur eine erstmalige und einmalige sein soll, sondern daß wir uns in der Bundesregierung bemühen sollen, diese Vergünstigung der Jugend auch in künftigen Budgetjahren zuzuwenden.

**Abgeordnete Lola Solar:** Ich danke.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 34/M des Abgeordneten Dr. Hofeneder an den Herrn Bundesminister für Unterricht:

Welche Schritte werden unternommen, um die bekannte Raumnot der Kunstakademien zu lindern?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um Beantwortung dieser Frage.

**Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel:** Das Bundesministerium für Unterricht hat im Einvernehmen mit den österreichischen Hochschulen und mit den gesetzlich berufenen Interessenvertretungen eine Reihe von Gesetzesvorbereitenden Maßnahmen fertiggestellt oder fast fertiggestellt. Diese beziehen sich in erster Linie auf ein Hochschulstudiengesetz, das gegenwärtig auch in den Verhandlungen zwischen den Parteien an hervorragender Stelle steht. Weiters soll eine Neufassung des Dienst- und Besoldungsrechtes aller Kategorien der Hochschullehrer erfolgen. Außerdem ist eine Gesetzesvorbereitende Maßnahme zur Einführung des Systems der Diätendozenten zur Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Bearbeitung, und schließlich verhandelt die Unterrichtsverwaltung mit der Assistentenvereinigung über ein Gesetz, das vor allem dem wissenschaftlichen Nachwuchs, also den Assistenten und den wissenschaftlichen Hilfskräften, in dem Sinne zugute kommen soll, daß eine Begabtenförderung ebenso möglich ist wie eine Abschrumpfung der unserem Lande drohenden Abwanderung unseres Nachwuchses ins Ausland. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)*

**Präsident:** Der Herr Fragesteller wünscht eine Zusatzfrage. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

**Abgeordneter Dr. Hofeneder:** Zur Anfrage 35/M eine Zusatzfrage. Und zwar möchte ich den Herrn Bundesminister fragen ... *(Rufe: Anfrage 34/M!)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Hofeneder! Wir sind bei Anfrage 34/M! *(Abg. Zeillinger: Aber die Beantwortung bezog*

*sich auf 35/M! Der Herr Minister hat es verwechselt!)*

Ich habe die Anfrage 34/M aufgerufen, die sich auf die Raumnot der Kunstakademien bezieht. Beantwortet wurde die Anfrage 35/M. Ich muß daher bitten, daß der Herr Fragesteller zur Anfrage 35/M die Zusatzfrage stellt und nachher zur Anfrage 34/M.

*Die Anfrage 35/M hat folgenden Wortlaut:*

Sind neben den im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für 1962 vorgesehenen Verbesserungen des Budgets und Dienstpostenplanes der Hochschulen Gesetzgebungs- oder sonstige Maßnahmen zur Förderung des Hochschulwesens in Vorbereitung?

**Abgeordneter Dr. Hofeneder:** Das habe ich schon zuerst vorgeschlagen. Ich möchte im Zusammenhang mit der Frage 35/M den Herrn Bundesminister fragen, ob auch an eine Erhöhung der ordentlichen und außerordentlichen Dotationen gedacht wird.

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um die Beantwortung dieser Frage.

**Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel:** Ich bitte zunächst das Hohe Haus um Entschuldigung, daß ich die Antwort auf die die Kunstakademien betreffende Frage 34/M mit der Antwort auf die Frage 35/M verwechselt habe.

Ich bin also jetzt gefragt worden, ob im Staatshaushalt des Jahres 1962 weitere Maßnahmen, die den wissenschaftlichen Hochschulen zugute kommen sollen, vorgesehen sind. Es ist dies der Fall, und Sie werden sich bei der Behandlung des Bundesvoranschlages 1962 auch mit dem Vorschlag der Bundesregierung zu beschäftigen haben, sowohl die ordentlichen wie auch die außerordentlichen Dotationen für diesen Zweck zu verbessern.

**Präsident:** Noch eine Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Hofeneder:** Die vom Herrn Bundesminister jetzt geschilderten Maßnahmen sind sicherlich primär von großer Bedeutung für die Ausgestaltung der Hochschulen und die Erhöhung der Dotationen. Die soziale Frage der Studenten soll aber in dem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

Auch hier die Zusatzfrage, ob an soziale Fortschritte bei den Studenten, insbesondere in der Frage der Erhöhung von Stipendien und des Baues von Heimen, gedacht ist.

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um Beantwortung dieser Zusatzfrage.

**Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel:** Es ist die Absicht der Hochschulverwaltung,



**Bundesminister Dr. Drimmel**

in den nächsten Jahren einen etappenweisen Aufbau sowohl des Stipendienwesens als auch des Heimbaues, der den Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen und an den Akademien zugute kommen soll, durchzuführen. Dieser etappenweise Aufbau wurde im Vorjahr begonnen und wird auch im Jahre 1962 fortgesetzt werden können, wenn sich das Parlament dazu entschließt, die Regierungsvorlage in diesen Punkten zu akzeptieren.

Diese Regierungsvorlage wird sowohl zugunsten der Aufstockung der Stipendien als auch für erhöhte Zuschüsse des Bundes zum Bau von Studentenheimen nicht unbeträchtliche Beträge enthalten. Über die Höhe der Beträge kann ich solange keine ziffernmäßige Angabe machen, als sie nicht die gesetzmäßige Billigung der gesetzgebenden Körperschaften gefunden haben.

**Präsident:** Ich darf nun den Herrn Unterrichtsminister bitten, die Anfrage 34/M des Herrn Abgeordneten Dr. Hofeneder zu beantworten.

**Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel:** Zur Beseitigung der Raumnot an den Kunstakademien sind verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet worden. So ist zum Beispiel der Ausbau am Gebäude der Akademie für angewandte Kunst im Gange und im günstigen Fortschreiten.

Für das Mozarteum in Salzburg ist die Planung eines neuen Gebäudes unter Benützung der Fassade des Borromäums vorgesehen. In diesem Gebäude wird ein Gutteil des Mozarteums eine angemessene Unterbringung finden können.

Die Akademie der bildenden Künste in Wien, Schillerplatz, versucht der Raumnot dadurch gerecht zu werden, daß sie einerseits Einrichtungen, die nicht ins Haus gehören, sukzessive aus dem Hause ausmietet, um damit zusätzliche Räume zu bekommen, andererseits wird die Möglichkeit studiert, ob durch eine eventuelle Aufstockung ausreichender zusätzlicher Raum gewonnen werden kann, um dort die Komplettierung des Unterrichtsbetriebes durchführen zu können.

Ein sehr schwieriges Problem für die Unterrichtsverwaltung bedeutet die Unterbringung der Akademie für Musik und darstellende Kunst, und zwar deswegen, weil sich das Gebäude dieser Akademie bereits bei der Eröffnung im Jahre 1913 als zu klein erwiesen hat und andererseits deswegen, weil gerade diese Akademie — und das ist ja für uns ein Stolz — in besonders großem Maße von ausländischen Studierenden frequentiert wird.

Da nun in der Öffentlichkeit der Plan, das Gebäude des Konzerthauses — in unmittelbarer Nachbarschaft der Akademie — zu demo-

lieren, sehr stark ventiliert wird, wird damit eine von der Unterrichtsverwaltung übrigens beifällig begrüßte Pression hinter die Notwendigkeit gesetzt, ein neues Akademiegebäude zu bauen. Dieses Akademiegebäude soll in nächster Nähe des jetzt bestehenden Gebäudes errichtet werden. Es wird die Erwerbung der Grundstücke, auf denen sich jetzt das in Demolierung befindliche sogenannte „Fruhwirthehaus“, das sich in der nächsten Nachbarschaft der Karlskirche befindet, ins Auge gefaßt.

Denkbar wäre es auch, das neue Gebäude in Zusammenhang zu bringen mit den Unterbringungen des Reinhardt-Seminars, also auf dem Terrain des Palais Cumberland. Beide Vorhaben haben Schwierigkeiten, weil sowohl die Preise für die Grundstückbeschaffung, die nicht unter 20 Millionen Schilling zu beziffern sind, als auch die Neubaukosten, die zwischen 80 und 90 Millionen Schilling liegen, den Staatshaushalt außerordentlich belasten werden.

**Präsident:** Der Anfrager wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm das Wort dazu.

**Abgeordneter Dr. Hofeneder:** Ist daran gedacht, entweder im Ursulinenkloster oder in anderen geeigneten Räumen das in diesem Haus schon wiederholt angeregte Theatermuseum einzurichten, und wenn ja, besteht in absehbarer Zeit die Möglichkeit, auch Mittel für die Aufstellung bereitzustellen?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um die Beantwortung.

**Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel:** Für die Ausnutzung unserer sehr wertvollen und umfangreichen Bestände eines Theatermuseums war bereits im Jahre 1961 einiges geplant. Wie Sie wissen, sind durch die Konsolidierungsmaßnahmen im Staatshaushalt meinem Ressort etwa 84 Millionen bei den Sachförderungskrediten gestrichen worden. Dadurch ist eine gewisse Verlangsamung in der Lösung dieser Probleme eingetreten.

Für die Unterbringung des Theatermuseums — ein Projekt, das in Wien seinen Platz und seine Bedeutung hat — gäbe es drei Möglichkeiten: Die provisorische Unterbringung in den Räumen, die den Redoutensaal umgeben, die in der Nachbarschaft zur Nationalbibliothek, die ja derzeit einen Gutteil der Bestände beherbergt, besonders interessant wäre. Zweitens wäre daran zu denken, dieses Museum im Neubau der Akademie für Musik und darstellende Kunst unterzubringen. Damit gerät die Frage in den Zusammenhang mit dem Raum- und Funktionsprogramm dieses künftigen Schulbaues. Und drittens — das wäre vielleicht für die Übergangszeit eine brauch-

3150

Nationalrat IX. GP. — 76. Sitzung — 27. Oktober 1961

**Bundesminister Dr. Drimmel**

bare Lösung — könnte man Teile des Ursulinenklosters, in dem ja auch Teile der Akademie für Musik und darstellende Kunst untergebracht sind, für diesen Zweck freimachen. Die Frage, vor der die staatliche Kunstverwaltung steht, ist die, ob man sich in eine provisorische Lösung begeben soll, die dann wie oft in Österreich die Gefahr in sich birgt, daß sie zu einer unzulänglichen Dauerlösung wird, oder ob man trotz der finanziellen Belastung, von der ich gesprochen habe, eine umfassende Regelung anstreben soll.

**Abgeordneter Dr. Hofeneder:** Danke.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 40/M des Herrn Abgeordneten Aigner an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Genügen die von den beiden staatlichen Wohnbaufonds abgezweigten Beträge, um in absehbarer Zeit alle österreichischen Gemeinden mit sanitär und hygienisch einwandfreiem Trinkwasser und mit Kanalisation zu versorgen?

**Präsident:** Da der Herr Bundesminister verreist ist, bitte ich seinen Vertreter um die Beantwortung dieser Anfrage.

**Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Hartmann:** In Vertretung des Herrn Bundesministers für Handel und Wiederaufbau erlaube ich mir, zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Aigner darauf hinzuweisen, daß es leider eine bedauerliche Tatsache ist, daß in außerordentlich vielen österreichischen Gemeinden ein großer Nachholbedarf auf dem Gebiete der Trinkwasserversorgung und der Kanalisation besteht und daß die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel leider nicht annähernd ausreichen, um — wie es in der Anfrage heißt — in absehbarer Zeit diesen gesamten Nachholbedarf befriedigen zu können. Die von den beiden staatlichen Wohnbaufonds abgezweigten Mittel sind zu klein. Es stehen derzeit rund 8 Millionen Schilling an nicht rückzahlbaren Beiträgen und rund 56 Millionen Schilling an verzinslichen Darlehen zur Verfügung. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat bereits Prüfungen darüber angestellt, wie man die finanzielle Situation auf diesem außerordentlich wichtigen Gebiete der Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Kanalisation etwas besser gestalten könnte.

**Abgeordneter Aigner:** Ich danke. Keine Zusatzfrage.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Wir kämen nun zur Anfrage 46/M des Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau. Da der Herr Abgeordnete aber erkrankt

ist, wird die Anfrage schriftlich beantwortet werden.

Wir gelangen nun zur Anfrage 23/M des Herrn Abgeordneten Dr. Kummer an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Welche Vorkehrungen gedenkt der Herr Bundesminister zu treffen, um die fortschreitende Verunreinigung der Gewässer durch industrielle Abwässer einzudämmen?

**Präsident:** Ich bitte den mit der Vertretung betrauten Herrn Minister Dipl.-Ing. Hartmann, die Frage zu beantworten.

**Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Hartmann:** Es ist dem Hohen Hause bekannt, daß im Jahre 1959 eine große Novelle zum österreichischen Wasserrechtsgesetz beschlossen wurde. Es ist das das Gesetz vom 18. Februar 1959, und ich hatte damals sogar die Ehre, Berichterstatter über dieses Gesetz zu sein.

Die Vorkehrungen gegen die Verunreinigung der Gewässer durch industrielle Abwässer sind in dieser Wasserrechtsnovelle im dritten Abschnitt vorgesehen. Nach den geltenden Bestimmungen ist die „Einbringung von Stoffen“ — ich darf jetzt wörtlich zitieren — „in festem, flüssigem oder gasförmigem Zustand in Gewässer samt den dafür erforderlichen Anlagen“ an eine wasserrechtliche Bewilligung gebunden.

Im siebenten Abschnitt der Wasserrechtsnovelle ist die Bildung von Wassergenossenschaften vorgesehen — wir haben in Österreich bereits solche Wassergenossenschaften —, die sich mit der Reinigung der Gewässer befassen. Die bezug habenden Paragraphen sind die §§ 60 bis einschließlich 73.

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, das ich jetzt im Augenblick zu vertreten habe, prüft die Frage, ob man das bestehende Wasserbautenförderungsgesetz nicht ergänzen könnte, um die Förderungsmaßnahmen zu intensivieren und um die Industrie zum Bau neuer Abwasserreinigungsanlagen zu veranlassen beziehungsweise diese Maßnahmen zu erleichtern.

Ich darf ferner darauf hinweisen, daß seit dem Jahre 1960 im Budget des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft — ich habe mich nicht versprochen, Herr Fragesteller — ein kleiner Betrag für die Gewährung von Zinsenzuschüssen vorgesehen ist für jene Investitionen auf dem Gebiete der nichtkommunalen Abwasserreinigung, die die Errichtung von Wasserreinigungsanlagen fördern. Diese Aktion ist im Jahre 1961 fortgesetzt worden und soll auch im Jahre 1962 weiter fortgesetzt werden.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Hartmann**

Zum Schluß darf ich noch darauf hinweisen, daß es in Wien die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung gibt — sie untersteht dem Landwirtschaftsministerium, aber wir arbeiten sehr intensiv mit allen Ressorts zusammen —, welche sich dauernd mit der Überprüfung der Verunreinigung der Gewässer befaßt. Diese Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung hat — es war das in den letzten Tagen auch in den Tageszeitungen zu lesen — festgestellt, daß zum Beispiel derzeit die March aus der Tschechoslowakei schon so verschmutzt auf österreichisches Gebiet kommt, daß eine große Anzahl von toten Fischen herübergeschwemmt wird. Die beiden Zuckerfabriken, die entlang der March stehen, haben in den letzten Jahren neue Anlagen für die Abwasserreinigung geschaffen; die Zuckerfabrik Dürnkrut hat zu Beginn der heurigen Zuckerrübenkampagne diese neue Anlage zur Reinigung der Waschwässer in Betrieb genommen.

Das wollte ich mir erlauben zur Anfrage des Herrn Abgeordneten mitzuteilen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter Dr. Kummer: Herr Minister! Sind Sie der Meinung, daß die derzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die Sie erwähnt haben, ausreichend sind, oder wäre es notwendig, sie zu ergänzen?

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Hartmann: Ich bin der Meinung, daß die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen ausreichen. Es war ja mit ein Zweck der großen Novellierung des Wasserrechtsgesetzes im Jahre 1959, die Frage der Reinhaltung der Gewässer gesetzlich besser zu fundieren. Das ist auch geschehen. Ich kann aber keinen Zweifel darüber lassen, daß die Errichtung von Abwasserreinigungsanlagen insbesondere bei größeren Industrien — denken Sie zum Beispiel nur an die großen Industrien in der Steiermark, welche die Mur stark verschmutzen — enorm viel Geld kostet. Es ist auf Grund des Gesetzes möglich, einer Industrie einen solchen Auftrag zu geben. Aber wir wollen solche Aufträge nur dann geben, wenn wir in der Lage sind, bei zutreffenden Voraussetzungen die betreffenden Unternehmen in die Förderungsmaßnahmen mit einzubeziehen. Ich glaube aber, daß die gesetzlichen Vorschriften ausreichen.

Abgeordneter Dr. Kummer: Danke schön.

**Präsident:** Somit sind sämtliche Anfragen beantwortet. Die Fragestunde ist beendet.

**Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 (473 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erste Lesung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1962.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist als erster Debatteredner der Herr Abgeordnete Uhlir. Ich erteile ihm das Wort. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Uhlir: Hohes Haus! Dem Parlament liegt heute das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 zur Beratung in erster Lesung vor. Bei Erstellung des Budgets waren auch in diesem Jahr wieder Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist sicherlich für den Finanzminister nicht leicht, einen Voranschlag zu erstellen und hiebei außer den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Notwendigkeiten auch die Erfordernisse und Wünsche aller Schichten und Gruppen der Bevölkerung zu berücksichtigen, die im Laufe der Verhandlungen an ihn herangetragen werden. Seine Aufgabe ist es, auszugleichen, abzuwägen und nach den Staatsnotwendigkeiten entsprechend zu reihen. Dazu bedarf es nicht nur eines großen wirtschaftlichen Wissens, sondern das erfordert auch politische Umsicht. Von diesen zwei Eigenschaften eines Finanzministers hängt es ab, wie ein Budget in der Öffentlichkeit ankommt. (*Rufe bei der SPÖ: Wo ist der Finanzminister? — Abg. Dr. Gorbach: Er kommt gleich! — Ruf bei der ÖVP: Er ist schon im Haus! Wir haben ihn schon gesehen! — Ruf: Es ist auch Zeit!*) Ich unterbreche meine Rede, bis der Herr Finanzminister kommt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Eibegger: Wenn wenigstens der Herr Bundeskanzler hinaufgegangen wäre!*)

**Präsident Dr. Maleta:** Ich unterbreche die Sitzung bis zum Erscheinen des Herrn Finanzministers. Ich bitte, ihn zu suchen!

(*Die Sitzung wird um 10 Uhr 2 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr 4 Minuten — nach Erscheinen des Bundesministers für Finanzen Dr. Klaus im Sitzungssaal — wiederaufgenommen.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Abgeordneten Uhlir das Wort.

Abgeordneter Uhlir (*fortsetzend*): Es tut mir leid, am Beginn meiner Ausführungen eine Feststellung machen zu müssen. Es ist zum erstenmal seit dem Jahre 1946, daß der Finanzminister bei Beginn der Budgetdebatte im Hause nicht anwesend ist. (*Abg. Lola Solar: Er*

**Uhlir**

war vorher schon anwesend! — *Abg. Dr. Kummer: Der Finanzminister war doch da! — Abg. Probst: Er war nicht hier! — Zwischenruf des Abg. Machunze.*) Ich treffe diese Feststellung, ich bin seit dem Jahre 1946 im Hause, Kollege Machunze, Sie sind im Jahre 1946 noch nicht in diesem Haus gewesen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Der Finanzminister war ja im Haus!*) Ich verstehe es, daß Sie ihn verteidigen, aber ich glaube, die Würde des Parlaments erfordert es, daß der Herr Finanzminister anwesend ist, wenn solche Verhandlungen geführt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben es einmal erlebt, daß der verstorbene erste Präsident — ich rechne es ihm zur hohen Ehre an — eine Sitzung sogar unterbrochen hat, weil ein zuständiger Minister von seiner Partei nicht anwesend gewesen ist. Ich glaube, die Abgeordneten können wohl von dem Minister verlangen, daß er wenigstens bei der Budgetdebatte anwesend ist. (*Abg. Lola Solar: Bei der Fragestunde muß er nicht dasein! — Abg. Altenburger: Die Fragestunde hat bis 10 Uhr 6 Minuten zu dauern! — Abg. Mark: Sie kann so lange dauern!*)

Ich habe schon ausgeführt, daß es ungeheuer schwierig ist, ein Budget zu erstellen, und daß es auch Schwierigkeiten bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1962 gegeben hat. Der Finanzminister hat es wahrlich nicht leicht, ein solches Budget zu erstellen und dabei noch alle Wünsche, die an ihn herangetragen werden, zu berücksichtigen. Ich habe in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß der Finanzminister zwei Eigenschaften haben muß: er muß ein sehr weitreichendes wirtschaftliches Wissen besitzen, und er muß darüber hinaus auch politische Umsicht besitzen. Von diesen zwei Eigenschaften eines Finanzministers, sagte ich, hängt es ab, wie das Budget in der Öffentlichkeit ankommt.

Obwohl ich in meinen weiteren Ausführungen nicht an der Finanzpolitik der vergangenen Jahre Kritik üben werde, möchte ich doch in loyaler Weise feststellen, daß wir das ehrliche Bemühen des Herrn Finanzministers anerkennen. Allerdings sind wir der Meinung: Mehr Verständnis für die Belange der arbeitenden Menschen hätte die letzte Auseinandersetzung um eine überaus maßvolle Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zweifelsohne vermeiden können. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Prader: Das war eine Auseinandersetzung in der SPÖ!*)

Wir Sozialisten bekennen uns zu diesem Budget, das unter unserer Mitwirkung entstanden ist. Wir begrüßen es, daß in diesem Finanzgesetz die erforderlichen Mittel bereitgestellt wurden, um die zweite Etappe der

Rentenreform durchführen zu können, daß es im kommenden Jahr möglich sein wird, für alle Bezieher einer Rente aus der allgemeinen Sozialversicherung die volle 14. Rente zu bezahlen, und daß auch die nötigen Mittel bereitgestellt wurden, um die Richtsätze in der Pensionsversicherung und damit die niedrigsten Renten, die die wirtschaftlich Bedürftigsten erhalten, zu erhöhen.

Wir begrüßen es ferner, daß es unseren Bemühungen auch gelungen ist, weitere Budgetmittel für die Fortsetzung des Wohnhausbaues zu erreichen. Damit wird den jungen Ehepaaren und jungen Menschen, die eine Ehe schließen wollen, wie auch den übrigen Wohnungsbedürftigen die Hoffnung gegeben, daß die Allgemeinheit diesen durchaus berechtigten Erfordernissen die nötige Unterstützung leiht. Allein auf sich selbst gestellt, ist die überaus große Mehrheit der Bevölkerung nicht in der Lage, aus eigener Kraft die Wohnungsfrage zu lösen. Es bedarf hierbei der Unterstützung aller. Wenn wir Sozialisten gerade dieser Frage unser besonderes Augenmerk zuwenden, so deshalb, weil die Wohnungsbeschaffung eine sehr wichtige soziale Frage ist und weil in einem Kulturstaat die Lösung des Wohnungsproblems ohne Mithilfe der Allgemeinheit unmöglich ist.

Wir sind durchaus damit einverstanden, daß in diesem Finanzgesetz auch erhöhte Mittel für die Landwirtschaft vorgesehen sind. Wir sind, dem Appell des Herrn Finanzministers in seiner Budgetrede folgend, bereit, bei der Ordnung des Preisstützungswesens in der Landwirtschaft mitzuwirken. Hierbei werden wir auch in Zukunft die Auffassung vertreten, daß Begünstigungen nur jenen Schichten gewährt werden, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage solcher Begünstigungen bedürfen. Nach unserer Meinung sind das die kleinen Bauern, die Inhaber bäuerlicher Familienbetriebe, die Bergbauern. Wir rechnen nicht die Gutsbesitzer, die Grundbesitzer dazu, die bis jetzt entgegen aller sozialen Notwendigkeit von diesen Begünstigungen reichlich Gebrauch gemacht haben. (*Abg. Dr. Hofeneder: 9 Prozent der Bauernschaft!*)

Wir sind darüber erfreut, daß dieses Budget — wenn auch in bescheidenem Ausmaß — Mittel für die Förderung der Kultur, für die Studienförderung und zusätzliche Mittel für die Ausgestaltung und den Neubau von Mittel- und Hochschulen enthält. Wir freuen uns deswegen, weil damit einem Übelstand, der in der Öffentlichkeit mit Recht kritisiert wurde, abgeholfen wird.

Den ständig steigenden berechtigten Anforderungen wird der Staat nur nachkommen können, wenn es über Gruppen-

**Uhlir**

interessen hinweg auch weiterhin möglich sein wird, die Vollbeschäftigung zu erhalten und den Arbeitsplatz für alle unsere Staatsbürger zu sichern. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit und die Befriedigung kultureller Ansprüche sind die entscheidenden Forderungen, die die Bevölkerung unseres Staates mit voller Berechtigung stellen kann. Seien wir bemüht, unter Bedachtnahme auf die Interessen aller diese Forderungen auch zu erfüllen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß das Budget eines der wichtigsten Mittel zur Gestaltung und Steuerung der Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist und daß das Budget so erstellt werden muß, daß es die ihm in der modernen Wirtschaft zukommende Aufgabe auch erfüllen kann.

Wir Sozialisten haben an der Finanzpolitik der vergangenen Jahre und auch in grundsätzlicher Form an der Finanzpolitik, die in diesem Budget ihren Ausdruck findet, ernstlich Kritik zu üben. Wir werden diese Kritik wahrscheinlich immer und immer wieder in der Diskussion antreffen, denn zu groß sind die grundsätzlichen Unterschiede in der Auffassung über die Gestaltung der Wirtschafts- und der Finanzpolitik zwischen den beiden großen Parteien. Aber das soll und darf uns nicht hindern, unsere Auffassung über eine andersgeartete Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Hause darzulegen. Die Kritik entspringt nicht der Vorstellung, daß unbedingt der durch Sie (*zur ÖVP gewendet*) vertretenen wirtschaftspolitischen Auffassung eine andere Auffassung entgegengestellt werden soll, sondern sie entspringt — und das möchte ich klar und deutlich aussprechen — der ernststen Sorge, daß dieses finanzpolitische Experimentieren für unsere Wirtschaft und unseren Staat gegebenenfalls verhängnisvolle Folgen zeitigen wird.

Jeder der fünf Finanzminister — wir haben seit dem Jahre 1945 fünf Finanzminister in unserem Staate gehabt — hat seine eigene Finanzpolitik und seine eigene Methode in der Budgeterstellung entwickelt. Die ersten beiden Minister, Dr. Zimmermann und Doktor Margarétha, hatten die Aufgabe, die finanziellen Verhältnisse des Staates zu konsolidieren. Sie haben durch ihre überaus mühevollen Tätigkeit die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs gelegt. Dr. Kamitz, der dritte Finanzminister der Zweiten Republik, hat uns, ich glaube, in acht Budgetreden seine Auffassung über die von ihm vertretene Wirtschafts- und Finanzpolitik dargelegt. Er war ein Befürworter der antizyklischen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, in Zeiten der Hochkonjunktur

Überhitzungserscheinungen unserer Wirtschaft vor allem durch Drosselung der öffentlichen Investitionen zu beseitigen und in Zeiten der Hochkonjunktur jene Mittel anzusammeln, die es ermöglichen sollen, in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression durch gesteigerte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand die Wirtschaft anzukurbeln. Eine schöne, eine richtige, aber nach unserer Meinung nicht vollständige Wirtschaftstheorie.

Aber nehmen wir an, daß die Auffassung des Herrn Dr. Kamitz richtig gewesen wäre. Wie sieht das Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik aus? Die Schuldenlast, die Kamitz angehäuft hat, ist ungeheuer groß. (*Abg. Mitterer: Er allein?*) Er war Finanzminister! Der Schuldenstand des Bundes im Jahre 1952 betrug 10,9 Milliarden Schilling und hat sich bis zum Jahre 1960 auf 22,3 Milliarden Schilling erhöht. Davon sind 6½ Milliarden Schilling Bundesschatzscheine, also kurzfristige Schulden. Für eine antizyklische Wirtschaftspolitik ist weder Geld noch Kredit vorhanden. Erlauben Sie mir die Feststellung: Acht Jahre Wirtschaftskonjunktur wurden vertan!

Das zweite wirtschaftliche Argument, das Dr. Kamitz wiederholt gebraucht und das er auch in seiner Budgetpolitik angewendet hat, war das angebliche Streben nach einem ausgeglichenen Budget. Denn nur ein ausgeglichenes Budget, sagte er — aber das sagt auch der Herr Finanzminister Dr. Klaus —, sei eine Garantie für die Stabilität unserer Währung. Auch hier klappte zwischen Theorie und Praxis ein himmelhoher Unterschied.

Der Voranschlag wurde ziffernmäßig tatsächlich richtig erstellt, sodaß kein oder nur ein unwesentlicher Gebarungsabgang zu verzeichnen war. Während des Budgetjahres jedoch wurden vielfach auch ohne Zustimmung des Parlaments Aufwendungen gemacht, die die Voranschlagszahlen um ein bedeutendes überschritten haben. (*Abg. Machunze: Siehe Rechnungsabschluß 1960 der Österreichischen Bundesbahnen!*) Den Überschreitungen bei den Bundesbahnen stehen auch Mehreinnahmen gegenüber, das müssen Sie auch in Betracht ziehen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich habe schon gesagt: Ich übe eine ernste, verantwortungsbewußte Kritik an den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen der Vergangenheit. (*Abg. Mitterer: Wo ist das Verantwortungsbewußtsein? — Zwischenruf des Abg. Mark.*) Wir haben (*Ruf bei der ÖVP: Dafür gestimmt!*) Mehrausgaben vom Jahre 1958 bis zum Jahre 1960 in der Höhe von 6,9 Milliarden Schilling gehabt, mehr Ausgaben also, als in den Voranschlägen festgesetzt war. Diesen Mehrausgaben

**Uhlir**

stehen allerdings 2,3 Milliarden Mehreinnahmen gegenüber, aber es bleibt trotzdem eine Nettoüberschreitung von 4,6 Milliarden Schilling bestehen.

Mit diesen Überschreitungen sind wir nicht einverstanden. Die tatsächlichen Überschreitungen der im Voranschlag festgesetzten Ausgabenposten sind ja eigentlich noch viel höher. Die letzte Mitteilung des Finanzministeriums über die Ausgabenerhöhungen im Gebarungsjahr 1960 gibt an, daß diese Überschreitungen 4,7 Milliarden Schilling betragen. Das Finanzministerium hat zwar der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß diese Überschreitungen zum Teil auf gesetzliche Bestimmungen zurückzuführen sind, die dem Staat über das Budget hinausgehende Mehrausgaben verursacht haben, und daß ein Teil der weiteren Mehrausgaben durch Beschlüsse des Ministerrates gedeckt ist. Aber ich möchte doch aus dem Artikel 51 der Bundesverfassung den Herren und Frauen Abgeordneten vorlesen und ihnen diesen Artikel ins Gedächtnis rufen. (*Zwischenruf des Abg. Mitterer.*) In diesem Artikel 51 heißt es: „Bundesausgaben, die im Bundesfinanzgesetz oder in einem Sondergesetz nicht vorgesehen sind, bedürfen vor ihrer Vollziehung der verfassungsmäßigen Genehmigung des Nationalrates, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.“

Ich behaupte, daß gegen diese verfassungsmäßige Bestimmung verstoßen wurde. Wir sind der Meinung — wir sagen dies mit allem Nachdruck —, daß der Weg ins Parlament für jeden Finanzminister offensteht. Er braucht nur ein Nachtragsbudget vorzulegen. Wir haben in der Vergangenheit bei den laufenden Budgets immer wieder bewiesen, daß wir den Notwendigkeiten jeweils Rechnung tragen. (*Abg. Machunze: Also: Finanzminister, bleib hart!*) Sie verwechseln immer den Landvogt mit dem Finanzminister oder umgekehrt! (*Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.*) Man kann, glaube ich, mit einer solchen Bemerkung nicht über ein Recht hinweggehen, das dem Parlament zusteht. Es ist das vornehmste Recht des Parlaments, das Budget zu genehmigen und das Kontrollrecht auszuüben; das ist Aufgabe des Parlaments. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: Das gilt aber für alle Minister!*) Selbstverständlich gilt es für alle Minister! Ich möchte diese Feststellung mit allem Nachdruck machen. Ich glaube, wir selbst sind es unserer Arbeit und dem Ansehen des Parlaments schuldig, daß wir dafür sorgen, daß die Ausgaben jeweils unter entsprechender Genehmigung durch das Parlament erfolgen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir hoffen — ich weiß, das wird nicht von heute auf

morgen möglich sein —, daß wir eines schönen Tages so weit kommen werden, daß das Parlament über alle Bereiche der Ausgaben informiert ist. Ich weiß, daß wir selbst in jedem Finanzgesetz Ermächtigungen an den Finanzminister beschlossen haben. (*Abg. Dr. Kummer: Na also!*) Ich glaube aber, es ist doch notwendig, es so zu machen, wie es diesmal zum erstenmal geschieht, weil wir nach der Geschäftsordnung die entsprechende Möglichkeit haben, daß diese Ermächtigungen nachträglich dem Finanz- und Budgetausschuß vorgelegt werden und dieser Ausschuß darüber zu beraten haben wird. Damit gehen wir wieder den Weg der Rechtmäßigkeit, also jenen Weg, der im Interesse der ordnungsgemäßen Gebarung in unserem Staatshaushalt zu beschreiten ist. Ich hoffe, daß es unseren vereinten Bemühungen gelingen wird, diesen Weg für die Zukunft einzuschlagen, denn ich glaube, daß wir die Verantwortung, die uns Abgeordneten zukommt, nicht einfach auf Grund von Ermächtigungen an den Finanzminister übertragen dürfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Gestatten Sie, daß ich fortfahre. Auch wir stellen an die Spitze aller unserer wirtschaftlichen Betrachtungen die Stabilität der Währung. Meine Parteifreunde, die zu diesem Wirtschaftsproblem in der Vergangenheit Stellung genommen haben, haben dies mit allem Nachdruck erklärt. Auch ich habe wiederholt in diesem Hause diesen Grundsatz unterstrichen.

Der arbeitende Mensch, der von seinem Lohn- und Gehaltseinkommen leben muß, ist zutiefst daran interessiert, daß die von ihm erarbeiteten Löhne und Gehälter nicht durch eine inflatorische Entwicklung geschmälert werden. Aber die Stabilität der Währung allein genügt nicht, wenn sie nicht mit der Stabilität der Kaufkraft des Schillings verbunden ist. Die Stabilität der Kaufkraft des Schillings ist nötig, um den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu erhalten und den sozialen Frieden zu wahren. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Diese Stabilität war aber in der Vergangenheit und besonders in diesem Jahre nicht gegeben. Ich behaupte — es ist meine persönliche Behauptung —: Die Preisexzesse, die am Beginn des Jahres zu verzeichnen waren, hatten keine Ursache im Budget 1961! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Eine Überforderung des Budgets ist nicht eingetreten. Wir sind der Meinung, daß hier Willkürakte begangen wurden, die dann natürlich in Lohn- und Gehaltsforderungen ihren Ausgleich finden mußten. Auch bei diesem Problem möchte ich mit allem Nachdruck feststellen — das war in der Vergangenheit unsere Aufgabe und wird es auch in der

**Uhlir**

Zukunft sein —: Eine Minderung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen und der Kleinverdiener ist unmöglich! Die arbeitenden Menschen haben nicht nur ein Recht darauf, daß ihr Lebensstandard gewahrt bleibt, sie haben auch ein Recht darauf, an dem stetig steigenden Nationaleinkommen ihren Anteil zu haben, einen Anteil, den sie nach ihren Verdiensten um den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft und um die Erhaltung der Freiheit und Selbständigkeit des österreichischen Staates mit vollem Rechte fordern können. (*Ruf bei der ÖVP: Das Recht haben auch die Bauern! — Rufe bei der SPÖ: Das ist unbestritten!*) Ich rechne auch die Bauern zu den arbeitenden Menschen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Pölzer: Wer hat das bestritten?*)

Wenn wir also rückblickend die Finanzpolitik der vergangenen acht Jahre betrachten, dann müssen wir leider feststellen, daß diese Finanzpolitik nicht richtig war, daß sie keineswegs die geld- und kreditmäßigen Voraussetzungen für eine antizyklische Finanzpolitik geschaffen hat. (*Zwischenruf des Abg. Pölzer. — Abg. Mitterer: Warum erhöht die Gemeinde Wien ihre Gebühren? — Abg. Jonas: Guten Morgen, Herr Kollege, guten Morgen! — Abg. Dr. Pittermann: Wann gehen Sie zum Friseur, Herr Mitterer? — Ruf bei der ÖVP: Bisher waren Sie dort!*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Uhlir (*fortsetzend*): Das Erbe, das der Herr Finanzminister Dr. Klaus angetreten hat, war keinesfalls beneidenswert. Aber zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers möchte ich doch auch eine grundsätzliche Feststellung machen. Kein Finanzplan — und auch der Budgeterstellung für ein Jahr muß ein kurzfristiger Finanzplan zugrunde liegen —, der lediglich den Zeitraum eines Jahres umfaßt, wird den heute gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten gerecht werden.

Unser heutiger Staat unterscheidet sich von dem Staat vor 30, 40 oder 50 Jahren sehr wesentlich. Hatte damals der Staat lediglich die Aufgabe, eine Ordnungs- und Kontrollfunktion auszuüben, so hat die Entwicklung den Weg von der traditionellen zur rationalen Finanzwirtschaft beschritten. Immer mehr — diese Entwicklung ist unaufhaltsam — nimmt der Staat auf die wirtschaftliche Gestaltung und Entwicklung Einfluß. Der Staat hat heute aktive Konjunkturpolitik zu betreiben, und diese Aufgabe ändert die Gesichtspunkte und die Grundsätze für die Erstellung des Budgets.

Konjunkturpolitik kann nicht für ein Fiskaljahr betrieben werden, sie muß einen viel größeren Zeitraum umfassen. In diesem Zeitraum sind die wirtschaftlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten aller Bevölkerungsschichten zu beachten. Die Voraussetzung für ein seine Aufgaben erfüllendes Budget muß also ein langfristiger Wirtschaftsplan sein. Der Finanzplan selbst hat einen Teil des Wirtschaftsplanes zu bilden.

Im Rahmen eines umfassenden Wirtschaftsplanes ist also ein mehrjähriger Finanzplan zu erstellen, der sich nicht allein auf den Staatshaushalt erstrecken kann. Dazu sind die Bundesfinanzen mit den Länder- und Gemeindefinanzen zu sehr verflochten. Das jährlich zu beschließende Budget hat sich in diesen Finanzplan einzuordnen.

Bei einem so erstellten Budget ist es nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob und in welchem Ausmaße das Budget einen Abgang aufweist. Ich habe nicht die Absicht, mit diesen meinen Ausführungen einer grenzenlosen Defizitwirtschaft das Wort zu reden. Ich möchte nur vor einer Überbewertung des Budgetabganges warnen, denn dieses Budget — das will ich mit Nachdruck betonen —, im Rahmen eines umfassenden Wirtschaftsplanes und eines mehrjährigen Finanzplanes erstellt, kann auch Abgänge ertragen.

Die Forderung des Gewerkschaftsbundes, über die ja noch mein Parteifreund Benya ausführlich sprechen wird, durfte man daher nicht so abtun, wie es von Ihnen geschehen ist. Eine wirtschaftliche Begründung für die Ablehnung war nicht vorhanden, sie wurde an den Haaren herbeigezogen. Es ist gefährlich, wirtschaftliche Fragen politisch zu behandeln, und Ihre Entscheidung über die Ablehnung der Forderung des ÖGB war nicht wirtschaftlich begründet, sondern entsprang lediglich politischen Motiven. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Es ist äußerst gefährlich, in Wirtschaftsfragen einen Prestige-standpunkt einzunehmen.

Lassen Sie mich noch etwas mit allem Nachdruck aussprechen: Zum Triumphieren war der Zeitpunkt sehr schlecht gewählt. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*) Österreich liegt am Schnittpunkt zweier Welten. Es ist daher den Folgen internationaler Spannungen ausgesetzt und hat alle Ursache, sich in seiner Innenpolitik zur Zusammenarbeit zu bekennen, zu einer Zusammenarbeit, die es uns einst ermöglichte, in den schwersten Zeiten der Zweiten Republik das Staatsschiff aus den Wirrnissen herauszusteuern. Wir Sozialisten bekennen uns nach wie vor zu dieser im Interesse des gesamten österreichischen Volkes



Uhlir

liegenden Zusammenarbeit. Wir erwarten von Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, auf diesem Gebiete die gleiche uneingeschränkte Loyalität. (*Abg. Hartl: Echte Koalition!*) Ja! (*Abg. Mitterer: In der Regierung, sonst in der Opposition!* — *Abg. Dr. Neugebauer: Stören Sie doch nicht immer!* — *Abg. Hartl: Echte Koalitionsgesinnung!* — *Lebhafte Zwischenrufe.*) Ich glaube, Herr Kollege Mitterer, wir haben in den vergangenen Jahren viel auf uns genommen! (*Abg. Mitterer: Wir auch!*) Ich brauche Sie nur an das Jahr 1950 zu erinnern, wo die Last der Verteidigung vor allem auf den sozialistischen Arbeitern gelegen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen. Wir waren uns immer der Verantwortung gegenüber dem österreichischen Volke bewußt, wir werden uns dieser Verantwortung auch in Hinkunft bewußt sein.

Wir haben in der allgemeinen Diskussion um das Budget einige sehr konkrete Forderungen gestellt, die zum Teil in das Budget Eingang gefunden haben, zum Teil aber abgelehnt wurden.

Unserem Wunsche bezüglich der Dotierung des Wohnbaufonds wurde schließlich und endlich doch Rechnung getragen.

Wir begrüßen es, ich habe dies schon gesagt, daß neben den erhöhten Eingängen der Wohnbaufondsbeiträge respektive der Beiträge für den Wohnhauswiederaufbau und neben den Rückflüssen für Darlehen mit Zinsen 100 Millionen Schilling aus Budgetmitteln und durch Kreditoperationen 320 Millionen Schilling, also zusammen 420 Millionen Schilling, den beiden Fonds zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, daß im kommenden Jahr, wie von anderer Seite errechnet, 32.000 Wohnungen gebaut werden können. Sicherlich sind 32.000 Wohnungen viel, besonders wenn man in Betracht zieht, daß ursprünglich überhaupt keine Dotierung der Wohnbaufonds vorgesehen war. Aber in der Regierungserklärung vom Jahre 1959 und auch in der Regierungserklärung der heute im Amt befindlichen Regierung Gorbach wurde der Bau von 50.000 Wohnungen in Aussicht genommen. Wir erfüllen also auf diesem Sektor auch im dritten Jahr der Legislaturperiode das Regierungsprogramm wiederum nicht.

Die Erfüllung des Regierungsprogramms in diesem Punkte ist jedoch dringend notwendig. Es gibt, wie ich schon darauf hingewiesen habe, Zehntausende junger Menschen, die einen Haushalt gründen wollen und infolge des Fehlens einer Wohnung dies nicht tun können. Es gibt Zehntausende junger Ehepaare, die

noch keine eigene Wohnung besitzen, und es gibt tausende und abertausende nicht mehr ganz junge Familien, die in schlechten und unzulänglichen Wohnungen hausen. Die Hoffnung dieser Menschen dürfen wir nicht zerstören. Wir müssen ihnen allen die Zuversicht geben, daß auch sie mit ihren Angehörigen in absehbarer Zeit in einem geordneten Hauswesen werden leben können.

Dem Einwand der Bauwirtschaft, sie sei nicht in der Lage, noch höheren Anforderungen nachzukommen, möchte ich damit begegnen, daß dann, wenn so außergewöhnliche Verhältnisse herrschen, wie das jetzt der Fall ist, in der Baudurchführung eine bestimmte Reihung vorzunehmen ist. In dieser Reihung muß dem sozialen Wohnungsbau die ihm gebührende Vorrangstellung eingeräumt werden.

Wir begrüßen es ferner, daß die Erfüllung der zweiten Etappe der Rentenreform mit der vollen Auszahlung der 14. Rente gesichert ist und daß es auch möglich war, die Richtsätze für die Ausgleichszulagen zu erhöhen. Es erhöhen sich damit die niedrigsten Renten ab 1. Jänner 1962 um 40 S auf 720 S und ab 1. Juli 1962 um weitere 30 S auf monatlich 750 S.

Aber erlauben Sie mir noch, bei dieser Rentenfrage auf eines aufmerksam zu machen, weil dies unsere ganze bisherige Arbeit in Frage stellen könnte: das ist die Einführung der dynamischen Rente. Diese Einführung ist meines Erachtens unaufschiebbar geworden. Ich bedauere es, daß hiefür nicht in diesem Budget schon die erforderlichen Mittel bereitgestellt wurden. Je länger wir aber diese Lösung hinausschieben, desto größer wird die bereits schon jetzt entstandene Differenz zwischen den neuen Renten und den bereits auf Grund der Rentenreform umgerechneten sogenannten Altrenten. Das große Rentenreformwerk, das im vergangenen Jahr vom Parlament beschlossen wurde, würde, wie ich schon sagte, seine Wirkung einbüßen, und wir würden in Bälde vor der Aufgabe stehen, eine neue Rentenreform, die die Differenzen zwischen den sogenannten Alt- und Neurenten beseitigt, durchzuführen. Ersparen wir es uns doch, daß Unruhe bei den Rentnern entsteht, deren Zahl in die Hunderttausende geht.

Auch auf eine zweite Frage, die im Mittelpunkt der Diskussion über die Gestaltung des Sozialversicherungsrechtes steht, möchte ich noch hinweisen: Es ist dies die Neufassung des Invaliditätsbegriffes in der Arbeiterpensionsversicherung mit dem Ziel der Anpassung dieses Begriffes an den in der Pensionsversicherung der Angestellten bereits geltenden Begriff der Berufsunfähigkeit.



## Uhler

Seien wir uns doch bewußt, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung, nachhaltig geändert haben. In dieser geänderten Welt von heute ist dem arbeitenden Menschen eine ganz andere Rolle zugeteilt als noch vor einigen Jahrzehnten. Der Arbeiter wird immer mehr zum technischen Angestellten mit einer großen Verantwortung für die kostbaren Maschinen, die er zu bedienen hat. Immer mehr tritt bei der Bedienung der Maschinen der erlernte handwerkliche Beruf zurück. Diese Entwicklung, die mit der Technisierung des Wirtschaftsprozesses Hand in Hand geht — denn die Automatisierung erfaßt immer größere Gebiete des Produktionsprozesses —, muß auch in arbeitsrechtlicher und in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht beachtet werden. Es ist heute nicht mehr vertretbar, daß man die in ihrem Beruf arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter vor Gewährung einer Leistung aus der Pensionsversicherung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweist. Wir erwarten, daß die 9. Novelle zum ASVG., die, wie ich annehme, doch mit 1. Jänner des kommenden Jahres in Kraft treten wird, die Erfüllung dieser ebenfalls nicht mehr aufschiebbaren Forderung bringen wird.

Wir werden auf einzelne Fragen des Sozialrechtes bei der Besprechung des Kapitels Soziale Verwaltung noch zurückkommen. Vergessen wir bei Betrachtung und Beratung des Sozialrechtes nicht, daß sich dieses Recht in Österreich zum größten Teil nach den international festgelegten Mindestnormen entwickelt hat und daß der arbeitende Mensch auf Grund seiner Stellung im Wirtschaftsprozess und in der gegebenen Gesellschaftsordnung anders zu werten ist als noch vor einigen Jahrzehnten. Das damals geläufige Vokabularium zu diesen Fragen hat heute keine Gültigkeit mehr.

Keine Zugeständnisse haben wir bezüglich der Bewertungsfreiheit von Investitionen und der Umsatzsteuerrückvergütung erhalten. Wir leugnen keinesfalls die Notwendigkeit von Investitionen und lehnen auch Steuerbegünstigungen von Investitionen nicht grundsätzlich ab. Aber steuerbegünstigte Investitionen müssen wirtschaftspolitisch gerechtfertigt sein. In Zeiten einer Hochkonjunktur allgemein für Investitionen Steuerbegünstigungen zu gewähren, entspricht keineswegs einer aktiven Konjunkturpolitik. Es scheint uns vielmehr zweckmäßiger zu sein, die Bewertungsfreiheit von Investitionen unterschiedlich, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend, zu gestalten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Bereich der Umsatzsteuerrückvergütung. Welcher

Mißbrauch mit diesem Vergütungssystem, das den Export fördern sollte, getrieben wurde, ist der Öffentlichkeit hinlänglich bekannt. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, diese Mißbräuche zu beseitigen. Wir gehen in unserer Annahme wohl nicht fehl, daß es sehr bedeutende Mittel sind, die durch diese, sagen wir es nur ehrlich, unsauberen Manipulationen dem Staat entzogen werden.

Begünstigungen müssen wirtschaftlich gerechtfertigt sein. Ist dies nicht der Fall, dann haben sie zu unterbleiben. Wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Begünstigungen führen in den Sumpf der Korruption.

Zu zwei Fragen jedoch scheint es mir notwendig, den Standpunkt der Sozialisten klar und eindeutig darzulegen. Das ist die Frage der Preisstützung bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und die staatliche Unterstützung für den kulturellen Sektor.

Ich habe schon gesagt, daß der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede darauf verwiesen hat, daß für Preisstützungen landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1962 mehr als 2 Milliarden Schilling aufgewendet werden. Wir Sozialisten haben in der Vergangenheit immer wieder größtes Verständnis für die wirtschaftlichen Interessen der schwer arbeitenden Bauern gezeigt. Die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe muß auch nach unserer Auffassung ein Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik sein (*Beifall bei der SPÖ*), doch glauben wir, daß hierbei auf die Bedürftigkeit Bedacht genommen werden muß.

Wir leugnen nicht die Notwendigkeit solcher wirtschaftlicher Stützungsmaßnahmen. Die Bergbauern, die Kleinbauern, die in harter Arbeit den Boden bestellen, haben einen Anspruch auf Förderungsmittel aus dem Grünen Plan. Zuwendungen aus der gleichen Quelle an die Großbauern sind nicht vertretbar. (*Ruf bei der ÖVP: Sind eh nicht viele! — Abg. Rosa Jochmann: Egal!*) Es sind nicht viele, aber die Zuwendungen sind ganz gewichtig! (*Weitere Zwischenrufe.*) Von meinen Parteifreunden, die sich mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen beschäftigen, wurde wiederholt dargelegt, daß die Subventionen in unbegrenztem Ausmaße nicht tragbar sind, sondern daß produktionsregelnde Formen der Subventionsgewährung gefunden werden müssen.

Wenn der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede sagt: „Bei einem nunmehrigen Aufwand von über 2 Milliarden Schilling für Preisstützungen wird es auf die Dauer nicht zu umgehen sein, im Zusammenwirken mit allen beteiligten Faktoren eine Lösung anzustreben, die ohne Erschütterung des Preisgefüges auf einen allmählichen Abbau der Preisstützungen

**Uhlir**

hinausläuft“, so stimmen wir dem zu und sind zu einer verantwortungsbewußten Mitarbeit bereit. Wenn Förderungsmittel und Agrarkredite jedoch an gutsituierte Bauern, an Gutsbesitzer und Besitzer großer Waldbetriebe, die diese Förderung nicht nötig haben, durch die Landwirtschaftskammern vergeben werden, aber die Klein-, Mittel- und Bergbauern von der Zuteilung der Förderungsmittel und der Agrarkredite ausgeschlossen werden und diesen Gruppen der Landbevölkerung der Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes verwehrt wird, dann ist ein solcher Weg für uns nicht gangbar! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die zweite Frage, die in dem abgelaufenen Jahr und auch heuer eine Rolle im öffentlichen Leben gespielt hat, ist die Frage, welche Mittel für die Kultur zur Verfügung gestellt werden. Wir haben in den vergangenen Budgetdebatten — ich möchte hier vor allem auf die Ausführungen meines Parteifreundes Dr. Neugebauer bei jeder Budgetdebatte hinweisen — immer wieder bemängelt, daß für den Wiederaufbau und den Ausbau der Mittelschulen und Hochschulen nicht in genügendem Ausmaße vorgesorgt wurde. Dr. Neugebauer hat einmal — ich erinnere mich daran — eine Zeitung einer Mittelschule verlesen, was für uns eine erschütternde Anklage gewesen ist. Dort sagten die Mittelschüler in einer sehr schnippischen Art und in einer die bisher geleistete Arbeit lächerlich machenden Form: „Wir haben in unserer Mittelschule eine ausgezeichnete Klimaanlage: beim Fenster zieht's herein, bei der Tür zieht's hinaus — das ist unsere Schule.“ Dieser eine Satz allein war schon eine der schwersten Anklagen, die von jenen Schülern, die heute in die Schule gehen, gegen uns und vor allem gegen die Schulverwaltung erhoben wurden.

Wir haben also in der Vergangenheit immer wieder auf die unzulängliche Ausgestaltung der Mittelschulen verwiesen und haben vor allem auch dargelegt, daß die Länder und Gemeinden, in deren Aufgabengebiet die Vorsorge für die Volks- und Hauptschulen gehört, trotz schwieriger Verhältnisse Beispielhaftes geleistet haben.

Wenn in diesem Budget für Schulen und Kulturbauten 310 Millionen Schilling eingestellt wurden, so wird damit den Erfordernissen im Rahmen der beengten Budgetverhältnisse Rechnung getragen. Wir sind froh, daß den Wünschen aller kulturbewußten Österreicher, besonders aber den dringenden Wünschen der Elternvereinigungen entsprochen wurde. Allerdings wird auf dem Sektor der berufsbildenden und allgemeinbildenden Mittelschulen noch viel mehr getan werden müssen. Aber der Anfang ist da. Der Wille, abzuhelpen und aufzubauen, ist bekundet.

Daß an den Hochschulen akuter Raum-mangel besteht, ist eine Tatsache. Wenn uns heute gesagt wird, daß sich Hörer an der Hochschule für Welthandel um ½ 6 Uhr früh anstellen müssen, damit sie einen Platz bekommen, so ist das gleichfalls eine der schwersten Anklagen, die erhoben werden können. Will Österreich als Kulturnation seine Geltung behaupten, soll es seine Anziehungskraft auf ausländische Studenten aus fern und nah ausüben, soll es aber vor allem für alle Österreicher, die studieren wollen, Studienplätze und Studiermöglichkeiten geben, dann muß noch viel mehr Geld für die Hochschulen aufgewendet werden. Wir Sozialisten wissen, wie wichtig es ist, einem jungen Menschen die Tür zum Studium zu öffnen, und wir bejahen einen größeren Aufwand für alle Schulen und Lehrinstitute.

Erlauben Sie mir, daß ich zum Abschluß noch auf einige bestimmte Erscheinungsformen auch in diesem Budget hinweise. Wir haben in diesem Budget auch den Niederschlag einiger Fondsgebarungen. Wir haben den Kinderbeihilfenfonds, den Familienbeihilfenfonds; sie werden fein säuberlich im Finanzministerium verwaltet. Wir haben einen Arbeitslosenversicherungsfonds, bei dem die Mittel gespeichert werden sollen, damit sie dann, wenn Arbeitslosigkeit gegeben ist, entsprechend verwendet werden können. Wir müssen aber feststellen, daß diese Fonds bereits heute bis zum letzten Schilling verbraucht wurden. Wir halten eine solche Fondsgebarung für unhaltbar. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Wir legen dem Herrn Finanzminister sehr dringend ans Herz: Dort, wo Fonds gebildet wurden, deren Gelder bestimmten Zwecken zugeführt werden sollen, müssen diese Mittel im Finanzministerium auch immer vorhanden sein. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Diese Mittel für die allgemeine Finanzgebarung zu verwenden widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen, widerspricht aber auch der vorsorglichen Planung.

Was sollen wir denn noch für Bestimmungen in das Gesetz hineinnehmen, damit den Wünschen des Parlaments Rechnung getragen wird? Wie heißt es doch im Arbeitslosenversicherungsgesetz vom Jahre 1958: „Die Mittel des Reservefonds können auch zur Förderung von Einrichtungen verwendet werden ...“ und so weiter. „Die Verwaltung des Reservefonds obliegt dem Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen. Die Mittel des Reservefonds sind derart anzulegen, daß sie zur Deckung eines Abganges jederzeit herangezogen werden können.“ Klarer und deutlicher kann man das wohl nicht mehr aussprechen. Ich glaube,

**Uhlir**

es liegt im Aufgabenbereich des Herrn Finanzministers, dafür zu sorgen, daß diesen gesetzlichen Bestimmungen auch Rechnung getragen wird! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Des Sozialministers, nicht des Finanzministers!*) Er kriegt das Geld ja gar nicht, das bleibt beim Finanzministerium liegen, das wissen Sie sehr genau.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch beim Kinderbeihilfenfonds und beim Familienlastenausgleichsfonds. Auch dort sollten heute 1,7 Milliarden Schilling vorhanden sein. Beim Arbeitslosenversicherungsfonds handelt es sich um 700 oder 900 Millionen Schilling. Auch beim Kinderbeihilfenfonds müssen die 1,7 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Wir werden sie brauchen. Wenn wir wirklich zielsichere, wirkungsvolle Familienpolitik betreiben wollen — was Sie ja immer sagen und was auch wir im vollen Ausmaß unterstreichen —, dann müssen die Mittel, die dafür im Budget vorhanden sind, auch ständig dafür zur Verfügung stehen. Ich möchte hier die sehr dringende Bitte aussprechen, den Wünschen des Parlaments in diesen Fragen wirklich Rechnung zu tragen.

Aber erlauben Sie mir, noch etwas zu sagen, ich habe das im vergangenen Jahr bei der Budgetdebatte schon gesagt. Ich weiß, der Herr Finanzminister trägt diesmal nicht die Verantwortung dafür. Wir haben vor einigen Wochen den Rechnungsabschluß für das Jahr 1960 bekommen. Dort steht bei der Körperschaftsteuer, daß um über 600 Millionen Schilling weniger eingegangen sind. Im Rechnungsabschluß heißt es dazu, daß eben zuviel in das Budget eingesetzt wurde. Das habe ich schon im vergangenen Jahr, weil dieselbe Bemerkung auch im Rechnungsabschluß für das Jahr 1959 enthalten war, aufgezeigt. Wir Abgeordneten haben das Recht, zu verlangen, daß im Budget Wahrheit und Klarheit herrscht! (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir möchten dringend bitten, daß für alle Zahlen des Budgets dieser Grundsatz Geltung hat! Es ist für uns Abgeordnete schwierig, die Verantwortung für Beschlüsse des Parlaments zu tragen, wenn wir nicht die Gewähr dafür haben, daß die Ansätze, die in das Budget eingesetzt wurden, auch den Tatsachen entsprechen. Diese Bitte möchte ich mit allem Nachdruck dem Herrn Finanzminister vortragen.

Erlauben Sie mir, zum Abschluß zu sagen: Ich sagte am Anfang meiner Ausführungen, daß wir uns zu diesem Budget bekennen. Wir hoffen, daß es in den kommenden Monaten, wenn nötig, auch zu den entsprechenden Klarstellungen und Diskussionen im Finanz- und Budgetausschuß kommt. Wir bitten Sie aber, nicht einfach die Finanzgebarung

ins Uferlose, ins Grenzenlose zu treiben. (*Abg. Reich: Da sind Sie der einzige, der dieser Meinung ist!*) Wir glauben, daß dann, wenn Überschreitungen notwendig sind, der Herr Finanzminister ruhig zu uns, zu den Abgeordneten ins Parlament kommen kann, um eine solche Nachtragsforderung zu stellen. Ich habe schon gesagt: Wir werden ehrlich und aufrichtig bemüht sein, seine sicherlich nicht leichte Arbeit in jeder Weise zu unterstützen.

Ich richte nun auch an Sie, wie ich es schon in meinen Ausführungen getan habe, eine Aufforderung. Österreich liegt an der Schnittpunktlinie zweier Welten, wie ich schon sagte. Wir werden in der Zukunft noch manche sehr harten wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen haben. Versuchen wir, die Lösung aller dieser Aufgaben, aller dieser Probleme gemeinsam herbeizuführen. In der Vergangenheit hat unsere gemeinsame Arbeit Früchte getragen. Sie soll es auch in Zukunft tun! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gredler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gredler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst ein positives Wort zu den ernstesten Bemühungen des Herrn Finanzministers. Es könnte Sie, meine Damen und Herren, diese Anerkennung seitens der Opposition vielleicht erstaunen. Aber wir Freiheitlichen zollen auch jedem Andersgesinnten objektiv Beifall, wenn er versucht, seine Amtsführung entsprechend zu gestalten. Freilich, daß der Finanzminister sein Ziel nicht erreichen kann, ist ebenso feststehend. Es liegt aber nicht an ihm, sondern an dem System der Koalition zweier von entgegengesetzten Auffassungen getragenen Parteien.

Man sprach zum Beispiel davon, daß es heuer kein Budgetgedränge geben werde, daß man alles rechtzeitig und ohne Zeitdruck hinsichtlich des Staatshaushaltes beraten und vereinbaren wolle. Nun, etwa ein- oder zweieinhalb Stunden vor Ablauf der Frist langte dann der Entwurf am letzten Sonntag im Parlament ein. Begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Hauptverantwortlichen, der Bundeskanzler, der Vizekanzler, der Finanzminister sowie andere Ressortchefs, nicht in Wien berieten, sondern auf Wahlreise waren. In Oberösterreich und Tirol fanden, während über den Staatshaushalt dringendst beraten werden sollte, in der allerletzten Zeit nicht weniger als 67 Werbeversammlungen mit führenden Koalitionspolitikern statt, die bei den Budgetberatungen in Wien gebraucht worden wären. (*Abg. Dr. Gorbach: Sehr billig!*)

**Dr. Gredler**

Wir leben — man beachte auch die vorgestrige Rede des Herrn Dr. Klaus — in der Zeit der Kritik. Uns allerdings wird das Recht dazu manchmal gern abgesprochen. Äußern wir Argumente, besprechen wir Probleme, wie zum Beispiel die Dotierung der Wildbachverbauung, die Höhe der Kinderbeihilfen und ähnliches, dann hört man manchmal: Ihr seid die Nazi! Man spricht wie Herr Chefredakteur Pollak in der „Arbeiter-Zeitung“ vom Mangel an einer staatsstreuen Opposition, obwohl doch jeder einigermaßen Objektive die Unrichtigkeit einer solchen unqualifizierbaren Behauptung leicht erkennen kann. Unterstellungen dieser Art hat es auch im Landtagswahlkampf gegeben. Aber dazu ein anderes Mal.

Die Kritik wird also reichlich von der Koalition intern gegenseitig besorgt. Der Herr Vizekanzler, die SPÖ, greift in Reden sowie in einer Broschüre zum Beispiel die Finanzpolitik der früheren Regierung an, man wirft Herrn Exminister Dr. Kamitz vor, ein großer „Schuldenmacher“ gewesen zu sein. Aber verzeihen Sie mir: der Vizekanzler hat damals, wenn ich nicht irre, doch Doktor Pittermann geheißen!

Herr Präsident Raab hat, wenn man aus Zeitungen richtig entnehmen darf, in Tirol kürzlich Vorwürfe gegen den Außenminister wegen dessen falscher Integrationspolitik erhoben; aber der Bundeskanzler hieß damals Raab!

Der stärkste Kritiker des Budgets 1961 ist Herr Bundeskanzler Dr. Gorbach. Aber als er ihm im vergangenen Jahr selbst zustimmte, war er immerhin Parteiboss der stärksten Regierungspartei!

Und der schärfste Kritiker der Budgetpolitik der Koalition überhaupt ist im Grunde genommen Herr Dr. Klaus selbst.

Hören wir die Ausführungen des Herrn Finanzministers von vorgestern und die aus einem Vortrag, den er kürzlich vor der Industrie hielt: Ein neues Grundsatzkonzept sei nötig, die Regierung dürfe nicht mit Kniffen arbeiten, zwischen Budgetkonzept und Budgetwirklichkeit gebe es ernste Widersprüche, die Staatsausgaben würden willkürlich erweitert, unter dem Druck der politischen Umstände — gemeint ist hier die Koalition — treibe man keine gestaltende Finanzpolitik, man schließe — goldene Worte! — Kompromisse, denen man dann das Mäntelchen des Sachgerechten umhänge, es werde mit Schein zahlen operiert, die etwas versprechen, was in Wirklichkeit gar nicht zu erwarten sei, man dürfe in Zukunft nicht mit fiktiven, ja utopischen Zahlen verhandeln und ähnliches mehr.

Nun, Sie werden mir recht geben: Es gibt wohl keine eindeutige Ablehnung der bisherigen Budgetpolitik als das vom Finanzminister selbst Gesagte. Wie hieß es doch in seiner vorgestrigen Ministererklärung über den Staatshaushalt des nächsten Jahres? Er sei optimal unter den gegebenen Verhältnissen. Das bedeutet ein sehr hartes Urteil eben diesen „gegebenen Verhältnissen“ gegenüber, der Koalition gegenüber.

Aber im übrigen ist das, was wir jetzt und in den nächsten zwei Monaten im Parlament zum Budget sagen und sagen werden, im Grunde genommen doch gleichgültig. Es ist doch alles, jede Ziffer, im Koalitionsausschuß schon im vorhinein bestimmt, und wir werden erfahrungsgemäß im Parlament keine Position ändern. Aber die Ministerien selbst oder das Finanzressort — Kollege Uhlir hat das vorhin gesagt — wird gewohnheitsmäßig das tun, was es will.

Es ist sicherlich sehr dankenswert, daß der Herr Finanzminister vom überhöhten Budget 1961 in den letzten Monaten 800 Millionen Schilling eingespart hat. Das Parlament hat er damit nicht befaßt. Weniger dankenswert war es, wenn 1960 laut Finanzministerium Budgetüberschreitungen in Milliardenhöhe erfolgten — das Parlament wurde da auch nicht gefragt. Die Behörden halten Zahlungsverpflichtungen nicht ein, sie kürzen Investitionszuwendungen, sie überschreiten Ansätze — das Parlament bleibt überall ungefragt.

Das Parlament von heute ist der demokratische Vorhang für die undemokratische Vorgangsweise der Koalition. Mehr nicht!

Wie bereits erwähnt, findet der Staatshaushalt 1961 seine entschiedenste Verurteilung durch den Herrn Bundeskanzler selbst, der diesem gleichen Staatshaushaltsplan seinerzeit als Parteiboss der Volkspartei und auch als Abgeordneter seine Zustimmung gegeben hat, wie auch durch Herrn Finanzminister Doktor Klaus, ebenfalls ein eindeutiger Kritiker des Voranschlags 1961, der damals immerhin auch Präsidialmitglied der ÖVP gewesen ist.

Ich erinnere mich, daß der Herr Altbundeskanzler in seiner vorjährigen Budgetrede Kritiker aufgefordert hat, sich zu äußern. Er wird aber kaum erwartet haben, daß sein Nachfolger sein eindeutigster Kritiker werden wird. Herr Dr. Gorbach hat ja ausdrücklich und mit Recht von Preisauftrieben gesprochen, die sich durch den überhöhten Staatshaushalt 1961 und die dadurch ausgelösten Preis- und Tarifierhöhungen ergeben haben.

Im September 1960 hielt der damalige Finanzminister Dr. Heilingsetzer den Budgetrahmen mit 46 Milliarden für angemessen.

**Dr. Gredler**

Es war genauso, wie für 1960 sein Vorgänger Dr. Kamitz 38 Milliarden als richtig erachtete. Heuer im Juli sprach Dr. Klaus von einer Steigerung des Nationalproduktes um 5 bis 7 Prozent und hielt für 1962 etwa 52 Milliarden für angemessen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Betrachten wir aber nun die Staatshaushalte: Der Staatshaushalt 1960 lag über 42 Milliarden, der von 1961 über 48 Milliarden, heuer sind es fast 54 Milliarden. Unsere Finanzminister haben also im Grunde genommen dem, was sie vorher selbst als Höchststrahlen bezeichnet haben, immer 2 Milliarden Schilling beigefügt und dann diesen Betrag meist mit irgendwelchen gesellschaftstheoretischen oder nationalökonomischen Mäntelchen umkleidet. Und die Zeitungen — nicht nur die Parteipresse, erstaunlicherweise sogar unabhängige Blätter — loben dann diese Finanzminister als Meister der Sparsamkeit, als Beispiel einer Austerity-Politik.

Ich erinnere mich, und Sie, meine Damen und Herren, werden sich sicherlich auch entsinnen: Im vergangenen Jahr hieß es, die Reichen würden zahlen. Aber zu diesem Zweck, um die „Reichen“ schön zahlen zu lassen, hat man die Bahntarife der 2. Klasse erhöht, die billigen Zigarettensorten im Preis erhöht, den Benzinpreis erhöht, obwohl das Motorfahrzeug heute doch überwiegend, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, dem Beruf und nicht dem Luxus dient. Und die gleichen „Reichen“ werden letzten Endes immer wieder die Fehler im Budget zu tragen haben. *(Zustimmung bei der FPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Und die Schaumweinsteuer?)*

Herr Kollege, ich soll also meinen Witz vom Vorjahr hier wiederholen und die Galerie und Sie und den Herrn Finanzminister, der ihn nicht gehört hat, unterhalten. Ich kann Ihnen diese Freude bereiten: Den Sekt zahlt nur der Reiche, der selbst daran schuld ist! Denn der, der weiß, wie man Sekt auf Kosten anderer trinkt, setzt ihn doch als Geschäftskosten ab. Und Sekt trinkt der Reiche ungern allein, er nimmt einen Geschäftsfreund mit, er geht ins Moulin Rouge, er geht ins Casanova — die genannten Firmen haben mir keine Provisionen als Werbungskosten gegeben *(Heiterkeit)* —, und dort trinkt er dann zu viert — zu viert, wohlgemerkt! — den Sekt, und auf dem Bruchstrich, auf der Rechnung, wenn Sie den Witz noch einmal hören wollen ... *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Wieso zu viert?)* Ja du weißt das nicht, weil du ein keuscher Bursche bist! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich werde es dir aber nachher sagen. Zu viert also trinkt er den Sekt und setzt dann die Unkosten über die Steuer ab. Und der Herr Finanzminister ist selbst der

Leidtragende beziehungsweise wir Steuerzahler alle mit. Denn auf der Rechnung steht doch irgendwie auch das schwarze Mitzerl und die rote Lulu — ich möchte nicht den Proporz dabei in Anwendung bringen. *(Neuerliche Heiterkeit. — Abg. Dr. Migsch: Wie gut er sie kennt! — Abg. Dr. Kummer: Er kennt sich aus!)* Ja, wir gehen einmal gemeinsam hin, Herr Kollege Migsch.

Dennoch, meine Damen und Herren, wäre es unobjektiv — ich sagte das schon —, die großen Bemühungen des gegenwärtigen Finanzministers, den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, leugnen zu wollen. Ich habe das eingangs erwähnt. Die Absichten des Finanzministers, das Budget zu sanieren, waren mannigfach. Er wollte zum Beispiel Volksaktien im Bereich der verstaatlichten Betriebe ausgeben, zumal sich deren Umfang, wie wir wissen, wesentlich verbreitert hat. Doch die diesbezüglich völlig anderen Konzepten huldigende Sozialistische Partei bewilligte weder die von Herrn Dr. Klaus zuerst ins Auge gefaßten 600 Millionen noch den halben Betrag. Wie üblich: Die vorhandene Parlamentsmehrheit wurde von der Volkspartei nicht ausgenützt.

Zudem forderte der Finanzminister eine erhöhte Gewinnabfuhr der verstaatlichten Betriebe. Nun, wirtschaftliche Fachleute diskutieren darüber, ob diese im Jahr 500, 600, 800 Millionen oder einen Mittelwert davon abführen könnten, so wie etwa in der gleichen Größenordnung die Privatwirtschaft Dividenden ausschütten würde. Tatsächlich hat, wenn man die Speisung des Investitionsfonds der verstaatlichten Industrie hiebei nicht berücksichtigt, diese, wie Sie wissen, nur 21 Millionen Schilling an den Staatssäckel geleistet.

Die Kleßheimer Besprechungen lassen — wir hörten das vorgestern vom Herrn Minister — erwarten, daß es im nächsten Jahr mehr sein werde, aber es wird doch wohl nur ein Teil von dem hereinkommen, was einkommen könnte. Eine Parlamentsmehrheit für die Reform wäre eindeutig gegeben, aber die Volkspartei nützt sie nicht aus. *(Abg. Lackner: Das ist ja ein Koalitionsangebot!)*

Der Finanzminister selbst hat mit einem Schreiben an die Industrie eine Reform der Vorschriften über Bewertungsfreiheit und der Umsatzsteuerrückvergütung vor Monaten vorgeschlagen. Jetzt kommt gerade das Koalitionsangebot an Sie *(zu den Sozialisten gewendet)*, passen Sie schön auf! *(Heiterkeit.)* Vor ihm sprach in ähnlich reformatorischer Absicht — wie übrigens heute auch mein verehrter Herr Vorredner — der Herr Vizekanzler, und wir sind durchaus bereit, obwohl das mancherorts bei der Industrie und den

**Dr. Gredler**

Kammern vielleicht unpopulär sein wird, einer solchen zeitbedingten Änderung sich langsam überholender Vorschriften näherzutreten. Aber im Parlament haben sich im Grunde beide Koalitionsparteien damit nicht befaßt, eine mögliche Mehrheit wurde nicht ausgenützt. (*Abg. Uhlir: Das ist Vielweiberei!*) Na ja, bitte, es ist zumindest kein Konkubinats wie eure Koalition. (*Heiterkeit.*)

Der Herr Minister will Anleihen auflegen. Wir wünschen ihm dabei in der Schweiz und in Amerika besten Erfolg. Die Zeit ist heute viel zu knapp, ich würde Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, zu lange beanspruchen, und ich habe noch anderes zu sagen, daher spreche ich nicht über die Fragen des Kapitalmarktes und der Anleihebegebung. Nicht nur ich, der Herr Finanzminister selbst könnte Ihnen — wesentlich fachkundiger — darüber triste Auskünfte geben, ebenso über die eingefrorenen Millionenwerte des Staates an Deutschem Eigentum. Bitte sich diesbezüglich nur den Gang der Verhandlungen und die Budgetvoranschläge 1961 einmal anzuschauen.

Der Herr Finanzminister denkt auch daran, notwendige Ausgaben durch Umschichtung hereinzubringen. Ein guter Gedanke! Aber ich möchte an seine vorgestrige Rede erinnern. Er kann sich dieses Instrumentes doch kaum bedienen — Sie erinnern sich an seine Ausführungen —: 1957 noch 20 Prozent in der nicht starren Gebarung, 1960 17,6 Prozent, 1961 unter 12 Prozent, ja wie er in seiner Rede richtig ausführte, praktisch kaum 10 Prozent. Der Minister hat also für an sich zu bejahende Pläne einfach keine Möglichkeiten oder kaum mehr Möglichkeiten.

Es ist anzunehmen, ich möchte sogar sagen, positiv zu unterstreichen, daß der Herr Finanzminister der Frage der Schuldentilgung nicht nur nähergetreten ist, sondern auch weiter nähertreten wird. Über die Frage der Verschuldung brauche ich hier nicht zu sprechen, es hat sich dieser Mühe der Herr Vizekanzler in sehr dankenswerter Weise in geradezu jeder seiner Radio- und Fernsehsendungen unterzogen. Er hat diesen Sektor der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik immer wieder sehr ausführlich beleuchtet. Er hat allerdings nicht erwähnt, daß er doch letzten Endes diese Entwicklung führend mitverantwortet und daß er stets dafür gestimmt hat. Herr Dr. Pittermann hat sohin als ein so ausgezeichnete kryptofreiheitlicher Oppositionssprecher gewirkt, daß ich ihn nicht zu plagieren brauche. (*Heiterkeit.*)

Also nochmals: Der Finanzminister hatte recht, wenn er in diesem Jahr wesentlich stärker an das Problem der Schuldscheineinlösung heranging, als er nach den Staats-

haushaltsplänen verpflichtet gewesen wäre, weiß er doch, daß die Belastung durch die Schuldentilgung immer mehr steigt: 1958 waren es rund 800 Millionen Schilling, bald wird sie 1 Milliarde erreichen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch meiner Zufriedenheit Ausdruck geben, daß es Herrn Dr. Klaus gelang, mit der Schweiz hinsichtlich der DOSA-Angelegenheit, der Donau-Save-Adria-Anleihe, zu einem konstruktiven Kompromiß zu kommen. Auch diesbezüglich hat er die Zustimmung von uns Freiheitlichen.

Die Freiheitliche Partei — und ich wende mich jetzt dem Budget 1962, dem Voranschlag, zu — verkennt nicht, daß der Finanzminister durch Verbesserung der Renten für Alte und Invalide, durch Erhöhung der Familien- und Kinderbeihilfen, durch Dotierung der Wohnbaufonds, durch Zurverfügungstellung von Mitteln für Kriegs- und Nachkriegsgeschädigte, durch einen Bundeszuschuß für Entwicklungsbetriebe, durch Verbesserung des Grünen Planes, durch Erhöhung des Haftungskapitales für die gewerblichen BÜRGES-Kleinkredite auch etwas für den kleinen Mann tut, und zwar gleichgültig, wo er im Berufsleben steht oder welchen Vorberuf er gehabt hat.

Aber dennoch, es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Familienväter wissen um die Lasten einer größeren Familie, die durch Kinder- und Familienbeihilfen keinesfalls ausgewogen werden. Die Rentner erhalten meist etwa das zugebessert, was ihnen durch den leider laufenden Wertverfall des Schillings durch die Steigerung der Preise auf der anderen Seite wiederum fehlt.

Vom Wohnbau wurde viel gesprochen: gerade vorhin von meinem Herrn Vorredner, vom Herrn Vizekanzler, vom zuständigen Staatssekretär dieser Partei. Andere Sozialisten — ich bin ihren Spuren in Wahlversammlungen gefolgt — führen überall heftige Klage, wie wenig sich die Regierung Gorbach an die Regierungserklärung Gorbach auf diesem Sektor hält. Aber sie hat ein gutes Vorbild: Herr Altbundeskanzler Raab hat auf dem Sektor Wohnbau ebenfalls niemals die Verheißungen der Regierungserklärung Raab erfüllt. Aber verzeihen Sie mir: Wie schaut es denn mit dem Wohnbau in der sozialistischen Gemeinde Wien aus? 1958 noch rund 5500 Gemeindewohnungen, 1960 nur mehr 4000! Sie haben sich hier in der Koalition gegenseitig nichts vorzuwerfen. Schon seit Jahrzehnten herrscht auf dem Wohn- und Mietensektor ein Chaos, über das sehr viel Kritisches auf beiden Seiten gesagt wird, mit Recht Kritisches gesagt wird, aber es fehlen doch vollkommen die konstruktiven

**Dr. Gredler**

Taten. Die Koalition hat auf diesem Gebiet noch keinen Schritt vorwärts gemacht.

Meine Damen und Herren! Alljährlich spreche ich mehrmals über die Frage der Bomben- und Besatzungsgeschädigten, über die Dienstzeitenbereinigung, über Heimkehrer und Kriegsversehrte, über Heimatvertriebene und Auslandsösterreicher, um nur einiges zu nennen. Auf allen diesen Gebieten ist entweder wenig oder überhaupt nichts geschehen. Obwohl einiges darüber im Staatsvertrag steht, aber auch aus früheren Rechtsnormen — ABGB. — eine eindeutige Pflicht des Staates abgeleitet werden kann, zu helfen, ja Rechtsansprüche zu befriedigen, wartet man sichtlich ab, bis zahlreiche Anspruchsberechtigte gestorben sind, um sich auf diese Weise einfach einer Schuld zu entledigen. Daß eine solche Vorgangsweise weder christlich noch sozial ist, liegt auf der Hand.

Ich halte den Finanzminister — und sei er auch politisch andersgesinnt — für einen aufrecht denkenden Mann, dem man weder vorwerfen kann, unsozial zu sein, noch vorwerfen kann, unchristlich zu denken. Daher möchte ich an ihn die herzliche Bitte von uns Freiheitlichen richten, in den nächsten Jahren die Dinge hier zum Besseren zu wenden. Dabei verweise ich auf manche Enttäuschung, die heute über die Voransätze des Bad Kreuznacher-Vertrages besteht, und beschwöre ihn beziehungsweise seine Ministerkollegen, die Möglichkeit einer Verbesserung, einer Korrektur ernstlich zu prüfen.

Wir Freiheitlichen haben oft genug über die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft gesprochen. Auch hier würde es viel zu weit führen, das Kapitel ausführlich zu beleuchten, zu erörtern. Aber Sie werden mir zugeben: mit der dankenswerten Verbesserung der Mittel für den Grünen Plan ist es ja noch nicht getan.

Ebenso ist die Beseitigung des steuerlichen Mittelstandsbauches eine offene Forderung. Die Frage einer konstruktiven Mittelstandspolitik, einer konstruktiven Bauernpolitik, ist noch zu lösen. Die Volkspartei als in erster Linie bäuerlich-bürgerliche Regierungspartei hat im Grunde genommen hier all die Jahre hindurch versagt.

In diesem Zusammenhang auch ein kurzes Wort zu den Vorschlägen, das Werbekostenpauschale für die Lohnsteuerepflichtigen zu erhöhen, jenem Vorschlag, der vorhin besprochen wurde und der eine im Grunde genommen leider noch ungelöste Krisenstimmung hervorgerufen hat.

Wir Freiheitlichen wollen feststellen, daß für die Bezieher niedriger Einkommen etwas geschehen soll. Freilich ist die Erhöhung des

Werbekostenpauschales keine familienpolitisch richtige Lösung. Außerdem berücksichtigt sie nicht die Notwendigkeit, auch für den kleineren Selbständigen etwas zu tun. Sie erscheint uns daher nicht als der unbedingt richtige Weg. Aber daß etwas geschehen muß, daß eine Verbesserung auf diesem steuerlichen Sektor erzielt werden sollte, und zwar gleichgültig, um welche Berufsgruppe es sich handelt, daß auf diesem Sektor der untersten Einkünfte etwas getan werden muß, darüber besteht doch wohl kein Zweifel.

Aber warum ist die Durchsetzung dieser und vieler anderer von Ihnen als gerecht anerkannten Forderungen nicht möglich? Warum sieht es denn eigentlich so aus, als ob wir Freiheitlichen einerseits das Budget für überhöht halten, andererseits gerechte Forderungen unterstützen und damit in den Augen mißgünstiger Kritiker als unlogisch dastehen können?

Und nun die Antwort: Vergessen wir nicht, wieviel Korruptionsskandale, wieviel Proporzfehlentscheidungen, wieviel Schildbürgerstreiche aller Art laufend die Staatseinnahmen um große Summen verkürzen und damit den Steuerzahler mit den gleichen großen Summen belasten! (*Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Übertreibung!*)

Nicht nur daß die Koalition laufend die Bundesverfassung mißachtet, die Länderrechte schrittweise einengt, die Legislative durch außerparlamentarische Einrichtungen beschneidet, auf dem sozialrechtlichen wie wirtschaftlichen Sektor nicht selten Willkür zuläßt, von der Personalpolitik gar nicht zu sprechen, unter ihr gedeihen auch Mißwirtschaft, Unfähigkeit, Verschwendung, ja Korruption. Der Rechnungshof — und er deckt nicht alles auf, er kann es gar nicht — ist hier ein wichtiger Zeuge.

Die Fehler der Koalition sind so mannigfach und werden einander von beiden Regierungsparteien auch gegenseitig in Wahlkämpfen — wir haben es vor kurzem genau erlebt — heftig vorgehalten. Die Staatsverschuldung, die Verpolitisierung aller Lebensbereiche, die Planlosigkeit der Gesetzgebung, die Koppelung von miteinander in keinem Zusammenhang stehenden Gesetzen — die einen erhalten dies, die anderen jenes —, die Konzeptlosigkeit, das Gegeneinander in der Wirtschaftspolitik, die ständigen, wenn Sie wollen, Provisionskandale — ich brauche sie heute nicht mehr zu berühren —: Die Unsummen, die so verlorengehen, sie könnten helfen, die von den Freiheitlichen heute und immer wieder vortragenen berechtigten Wünsche breiter Bevölkerungskreise zu erfüllen. Sie könnten aber auch dem dienen, was Herr Dr. Klaus



**Dr. Gredler**

vorgestern selbst berührte, als er offene Punkte erwähnte, wie dem Ausbau des Außenendienstes, dem Zivilschutz, der Landesverteidigung.

Beizufügen wäre noch, daß die Frage der Dringlichkeit ungelöst bleibt. Jeder Minister fordert und erhält einen Teil auch zugebilligt, wenn er sich im politischen Tauziehen durchsetzen kann. Und hat nicht der Herr Unterrichtsminister recht, wenn er kürzlich davon sprach, die Regierung müsse einen festen Jahresplan der Dringlichkeiten erstellen? Hat er nicht recht, wenn er sagt, Österreich hat trotz seiner gefährdeten Lage das armseligste Verteidigungsbudget in Europa und setzt das Kulturbudget am untersten Ende der Rangordnung an? So Herr Dr. Drimmel. Und wie so oft ist er ebenfalls ein heftiger Kritiker der Koalitionspolitik, die er freilich mitverantwortet, wenn er auch gelegentlich mit Rücktritten droht, es aber dann bei der bloßen Drohung beläßt.

Und noch etwas, meine Damen und Herren! Ich möchte vorbehaltlich einer ausführlichen Erörterung Ihr Augenmerk und das des Herrn Finanzministers auf den sogenannten Wirtschaftsassarat der KPÖ lenken. Er stellt auch eine Bedrohung des Budgets dar, denn seine Geschäfte vollziehen sich vielfach außerhalb der österreichischen Gesetzgebung und sind auch steuerlich durchaus nicht immer erfaßt.

Er stellt ferner eine Bedrohung des so notwendigen, auch von uns Freiheitlichen bejahten Osthandels dar, denn dieser wird durch die Tatsache gefährdet, daß die kommerz-kommunistischen Firmen den Handel mit den Oststaaten monopolisieren und gleichzeitig der Kommunistischen Parteidafür Gelder abführen. Schließlich werden alle diese Geschäfte ausschließlich nach Weisung und im Interesse der KPÖ durchgeführt, deren ZK allerdings nicht in Kenntnis der Schwarzkonten der Kommerz-Kommunisten ist, deren Wirtschaftsapparat ja, wie Sie wissen, nach Kriegsende von aus England nach Österreich zurückgekehrten kommunistisch eingestellten Emigranten monopolisiert wurde.

Interessant ist dabei auch die Verflechtung der bürgerlichen Wirtschaft mit den Linkskapitalisten der KPÖ, etwa die Beteiligung der beiden prominenten ÖVP-Wirtschaftsbündler, der Herren Kommerzräte Mikovényi und Gerich, mit je 15 Prozent an der Firma Briko, einer Säule des kommerz-kommunistischen Konzerns. Verblüfft das den Präsidenten des Wirtschaftsbundes? Staunt hier Herr Kommerzrat Kristofics-Binder?

Freilich, man wird sich nicht darüber wundern, wenn man weiß, daß die Verant-

wortlichen der ÖVP und der SPÖ jene Partnerschaft gutheißen, die im „Neuen Österreich“ zwischen beiden Regierungsparteien und den Kommunisten im Gewinn teilen heute noch besteht. Die Koalition ist nämlich nicht nur militärisch neutral, sie ist es auch beim Geldverdienen. So duldet sie irgendwie gerne die Schwarzgeschäfte des Wirtschaftsapparates der KPÖ, die legalen und halblegalen Geschäfte, die alle dem Zweck dienen, die KPÖ zu finanzieren, soweit Gelder eben nicht in Privatkassen und auf Auslandskonten — die gibt es auch! — der Kommerz-Kommunisten gelangen, die Schwarzgeschäfte jener wohl-dotierten Geschäftsführer der Kommerz-Kommunisten, die im Inland und im Ausland — im Ausland sogar mehr — durchwegs Gehälter von rund 18.000 S monatlich beziehen, jene Schwarzgeschäfte, die weder der Sowjetunion noch dem ZK der KPÖ noch den österreichischen Behörden vollinhaltlich bekannt sein mögen. Aber freilich bemühen sich diese auch gar nicht, in diese Eiterbeule hineinzustoßen.

Meine Damen und Herren! Vor der Industriellenvereinigung sprach kürzlich Herr Dr. Klaus über die Grundsätze einer modernen Budgetpolitik. Was den gesellschaftspolitischen Gehalt betrifft, sprach er dort fast ausführlicher, als er dies vorgestern vor uns getan hat. An die erste Stelle stellte er die Sparsamkeit. Seine eigene Partei, die ÖVP, veröffentlichte kürzlich eine Statistik, wonach in den österreichischen Arbeitsämtern im Jahre 1937 bei, wie Sie sich erinnern können, über einer halben Million Ausgesteuerter und Arbeitsloser etwa 1500 Beamte — ohne Dienstwagen — tätig waren. Dagegen hatten die Arbeitsämter im Juli des heurigen Jahres bei 32.000 Arbeitslosen — es handelt sich dabei meist um Kranke oder Arbeitsunwillige — über 3000 Beschäftigte mit 162 Dienstwagen. — Sparsamkeit?

Als weiteres Prinzip stellte der Finanzminister die Rechtsstaatlichkeit heraus, den Schutz vor Willkür, die Sicherung der Freiheit. Muß ich alle Fälle des politischen Terrors zitieren, die Nichtberücksichtigung echter Rechtsansprüche, die Tatsache, daß etwa die Jugoslawiengeschädigten, die der Staatsvertrag von 1955 nennt, heute noch offene Ansprüche haben; soll ich darauf hinweisen, daß das souveräne Parlament in Wahrheit zum Budget, wie ich schon sagte, höchstens Kommentare abgeben kann? — Rechtsstaatlichkeit?

Ein weiteres schönes Prinzip stellte Herr Dr. Klaus heraus: die Berücksichtigung von Leistung, Fleiß und Tüchtigkeit. Wie steht es damit in unserer Heimat? Wird wirklich



**Dr. Gredler**

dieses Prinzip angewendet, oder gilt nicht vielmehr das der parteipolitischen Protektion? Ist es nicht schon langweilig, vom Proporz im wirtschaftlichen Bereich, im Berufsbereich zu sprechen? Vor den Wahlen hört man von den Postenausschreibungen, nachher bleibt es doch immer beim alten. — Leistungsprinzip?

Herr Dr. Klaus spricht sich gegen die immer fortschreitende Ausdehnung der Staatstätigkeit aus. Mit Recht zitierte er vor kurzem einen Wirtschaftswissenschaftler, der dagegen polemisierte, daß der Staat bis zu 40 Prozent des Volkseinkommens erwirbt und ausgibt. Aber gerade das geschieht ja in Österreich! Mit offenkundiger Befriedigung weisen in Österreich die Verfechter der „Gemeinwirtschaft“ — pardon, ich darf sagen: der „Nationalindustrie“ — darauf hin. Obwohl ich diesen Ausdruck vielleicht nicht gebrauchen darf. Gelte ich etwa als „Nationalist“, wenn ich diese Formulierung verwende? — Also bleiben wir beim Wort „Gemeinwirtschaft“, die Ausdrücke wechseln. Sie führen also aus, daß die sogenannte gemischte Wirtschaft hierzulande ein Drittel der Gesamtwirtschaft ausmacht, daß 30 Prozent der Beschäftigten, 31 Prozent des Bruttonationaleinkommens — schon wieder kommt das Wort „national“ vor — und 54 Prozent der Bruttoinvestitionen auf diese gemeinwirtschaftlichen Betriebe entfallen.

Der Herr Finanzminister hat im Zusammenhang mit dem Ausmaße der Staatstätigkeit auch die Belastung des Sozialproduktes angedeutet. Der Prozentsatz der Anteilnahme des Staates an dem Sozialprodukt wächst bei uns in Österreich ständig. Ich entnehme der „Salzburger Wirtschaft“, dem Organ der Salzburger Handelskammer, einem der ÖVP nahestehenden Blatt, daß Österreich sein Sozialprodukt durch das Staatsbudget mit der höchsten Quote in ganz Europa belastet. Und die beiden kollektivistischen Parteien in Österreich, nämlich die ÖVP und die SPÖ, tun nichts, um der Verbreitung der Staatstätigkeit entgegenzutreten.

Wir Freiheitlichen würden Ihnen vorschlagen: Einigen wir uns doch, in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jenen Betrag verfassungsgesetzlich festzulegen, der vom Sozialprodukt an das Staatsbudget abzugeben ist. Legen wir doch das mit einer gewissen konjunkturpolitischen Marge ungefähr fest! Besprechen wir gemeinsam konzeptive Pläne! Ich erinnere mich, daß im Vorjahr Herr Dr. Migsch von der Sozialistischen Partei — ich glaube, es war in der Budgetdebatte, vielleicht war es in der Ausschußdebatte zum Budget — den Vorschlag gemacht hat, die

— ich darf mich einfach ausdrücken — Wirtschaftsunternehmungen des Staates von den reinen Verwaltungsunternehmungen zu trennen. Das ist doch ein guter Gedanke. Sprechen wir darüber! Sprechen wir über die vom Herrn Finanzminister vertretene Idee einer langfristigen Budgetplanung! Alles das hat sehr positive Gründe. Wir werden gerne aufbauend mitarbeiten. Aber gehen wir die Fragenkreise doch wenigstens an! Also kann man heute von einer geringeren Staatstätigkeit sprechen?

Ich möchte mich mit diesen an sich ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Ministers nicht länger beschäftigen. Sie sind an sich völlig richtig, sie beweisen aber, Punkt für Punkt, daß die Koalition genau das Gegenteil von dem tut, was ihr Finanzminister in seinen Reden für richtig hält. Geben wir ihm recht, wenn er am Schluß seiner Ausführungen sagt, ein grundlegender Wandel sei notwendig! Aber einen solchen Wandel kann die Wählerschaft nur mit dem freiheitlichen Stimmzettel durchsetzen! *(Heiterkeit. — Beifall bei der FPÖ. — Abg. Machunze: Siehe Wahlen in Oberösterreich!)*

Dieses österreichische Staatsbudget erfüllt, wie gesagt, nicht oder kaum die wesentlichen Voraussetzungen eines Staatshaushaltes. Es ist weder konjunkturrentsprechend noch währungsgerecht noch echt sozial.

Sie riefen mir zu: Oberösterreich! Herr Kollege! Abgesehen davon, daß Sie aus der Wahlstatistik entnehmen können, daß der perzentuelle Zuwachs für uns im Vergleich zu der letzten Nationalratswahl weit höher ist als für Sie, haben wir leider nicht jene zehn bis zwanzig Millionen, die Sie in einen Wahlkampf hineinwerfen können. Wir haben vielleicht nur ein Zwanzigstel davon. Herr Kollege! Wir können keine Blumensträuße, keine Zünder und keine Bibliothekchen verteilen und keine Filmchen machen. Das ist uns nicht möglich, es fehlt uns nämlich die „Haselgruber-Melkkuh“. Wir führen den fleißigen Wahlkampf des kleinen Mannes. Wir sind mit dem Ergebnis, das wir erzielt haben, zweifellos noch unzufrieden. Aber Sie müssen mir doch zugeben, daß dieser oberösterreichische Wahlkampf tatsächlich nichts geändert hat und nichts ändern wird an jenen Zuständen, die der Herr Finanzminister in den letzten Wochen so ausgezeichnet zu geißeln wußte.

Und nun zurück zum Staatsbudget 1962, zum Thema unseres Tages. Das echte und gerechte Anliegen, die vom Wirtschaftsaufschwung, der in der ganzen freien Welt und nicht allein in Österreich zu verzeichnen ist, nicht betroffenen Menschen besserzustellen, ihnen mehr zu helfen, sie mehr zu

**Dr. Gredler**

berücksichtigen, findet im Staatshaushalt trotz gewisser anerkennenswerter Anfangsbemühungen keine auch nur annähernd entsprechende Erfüllung.

Erinnern Sie sich doch — Sie haben es in Reden ja selbst gehört —: Im letzten Jahr sind die Preise um etwa 3,8 Prozent gestiegen. Die Gefährdung des Preisniveaus und der Währung wird heute hinsichtlich des Budgets 1961 von den führenden Koalitionspolitikern selbst zugegeben. Damit wird sogar gegeneinander agiert.

Dieses Staatsbudget ist zu einem Entzündungsherd für Kostensteigerungen aller Art geworden, und ein ständig wachsendes Budget — und auch hier werden Sie mir recht geben müssen — ist der erste Schritt zur Inflation und damit zum Betrug am kleinen Manne.

Aber auch heuer steigt dieser Staatshaushalt stärker an als das Sozialprodukt. Und selbst wenn die sehr optimistische Einnahmenschätzung des Herrn Finanzministers hinsichtlich der zu erwartenden Einnahmen im Jahre 1962 stimmen sollte, bleibt es dennoch eine feststehende Tatsache, daß der Haushalt in den letzten drei Jahren um fast 12 Milliarden Schilling angewachsen ist. Niemand von Ihnen kann behaupten, daß dieses Wachstum dem Sozialprodukt entspricht, niemand kann behaupten, daß eine solche Entwicklung währungsgerecht ist.

Der Herr Finanzminister hat es im Grunde neuerlich selbst angetönt, als er erklärte, der Staatshaushalt entspreche nicht ganz der Konjunkturlage. Was vertritt denn die moderne Lehre? Sie steht doch auf dem Standpunkt, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Hochschwunges — auch mein Vorredner hat das Thema berührt — Überschüsse als Reserven anzulegen sind, daß aber der Haushalt zumindest ausgeglichen sein muß.

Das große Defizit im Jahre 1958 wurde vom damaligen Finanzminister mit einer Konjunkturlaute erklärt. Um die Vollbeschäftigung zu sichern, habe die Regierung damals ein großes Defizit auf sich genommen. Jetzt, in der Zeit gesicherter Vollbeschäftigung, in der Zeit eines Konjunkturaufschwunges ist es unverständlich, daß in Österreich zum Unterschied von fast allen anderen freien Staaten — selbst dem an sich armen, schwer kriegsgeschädigten Japan — auch heuer leere Kassen den Staatshaushalt kennzeichnen.

Denken Sie doch daran, daß der Staat den Baufirmen hunderte Millionen Schilling schuldig bleibt; ich verweise auf die Autobahnfrage. Denken Sie daran, daß der Finanzminister — immer in der Zeit, in der die

Koalition wollüstig von einem großartigen Wirtschaftswunder spricht — gegen Jahresende kein Geld für seine Beamten hatte. Herr Dr. Heilingsetzer mußte sich doch vor Jahresfrist 500 Millionen Schilling Steuervorauszahlungen von den Großbanken ausborgen. Herr Dr. Klaus wird vielleicht — wir hoffen es nicht! — vor ähnliche Probleme gestellt werden. Im Jahre 1960 zum Beispiel hat der Bund im Widerspruch zum Bundesfinanzgesetz 1960 Schatzscheinkredite aufnehmen müssen. Also Beispiele gibt es genug.

Und dann bespricht man in der Koalition die Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung. Zwölf Maßnahmen hat man genannt. Die Verlautbarung des Ministerrates erinnert mich an die letzten Regierungserklärungen, sie gleicht einem Grammatikkurs für die Möglichkeitsform — auch das gehört in die Budgetdebatte —: Über das Ratengesetz werde man die Beratungen beschleunigen, man werde das Bodenwertabgabegesetz wegen der Härtefälle novellieren. Im oberösterreichischen Wahlkampf haben sich die beiden Regierungsparteien gegenseitig die Schuld daran zugesprochen. Hätten wir es eben nicht beschlossen, was wir Freiheitlichen schon damals sagten.

Über eine Änderung des Kartellgesetzes werde man die Besprechungen fortsetzen, Zollsenkungs- und Liberalisierungsmaßnahmen wolle man prüfen — man kann sie nicht einmal mehr prüfen, weil schon die Handelskammer dagegen Stellung genommen hat —, Kreditlenkungsmaßnahmen wolle man ebenfalls prüfen und über das Fremdarbeitergesetz wolle man beraten. Wie viele Jahre wird man da eigentlich noch beraten wollen, wenn jetzt schon das Gastgewerbe kein Personal mehr hat und die Bauwirtschaft Leute sucht! Überall im Ausland, wo es einen wirtschaftlichen Hochschwung gibt, berät man nicht über ein Fremdarbeitergesetz, man hat es dort längst beschlossen.

Eine neue Handelsspannenregelung würde empfohlen werden; auch empfehle man, Preistreibereien bei Grundstückskäufen Schranken zu setzen. Aber es kommt noch besser: Hinsichtlich einer Koordinierung der Gehaltserhöhungen in den Ländern und Gemeinden würde man eine Vereinbarung anbahnen. Das ist wirklich eine schmutzige Ausdrucksform. Den laufenden Preiserhöhungen werde man so entgegenzutreten wollen, daß man Preissenkungen und unveränderte Preise feststellen und publizieren werde. Wer von Ihnen glaubt, daß man die Preisstabilität damit aufrechterhalten kann, indem man dem Gedanken nähertritt, nicht erhöhte Preise zu publizieren?

**Dr. Gredler**

Einer der besten jungen Finanzpolitiker, Dr. Haschek, hat im Blatt des Akademikerbundes der ÖVP die Errichtung einer Planungsstelle im Bundesministerium für Finanzen verlangt. Auch dieser Vorschlag — er kommt von der anderen Seite — ist vernünftig. Unter Planung meint weder der Autor noch ich hier etwa die volksdemokratische Planung des Bedarfs, sondern er meint etwa das, was der Herr Minister mit der Rangordnung der Dringlichkeiten ausführen wollte. Also gute Vorschläge, aber sie sind einfach im gegenwärtigen Koalitionssystem nicht zu verwirklichen. Wie sagte doch mein geehrter Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Uhlir? Er führte wörtlich aus: Zu groß sind die Unterschiede zwischen beiden Regierungsparteien. Ja, sie sind eben wirklich zu groß, auch hinsichtlich einer solchen langfristigen und so notwendigen Planung.

Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß die Schweiz ein wenig reicher ist als Österreich. Sie hat nicht so viele Dienstwagen, aber sie ist sicherlich ein wenig reicher. Und der neue Schweizer Finanzminister Bourgnicht beabsichtigt, das Budget nach sogenannten Gewöhnungsabgaben durchzukämmen, das heißt, nicht nur die Mehrausgaben, sondern jeden einzelnen Posten unter die Lupe zu nehmen. Er will das in einem Dreijahresplan von Departement zu Departement durchführen. Auch das ist ein Gedanke, den wir uns zum Vorbild nehmen könnten.

Nun komme ich zum Schluß. In der Debatte zu der Regierungserklärung habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß der Finanzminister eher Gesellschaftspolitiker als Praktiker, als Finanzfachmann ist. Heute hoffe ich, daß uns daraus ein Vorteil erwachsen kann, soweit ihm die Möglichkeiten dazu gegeben sind — aber diese sind angesichts der politischen Situation im Koalitions- und Proporz-Österreich eben fast nicht vorhanden. Man kann unter diesen Voraussetzungen jene vernünftige Budget- und Geldpolitik, über die so wertvolle Vorträge gehalten werden, gar nicht durchführen.

Was sagte einst Churchill in diesem Zusammenhang? Er meinte: Der Praktiker ist ein Mann, der die Fehler seiner Vorgänger wiederholt! Der Finanzminister bemüht sich nun, diese Fehler abzustellen. Ich bin daher froh, daß er ein Gesellschaftspolitiker ist. Aber diese traurigen Gegebenheiten, von denen er selbst sprach, zwingen infolge der schwerwiegenden Mängel und Fehler diese falsche Budgetpolitik auf.

Die Ausführungen des Ministers, aber auch die Reden anderer Sprecher gehen über das

reine Zahlenmaterial hinaus. Das war ja auch bei meinem Herrn Vorredner der Fall.

Erlauben Sie mir, als Begründung für unsere Ablehnung zu unterstreichen, daß die Staatshaushaltspläne dem Hauptanliegen der Freiheitlichen, für die Freiheit, die Selbstbestimmung, die Selbstverantwortung des Menschen, des österreichischen Staatsbürgers einzutreten, nicht Rechnung tragen. Das Koalitionsinteresse, das Interesse beider Regierungsparteien, manches Gruppenanliegen neigt in unserer Heimat mehr und mehr dazu, sich souverän zu setzen.

Der Historiker Leopold von Ranke sagte: „Ein Staat wird nicht allein daran erkannt, daß er Feinde von seinen Grenzen abzuwehren weiß. Bedingung seiner Existenz ist, daß er dem menschlichen Geist einen neuen Ausdruck verschaffe, ihn in zeitgemäßen eigenen Formen ausspricht, ihn neu offenbart. Das ist sein Auftrag von Gott.“

Meine Damen und Herren! Man kann nicht behaupten, daß Ihre Politik, auch Ihre Budgetpolitik, diesem Auftrag gerecht wird. Wir Freiheitlichen werden daher den Staatsvoranschlag ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Maleta zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Maleta:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit fast kalendarischer Regelmäßigkeit wiederholt sich jedes Jahr das gleiche Schauspiel: Wir haben im Spätherbst heftige Budgetauseinandersetzungen. Ich glaube aber, daß das kein Anlaß zu irgendwelcher Besorgnis ist. Denn wir alle wissen ja, daß ein Budget nicht allein Angelegenheit wirtschaftlicher Finanzexperten ist, sondern daß sich hinter den Zahlen des Budgets das Schicksal von Menschen verbirgt. Und deshalb ist es richtig, daß die politischen Parteien ihre Auffassungen in zähen Auseinandersetzungen zur Geltung bringen, deshalb ist es eine echte politische Entscheidung.

Im heurigen Jahr hat allerdings der zähe Budgetkampf durch den Rücktritt des Zweiten Präsidenten des Hauses, des Gewerkschaftsbundpräsidenten Olah, einen dramatischen Knalleffekt erfahren. Ich glaube, wie immer man zu diesem Rücktritt steht, eines ist wohl sicher, daß nämlich damit in die österreichische Innenpolitik eine gewisse Bewegung gekommen ist, daß der künftige Weg des Gewerkschaftsbundes nunmehr offen vor uns liegt. Wir waren glücklich, sagen zu können, daß der Gewerkschaftsbund in der Zweiten Republik den Arbeiter von der Straße weg und zu einem Verantwortungsbewußtsein dem Staate gegen-

**Dr. Maleta**

über hingeführt hat, was darin symbolisch zum Ausdruck kam, daß der Präsident des Gewerkschaftsbundes jeweils der Zweite Präsident des Hauses war. Dieser Rücktritt wird sicherlich auch zu gewissen Verschiebungen in der inneren Struktur der Sozialistischen Partei führen, die nach außenhin jetzt nicht mehr einen solchen „monolithischen“ Charakter zeigt, wenn ich ein Wort aus der modernen politischen Propaganda verwenden darf.

Der Herr Abgeordnete Uhlir hat einen Appell ausgesprochen und dem Herrn Finanzminister dahin gehend einen Vorwurf gemacht, daß er für die Notwendigkeiten der Arbeitnehmerschaft, der arbeitenden Menschen zuwenig Verständnis gezeigt habe. Ich glaube, daß das eine entscheidende Frage ist, die im Hintergrund der ganzen Budgetdebatte steht. Wenn ich daher vielleicht später, wenn es zur Besprechung der Stellungnahme zum sogenannten Werbekostenpauschale kommen wird, die Klingen mit den politischen Freunden Olahs kreuzen muß, möchte ich das doch in einer Form machen, die nicht auf die menschlichen Beziehungen vergißt, die uns verbinden. Ich erinnere mich noch daran, wie wir zusammen im KZ und im Steinbruch gewissermaßen Bauarbeiter waren, allerdings nicht geschützt von einer Bauarbeitergewerkschaft, was vielleicht jetzt den Mangel hat, daß wir in gewerkschaftlichen Fragen keine gleichmäßige Erziehung, sondern andere Auffassungen haben.

Herr Abgeordneter Dr. Gredler, dem ich immer mit größtem Vergnügen lausche, hat hier Darlegungen gegeben, wozu ich noch einige Gegenfragen stellen möchte. Er hat bedauert, daß die verantwortlichen Männer der Koalitionsparteien im Herbst durch viele Wahlreisen nach Oberösterreich festgehalten waren und daß dadurch die zeitgerechte Erstellung des Budgets verzögert wurde. Ich weiß nicht, Herr Dr. Gredler, ob der wahre Kummer über diese Reisen nicht ganz woanders zu suchen ist, nämlich darin, daß der sogenannte perzentuelle Aufschwung Ihrer Partei in Oberösterreich so geringe zahlenmäßige Auswirkungen gezeigt hat. Wenn man den Unkenrufen des Herrn Abgeordneten Gredler glauben wollte, so könnte ich mir vorstellen, daß irgendein Zuhörer auf der Galerie davon beeindruckt wäre. (*Abg. Dr. Gredler: Sie waren ja selber beeindruckt!*) Ich mache noch einmal das Kompliment, daß Sie ein ausgezeichneter Redner sind. Aber Herr Dr. Gredler und meine verehrten Herren von der Freiheitlichen Partei! Vergessen wir doch nicht, daß dieses österreichische Volk und seine verantwortlichen Regierungsparteien mit einem unerhörten Erfolg 16 Jahre Aufbauleistung hinter

sich gebracht haben, die Österreich aus einem Chaos herausführte, das nicht die seinerzeitigen Gesinnungsträger der jetzigen Koalitionsparteien verursacht hatten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir haben im Jahre 1945 nicht das Glück gehabt, an Zustände anknüpfen zu können, wie sie etwa in Schweden oder in der Schweiz herrschten, die durch Jahrhunderte keinen Krieg, keine Inflation, keine Zusammenbrüche hatten, sondern wir mußten aus dem Alltag, aus der Tagesbedrängnis heraus etwas Neues aufbauen. Aus dieser Perspektive gesehen sind, wie ich sagen möchte, alle diese Kritiken unberechtigt. Sicherlich gibt es da und dort Mängel, aber sie wurden von uns als das kleinere Übel deshalb erkannt, weil, wie Uhlir schon gesagt hat, ein gewisses Verantwortungsbewußtsein notwendig war, damit wir diese Freiheit erringen und sie erhalten konnten. Wir befinden uns auch derzeit in einer schwierigen Weltsituation, was jedoch nicht besagt und keineswegs heißt, daß die Österreichische Volkspartei nicht mit Nachdruck ihre Auffassungen gegenüber der Sozialistischen Partei vertreten dürfte, wie dies jetzt auch der Wählerauftrag in Oberösterreich und in Tirol von neuem unterstrichen hat, der bestätigt hat, daß dieser Kurs von der österreichischen Bevölkerung gebilligt wird.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen möchte ich auf die vor zwei Tagen stattgefundene Sitzung rückblenden, in der hier oben der Herr Finanzminister sein Budget eingebracht und verteidigt hat. Wir stehen unter dem Eindruck, daß der Herr Finanzminister sachlich, nüchtern und realistisch seine Budgetvorlage vertreten hat, und es kann daher gar nicht meine Aufgabe sein, seine Rede zu interpretieren oder irgendwie zu ergänzen, und es kann auch nicht meine Aufgabe sein, etwa die wochenlange Spezialdebatte durch Jonglieren mit Zahlen oder durch Eingehen in Einzelheiten vorwegzunehmen, sondern ich möchte nur in der politischen Diskussion einige wesentliche Schwerpunkte aufzeigen.

Wir haben also hier einen Mann, von dem Uhlir behauptet hat, er hätte zuwenig Verständnis für die Sorgen und Anliegen der arbeitenden Menschen. Der Finanzminister, der sagt, daß der Haushalt in Ordnung zu bringen ist, daß gespart werden soll, daß Schulden gezahlt werden sollen, dieser Finanzminister ist es, der ganz bestimmt weiß, daß heute in der modernen Zeit ein Staatshaushalt nicht für sich allein isoliert steht, sondern daß er verquickt und verzahnt und verbunden ist mit der lebendigen Volkswirtschaft, eben mit dem ganzen modernen wirtschaftlichen Getriebe. Diesen Grundsätzen entspricht auch das Budget, das von ihm eingebracht und das

**Dr. Maleta**

von der Österreichischen Volkspartei durchgezogen wurde. Ich möchte hier ganz deutlich unterstreichen, daß es zu den Prinzipien einer christlich-demokratischen Volkspartei gehört, daß der Mensch nicht für die Wirtschaft da ist, sondern die Wirtschaft für den Menschen, daß man aber darüber hinaus auch nicht durch ständige Nichtbeachtung ökonomischer Gesetze die Gefahr heraufbeschwören darf, daß die wirtschaftliche Existenz der Schwachen nicht gestärkt, sondern noch geschwächt wird. Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Uhlir unrecht hatte, wenn er gesagt hat, die Stabilität der Währung sei nicht identisch mit der Stabilität der Kaufkraft. Im Gegenteil, gerade die Stabilität der Kaufkraft ist weitgehend abhängig von der Stabilität der Währung; das bezeugt uns doch die traurige Geschichte vergangener Inflationen. Darauf wollte der Herr Finanzminister hinweisen, wenn er sagte, er sei dafür verantwortlich, daß die 54 Milliarden Schilling, die das Budget an Ausgaben vorsieht, beim Empfänger mit derselben Kaufkraft ankommen. Oder mit anderen Worten: Die Sicherung des Schillings ist die beste Sozialpolitik, welche die Voraussetzungen für alle sonstigen Leistungen erst ermöglicht. Sicherlich soll ein Budget den Kuchen des volkswirtschaftlichen Einkommens verteilen. Sicherlich sollen die Stücke dieses Kuchens für jeden einzelnen größer werden. Sicherlich kann man das verlangen, aber wir müssen darauf achten, daß der innere Kaloriengehalt des Kuchens nicht verlorengeht und daß nicht statt mit Zucker mit Sacharin und statt mit echten Lebensmitteln mit chemischen Ersatzstoffen gebacken wird. Das ist der politische Inhalt dieses Kampfes, den wir um das Budget 1962 geführt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Budget ist also kein Budget der Austerität, es enthält gewaltige soziale Leistungen und Verbesserungen, es ermöglicht große Investitionen. Das abzuleugnen wäre falsch; man braucht lediglich die Blätter mit den Budgetzahlen aufzuschlagen. Der Finanzminister ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen, um seine Grundsätze zu wahren, und er hat es auf sich genommen, daß eine ständige und dauernde Konsolidierung nicht sofort eintritt, sondern sich erst auf Jahre verteilen wird.

Wir müssen daher die Mahnung, die vor einiger Zeit Vizekanzler Pittermann mitten in der Auseinandersetzung über das Werbekostenpauschale erhoben hat, zurückweisen, und zwar die Mahnung, daß die ÖVP den Frieden der Sozialpartner nicht gefährden solle. Wir glauben, meine Damen und Herren, daß mit Hilfe der ÖVP dieses Österreich zu einem Sozialstaat geworden ist; wir sind aber

davon überzeugt, daß auch ein Sozialstaat durch das Budget nicht erschüttert werden darf, sondern gesichert werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch für einen Sozialstaat ist das wichtigste Fundament ein gesichertes Lohn- und Preisgefüge. Wenn wir wissen, daß gewisse Preisauftriebstendenzen aus dem Budget 1961 gekommen sind, und wenn wir wissen, daß ein unausgeglichenes Budget — sicherlich neben vielen anderen Ursachen, die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite kommen — eine Hauptursache für Preissteigerungen ist, und wenn wir wissen — wir alle, die wir in den Versammlungen herumgekommen sind, können es bestätigen —, daß es eine Sorge der Bevölkerung ist, daß die gewisse Preisauftriebstendenz der letzten Zeit tatsächlich abgestoppt wird, dann ergibt sich für uns die Pflicht, daß wir diesen Preisauftrieb nicht durch Demagogie bekämpfen, sondern nur dadurch, daß wir durch eine richtige, gesunde und vernünftige Budgetpolitik Vorsorge treffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß hier ein kurzes Wort der Polemik sagen: Es ist einfach nicht erträglich, wenn auf der einen Seite — das hat ja der Herr Abgeordnete Dr. Gredler schon gesagt — immer wieder und ständig die Politik der Finanzminister der ÖVP oder die Politik der Österreichischen Volkspartei überhaupt als die Politik von Schuldenmachern hingestellt wird, obwohl die ganze Öffentlichkeit weiß und man es aus Artikeln und Notizen der sozialistischen Blätter nachweisen kann, daß von seiten der Sozialistischen Partei ein wesentlicher Druck ausgeübt wurde, die Schuldenlast des Staates zu vergrößern. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist auch völlig fehl am Platze — es ist zwar in diesem Hause bisher nicht gesagt worden, aber man kann es immer wieder in sozialistischen Zeitungen lesen —, es so hinzustellen, als ob die Unruhe auf dem Preissektor lediglich auf irgendwelche üble Geschäftemacher und private Unternehmer zurückzuführen wäre. Ich will gar nicht ableugnen, daß es solche asoziale Geschäftemacher gibt. Aber, meine Damen und Herren, einmal muß ja etwas anderes auch ausgesprochen werden: Österreich ist jener Staat, der neben dem privaten Unternehmertum den größten Sektor verstaatlichten Unternehmertums hat.

Ich mache niemandem Vorwürfe, wenn aus einer gewissen inneren Zwangslage heraus auch sozialistische Supermanager irgendwelche Notwendigkeiten sehen, darauf hinzuweisen, daß Preise kostendeckend angepaßt werden müssen; das wissen wir alle. Aber man soll

**Dr. Maleta**

dann keine Zerteilung machen wie in der Mietenfrage oder wie man in allen anderen Fragen mit dem Unangenehmen, dem Ominösen, dem Odiosen die Österreichische Volkspartei belastet und über das eigene Mitwirken den Mantel einer Art christlichen Nächstenliebe breitet. (*Abg. Winkler: Herr Kollege, wie erklären Sie den Raab-Kamitz-Kurs mit dieser Methode?*) Auch die Tarifwünsche sind ja schließlich nicht einseitig gelagerte Wünsche. Ich brauche nur an die Mistkübelsteuer und an die Klosettgebühr zu denken, die man in der Gemeinde Wien für notwendig gefunden hat.

Die Österreichische Volkspartei hat durch den Mund ihres Bundeskanzlers noch zusätzlich etwas getan: sie hat sich nicht allein zu einer gesunden Budgetpolitik bekannt, sondern sie hat darüber hinaus erklärt, daß es notwendig ist, auch Maßnahmen zu besprechen und einzuleiten, durch die auf dem Preissektor eine Beruhigung erfolgt. Schon auf der Tagung der ÖVP-Minister am 7. September dieses Jahres hat der Bundeskanzler ein währungsgerechtes Budget verlangt, gleichzeitig aber betont, daß in dessen Rahmen Vorsorge für die Dotierung der Wohnbaufonds, für die Bereitstellung von Mitteln für den Grünen Plan, für die Sicherung der zweiten Etappe der Rentenreform, für ein besseres Kulturbudget getroffen werden muß. All das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Nun möchte ich mir noch eine Bemerkung über die Frage erlauben, ob es etwa Schuld der ÖVP ist, daß das Budget so spät zustandegekommen ist. Ich glaube wohl sagen zu dürfen, daß sich der Herr Finanzminister hinlänglich bemüht hat, in diesem Jahre rechtzeitig zu beginnen. Er hat rechtzeitig Besprechungen mit den Ressortministern durchgeführt, und es war sicherlich Zeit genug, um zu einem guten Ende zu kommen. Aber vielleicht ist die wahre Ursache der Verzögerung ganz woanders zu suchen. Vielleicht liegt sie in dem Zustand des sogenannten politischen Gleichgewichtes der beiden großen politischen Parteien, die in der Koalition verbunden sind. Wir alle, die wir im Koalitionsausschuß waren, erlebten, wie die Verhandlungen immer wieder hinausgeschoben wurden, wie sie sich dann dem Wochenende und dem entscheidenden Wahltag genähert haben und wie es am Sonntag der Wahlentscheidung geheißt hat: Koalitionsausschuß 16 Uhr, dann 17 Uhr, 18 Uhr und schließlich 19 Uhr, bis es endgültig klargeworden war, in welche Waagschale der Wähler ein stärkeres Gewicht gelegt hatte. Im Interesse der Demokratie und auch der beiden Koalitionsparteien wird

es sicherlich einmal eine bessere Entwicklung des politischen Lebens geben, wenn wir nicht mehr an das Rad dieses Gleichgewichtes geflochten sind, sondern wenn der Wähler klare Mehrheiten schafft und klare Entscheidungen trifft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es war gerade jetzt richtig, hier eine Zäsur zu ziehen. Wir sehen rückblickend gewissermaßen drei Etappen der Budgetentwicklung seit dem Jahre 1945. In jeder dieser Etappen hat die Österreichische Volkspartei entscheidend mitgewirkt. Die erste Etappe der Jahre 1945 bis 1952, in der es keine echten Budgets geben konnte, weil wir damals auch keine echte Währung und kein echtes Geld hatten, war durch das Stigma der Lohn- und Preisabkommen gekennzeichnet, die in unserer Politik der Zusammenarbeit die Inflation gesteuert und gebremst haben, um sie sanft auslaufen zu lassen, bis im Jahre 1952 der Schlußstrich unter die Lohn- und Preisabkommen gesetzt werden konnte und besonders von unserer Seite der Mut aufgebracht wurde, einen entscheidenden Schritt zu tun.

Wir haben damals die Möglichkeit gehabt, in der stürmischen Wirtschaftsexpansion einer vormals darniederliegenden Wirtschaft, die einen Warenhunger nach allen Richtungen hin hatte, mit größeren Mitteln größere Investitionen und soziale Maßnahmen durchzuführen. Aber seit 1957 geht doch die wirtschaftliche Expansion gleichmäßig vor sich, und der Finanzminister hat die Möglichkeit, die bevorstehenden Einnahmen annähernd richtig zu schätzen. Ich muß daher den Vorwurf gegen den Finanzminister, der immer wieder in den Verhandlungen durchgeklungen ist, er hätte die Zahlen für die Einnahmenschätzungen zu pessimistisch geschätzt, zurückweisen. Er hat wohl überzeugend nachweisen können — Prophet ist natürlich niemand —, daß die von ihm geschätzten Mehreinnahmen, die jetzt mit ungefähr 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr beziffert sind, richtig kalkuliert waren und daß es daher falsch gewesen wäre, auf einer Annahme zu basieren, die über diesen Prozentsatz hinausgeht.

Ich muß Sie fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wann soll ein Finanzminister Schulden zahlen, wenn nicht in einer Zeit der Hochkonjunktur? Wir müssen es als ein Verdienst unterstreichen, wenn er begonnen hat, jetzt gewisse Abstattungen zu machen, und wenn er es verhindert hat, daß im nächsten Jahr wieder neue Schulden dazukommen. Es ist vollkommen richtig, in dieser Situation zu sparen und sich Impulse durch Budgetausweitungen für Konjunkturrückschläge aufzusparen. Es ist richtig, jetzt kurzfristige

**Dr. Maleta**

Anleihen in langfristige Anleihen umzuwandeln. Es ist weiter richtig, jetzt Bundesschuldverschreibungen abzudecken, zu einer Belebung des Kapitalmarktes zu gelangen, der sehr beenzt ist, was ja auch die Aufnahme von Anleihen im Inland fast unmöglich macht, damit wir wieder in eine vernünftige Ausgangsposition kommen. Und es ist völlig richtig, wenn man von einer Konjunkturüberhitzung spricht. Auch ein ausgeglichenes Budget kann, wenn es sehr überdimensioniert ist und wenn die Produktion nicht nachkommt, in irgendeiner Form inflationär wirken. Wenn jetzt bedauerlicherweise — wir haben das in den Koalitionsverhandlungen zur Diskussion gestellt — die in Aussicht gewesene Einigung über das Fremdarbeitergesetz nicht zustandekommt oder vielleicht noch einmal verschoben wird, so muß ich doch als ganz unverdächtigen Zeugen nicht etwa eine bürgerliche oder eine nichtsozialistische Stelle anführen, sondern darf das Kontrollamt der Stadt Wien nennen, das nachweist, daß trotz höherer Beiträge, die etwa für die Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden, infolge der steigenden Kosten das Volumen sich nicht ausweitete, sondern einengt, und zwar deshalb, weil wir uns hinsichtlich der Arbeitskräfte in einem Engpaß befinden.

Ich verstehe schon die ursprünglichen Gedankengänge eines Gewerkschafters, der natürlich danach trachten muß oder trachten soll, daß nicht in einer Krisenzeit durch die Hereinnahme ausländischer Fremdarbeiter ein inländischer Lohndruck erfolgt — eine völlig richtige gewerkschaftliche Schutzmaßnahme —, aber in einer Zeit, wo man überhaupt niemanden mehr findet und wo jedes Hineinstopfen neuer Mittel alles nur noch mehr verteuert und nicht die Produktion ausweitet, weil eben keine Leute da sind, ist so etwas auch gewerkschaftlich nicht mehr verantwortbar. Das ist eben eine Gewerkschaftspolitik aus einer anderen Perspektive, nicht etwa aus einer Perspektive einer nichtsozialistischen Arbeitnehmerschaft, sondern aus der Perspektive einer sozialistischen, irgendwelche Zwecke verfolgenden Politik.

Ich glaube daher, daß es unrichtig ist, wenn der Herr Abgeordnete Uhlir gegen ein antizyklisches Budget polemisierte. Dieses Budget des Herrn Finanzministers Klaus hat ja nur die Grundzüge eines antizyklischen Budgets. Es ist aus dem Verantwortungsbewußtsein, aus der Erkenntnis heraus, daß es auch heute noch Menschen im Schatten der Konjunktur gibt, ein echtes soziales Budget. Oder kann man etwa behaupten, daß dies alles nichts ist, wenn ein Budget die zweite Etappe der Rentenreform in sich verarbeitet, wenn die Bundesbeiträge und die

Ausgleichszulagen hinaufgesetzt werden und wenn man bereit ist, die Rentner, die durch die Rentenerhöhung in eine Besteuerung fallen würden, dagegen abzuschirmen? Meine sehr verehrten Damen und Herren! Halten Sie sich vor Augen: Dieses Budget verkraftet die Erhöhung der Beamtengehälter! Ich weiß, daß viele Forderungen offenstehen, darunter auch berechnete Wünsche. Ich weiß, daß man sagen kann: Die Gehaltsaufbesserungen sind durch Preissteigerungen weitgehend kompensiert worden. Aber man muß auch sagen: Es ist doch ein entscheidender Schritt und ein gewichtiger Umstand, wenn in diesem Budget 21 Milliarden für Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen vorgesehen sind. Es kann daher niemand sagen, der Finanzminister habe kein Verständnis für die Notwendigkeiten des arbeitenden Menschen! Ich muß auf die Vorsorgen verweisen, die für die Bombengeschädigten oder die Kriegsoffer und so weiter getroffen worden sind; sicherlich nicht im notwendigen Ausmaß, aber wenn der Herr Dr. Gredler so sehr für die alle eintritt, dann soll er ihnen auch sagen: Wir haben uns eben in diesen 16 Jahren aus dem Chaos eine blühende Wirtschaft erst bauen müssen, sodaß man nicht alles auf einmal machen kann, und Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gredler: Die Jugoslawien-Geschädigten haben noch immer nichts erhalten! Aber es steht im Staatsvertrag!*) Danke für die Rechtsbelehrung. Alles, was nach dem Staatsvertrag notwendig ist, werden wir auch tun. Das haben unsere Abgeordneten längst schon gesagt.

Es ist aber sicherlich auch demagogisch, wenn von sozialistischer Seite gesagt wird, man wolle für den Wohnbau nichts machen, weil die Beträge für die beiden Wohnbaufonds um 100 Millionen gekürzt wurden. Ja, meine Damen und Herren, lesen Sie Zeitungen oder lesen Sie keine Zeitungen? Haben Sie etwa im September vom Wunsche des Arbeiter- und Angestelltenbundes an den Finanzminister gelesen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden sollen, abgesehen davon, daß man nicht allein die Mittel aus den beiden Fonds in Betracht ziehen darf, sondern auch das, was auf Grund gesetzlicher Leistungen oder sonstiger Verpflichtungen für die Wohnbautätigkeit zusammenkommt? Und da kann man doch sagen, daß im kommenden Jahr mehr Mittel für den Wohnbau zur Verfügung stehen als in vergangenen Jahren.

Man soll nicht davon sprechen, daß sozial nichts geschehen ist, wenn die Mittel für den Familien- und Kinderbeihilfenfonds von 2,8 auf 3,6 Milliarden erhöht worden sind. Und man soll nicht Krokodilstränen vergießen

**Dr. Maleta**

wegen der Familienpolitik, wenn man auf der anderen Seite, etwa beim Werbekostenpauschale, eine Regelung vorschlägt, die nicht gerade als familiengerecht bezeichnet werden kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Damit komme ich zu einem heißen Eisen, bei dem ich annehme, daß sich der Herr Kollege Benya dazu eigens zum Wort gemeldet hat, das ist das Werbekostenpauschale. Ich möchte es von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus beleuchten, als es bisher vielleicht da und dort geschehen ist. Ich möchte gar nicht darüber reden, ob die Auffassung des Gewerkschaftsbundes, daß damit eine gewisse Abgeltung des Preisauftriebes hätte gefunden werden können, an sich berechtigt ist, ich will auch gar nicht untersuchen, ob man sich sehr verbreitern soll über die Schönheitsfehler, ob es familiengerecht ist und so weiter, nein, ich will die eigentliche Problematik aufzeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Dilemma liegt doch ganz woanders, nämlich darin, daß nach Fertigstellung des Budgets bei Annahme des Vorschlags auf Erhöhung des Werbekostenpauschales eine zusätzliche Belastung von 700 Millionen Schilling entstanden wäre. (*Abg. Winkler: Für den Bund?*) Dazu muß ich noch sagen, daß es nicht damit allein sein Bewenden gehabt hätte, denn die Länder und Gemeinden — und etliche davon sind ja sozialistisch regiert, so deucht mir wenigstens — verzichten nicht auf den ihnen zukommenden Betrag an entfallender Lohnsteuer. Infolgedessen entsteht die Frage: Wo wären diese Beträge eingespart worden? Etwa beim Herrn Verkehrsminister Waldbrunner durch weitere Kürzung seiner Ermessenskredite oder seiner Investitionskredite? Hätten wir ihm sagen sollen: Kaufe weniger Lokomotiven und laß dein Telephonnetz langsamer vollautomatisieren? Dagegen haben sich doch alle mitsammen, die ÖVP- und die SPÖ-Minister selbstverständlich, so wie es ihre Pflicht ist, mit Haut und Haaren gewehrt. Ich glaube kaum, daß es ein Zufall ist, daß gerade der Herr Verkehrsminister Waldbrunner so sehr für eine glatte und reibungslose Annahme des Budgets durch die Abgeordneten dieses Hohen Hauses im Koalitionsausschuß eingetreten ist, indem er gesagt hat, es geht auf jeden Fall gebunden hinüber.

Es liegt also, meine sehr verehrten Damen und Herren — und das ist doch die Problematik —, die Sache folgendermaßen (*Abg. Pölzer: Der Handelsminister hat mehr gekriegt als Waldbrunner!*): Wird diese Abgeltung eines Preisauftriebes, der Preissteigerung der letzten Zeit durch das erhöhte

Werbekostenpauschale echt abgegolten, oder wird bei Annahme des erhöhten Werbekostenpauschales diese Abgeltung nicht überrollt durch die Preisauftriebstendenzen eines nicht ausgeglichenen Budgets? (*Abg. Dr. Hofeneder: Sehr richtig!*) Das ist doch die Situation. Daher kann man sich doch nicht festlegen! Man kann auch nicht die Fraktion der christlichen Gewerkschafter verantwortlich machen, die aus einer selbstverständlichen sozialen Verantwortung heraus gesagt hat: Jawohl, es muß für Preisabgeltungen etwas geschehen! Man kann sich aber — und da möchte ich mich auf einen Beschluß des Gewerkschaftsbundes selber berufen — nicht auf eine bestimmte, fixe, starre Form festlegen, sondern man muß doch flexibel verhandeln angesichts eines Budgets, das solche immense soziale Leistungen beinhaltet. Das ist doch das Entscheidende, und das habe ich damit gemeint, als ich gesagt habe: Jawohl, auch unsere Leute müssen im Gewerkschaftsbund Arbeitnehmerinteressen vertreten, aber die Perspektive, aus der heraus sie das tun, erfließt doch aus unserer politischen Gesinnungsgemeinschaft und ökonomischen Überzeugung; da sehen Sie als Sozialisten eben die Dinge anders als wir, weil wir der Meinung sind, daß Ihre Budgetpolitik dem arbeitenden Menschen nicht hilft, sondern ihn schwächt. Wir sind uns nur darin einig, daß wir für die arbeitenden Menschen etwas tun sollen, aber wir sind uns leider nicht in der Auffassung einig, daß es einen ehernen Grundsatz des ökonomischen Lebens gibt, daß man nur ausgeben kann, was man einnimmt, weil das die entscheidende Frage im Kampfe gegen eine Inflation ist. (*Abg. Dr. Migsch: Herr Dr. Maleta! Wenn es zur Tat kommt, weichen Sie aus!*) Aber lieber Freund Migsch! Wir haben ja so oft die Klängen gekreuzt, und ich freue mich, wenn wir im zuständigen Ausschuß, im Budgetausschuß, uns wieder detailliert gegenseitig dieses Vergnügen bereiten können.

War es daher nicht viel vernünftiger vom Standpunkt der Gerechtigkeit, aber auch vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft aus, daß die Volkspartei vorgeschlagen hat: Wir sind für eine Korrektur der Lohn- und Einkommensteuer!! Ich habe da von meinem sozialistischen Vorredner freundliche Töne für kleine Bauern und kleine Gewerbetreibende gehört. Aber es ist doch ganz richtig, daß, wenn eine Senkung kommt und ein sozialer Schutz durch eine Korrektur der Progression gegeben werden soll, diese für Unselbständige und für Selbständige gleichermaßen gelten soll. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist doch nach Adam Riese ein Anliegen, das wir mit ruhigem, gutem Gewissen vertreten können, wo unsere



**Dr. Maleta**

Arbeitnehmer in keinen Gewissenskonflikt kommen und wo wir auch soziale Maßnahmen setzen, weil es eben, das muß man auch einmal offen sagen, ein soziales Gefälle gibt. Das Gefälle ist doch heute nicht mehr so verteilt: hier Selbständige, hier Unselbständige, sondern es zieht sich doch quer durch alle Schichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um auf ein anderes Kapitel zu kommen, möchte ich sagen, daß dieses Budget eben diesem Staat, der aus tausend Wunden blutete, seine Wirtschaft aufbauen mußte, der eine so wunderbare Aufbauleistung erzielt hat, die Möglichkeit geben muß, Notwendigkeiten der Wirtschaft durch Großinvestitionsfinanzierungen gerecht zu werden, was nötig ist, um unsere Produktionskraft zu steigern, aber gerade auch im Hinblick auf die vor uns stehende Integration.

Ich möchte mich lediglich auf einen einzigen Hinweis beschränken: Im Jahre 1945 hatte Österreich das schlechteste Straßennetz Europas. Kein Wunder! Armeen und ihre Panzer sind über unsere Straßen gerollt, und einen ganzen Krieg lang ist nichts geschehen. Es war eben das Erbe, von dem ich zuerst gesprochen habe, von dem wir uns jetzt nicht schnell genug befreien können. Aber heute kann man sagen, daß das österreichische Straßennetz zu den besten in Europa gehört.

Es ist richtig, wie der Herr Abgeordnete Uhrlir und auch der Herr Abgeordnete Gredler gesagt haben, man muß natürlich auch daran denken, Einnahmen zu steigern, oder auch sehen, wo sie herkommen. Gestatten Sie mir, daß ich eine kleine Empfehlung gebe. Wir haben hunderte Millionen von ERP-Mitteln brach liegen, und es wäre daher sehr zeitgemäß und zweckmäßig, unsere Sorgen zu verringern, indem man die Blockade dieser Mittel aufhebt, indem man sich nicht in einem lächerlichen Streit über Kompetenzen, der hier von der Sozialistischen Partei ausgelöst wurde, ergeht; dann bestünde schon eine Möglichkeit, manchen berechtigten Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Ich möchte sagen, es ist ein Vergnügen, zu hören, wie auf einmal über das Wort „Nationalindustrie“ diskutiert wird — Herr Dr. Gredler, in diesem Zusammenhang können Sie das Wort „national“ gerne gebrauchen (*Abg. Dr. Gredler: Danke!*) —, aber die verstaatlichte Industrie gehört doch dem Volke. Nun, wer repräsentiert aber da das Volk, nämlich den Nutznießer? Doch der Finanzminister! Es wäre daher notwendig, daß man über die Dividendenpolitik, über eine vernünftige Kapitalmarktpolitik und über die Verwendung der Mittel aus dem Investitions-

fonds spricht und hier zu Lösungen kommt. Das ist doch keine Republik für sich, kein eigenes Reich. Wenn es eine „Nationalindustrie“ gibt, eine verstaatlichte Industrie, dann muß doch das ganze Volk irgendeinen Vorteil haben. Ich begrüße es daher, wenn der Herr Finanzminister auf der Kleßheimer Tagung seine Bemühungen begonnen hat, um hier zu einem Einverständnis zu gelangen. Es ist ihm einiges gelungen, aber nach unserer Auffassung viel zu wenig, und ich darf in dem Zusammenhang ein Wort sagen, wenn es auch nicht direkt zum Budget gehört, aber es ist üblich, in der Budgetdebatte aktuelle politische Gesichtspunkte zu berühren.

Ich glaube, daß wir den ganzen Problembereich der verstaatlichten Industrie einmal aus dem politischen Streit herausheben müssen, indem wir eine gewisse Neutralisierung vornehmen. Es ist sicher eine politische Realität, wenn von seiten der Sozialistischen Partei die Auffassung vertreten wird: VÖEST oder Alpine kann man nicht reprivatilisieren. Es ist aber ebenso eine Realität, daß auf der anderen Seite die Sorge besteht, daß die zusammengeballte Kraft der verstaatlichten Industrie unter sozialistischer Führung zum Selbstzweck werden könnte, zu einem Rammbock in der Umformung und Auseinandersetzung zwischen sozialistischer und freier Gesellschaftsordnung. Deshalb werden wir einmal die verstaatlichte Industrie politisch neutralisieren müssen.

Nun ist auch das Wort von der Bewertungsfreiheit und der Umsatzsteuerrückvergütung gefallen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Uhrlir! Vergessen Sie doch in dem Zusammenhang nicht, daß in der Brust Ihres Parteibornes Pittermann in dieser Frage zwei Seelen wohnen und daß die Rechte nicht weiß, was die Linke tut. (*Ruf bei der ÖVP: Es sind zwei linke Seelen!*) Er als Herr der verstaatlichten Unternehmungen kennt doch am besten die Notwendigkeit der Bewertungsfreiheit und Umsatzsteuerrückvergütung. Aber auch über etwas anderes muß man natürlich sprechen. Die Bewertungsfreiheit ist ein vorübergehend zinsfreier Kredit, der notwendig war, um unsere darniederliegenden zerstörten, ausgeplünderten Produktionsstätten mit Kapital zu versehen, weil der österreichische Kapitalmarkt zu schwach war. Bewertungsfreiheit und Umsatzsteuerrückvergütung sind notwendig angesichts der kommenden Integration, wo sich unsere Exporteure und unsere inländischen Wirtschaftsbetriebe dem starken Druck des Auslandes gegenübersehen und ein Exportrückgang zu erwarten ist. Damit ist das gleiche Interesse auch für die Arbeitnehmerschaft gegeben, daß die Betriebe nicht zusperrern müssen.

**Dr. Maleta**

Aber richtig ist, und wer leugnet das ab, daß es Mißstände gibt und daß man überprüfen muß, ob einzelne Positionen nicht geändert werden sollen. Soviel ich weiß, sind ja diesbezügliche Besprechungen schon eingeleitet, hat sich der Herr Finanzminister darüber Gedanken gemacht. Wir werden auch hier das Richtige tun, was das ökonomisch Gesunde sichert und das mittlerweile unökonomisch Gewordene oder das Asoziale abschneidet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Gewöhnen Sie sich doch endlich einmal ab, in uns hier herüber den Teufel, den Kapitalismus sitzen zu sehen. Ich möchte diese Diskussion nicht anschneiden, und ich möchte auch gar nicht, daß Sie dazu diskutieren, denn da würden wir in ein Gebiet hineinkommen, das äußerst pikant zu behandeln wäre. *(Zwischenrufe.)* In diesem Zusammenhang freue ich mich, daß auch für die Gewerbeförderung eine wesentliche Erhöhung erzielt werden konnte, wobei ich unterstreiche, daß das Große, Entscheidende und Wichtige für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden ja das Versprechen ist, das wir von der Österreichischen Volkspartei gemacht haben, zunächst mit 1. Jänner 1963, dann im Zuge der Verhandlungen mit 1. Juli 1962 eine Korrektur dieser Einkommensteuerverordnung vorzunehmen. Das ist also auch vom Standpunkt des Schutzes und der Förderung des Gewerbes eine richtige Politik.

Nun, es ist rührend, daß der Herr Abgeordnete Uhlir so viel von der Landwirtschaft gesprochen hat, er macht sich da einen sehr einfachen Propagandaslogan zurecht: Der Landwirtschaft soll geholfen werden, aber den Kleinen und nicht den Großen. Aber er vergaß eines: sich die Agrarstruktur Österreichs anzuschauen, denn dann hätte er bemerkt, daß die Subventionen für Lebensmittel gerade der übergroßen Zahl der Kleinen zugute kommen, und er vergißt etwas — von seinem Standpunkt aus logischerweise — völlig, nämlich daß diese Subventionen für die Landwirtschaft ein Konsumentenschutz im weitesten Sinne sind, denn sie sichern ihnen die lebenswichtigen Preise. Meine sehr Verehrten! Sie glauben es nicht, aber die Öffentlichkeit und die Mehrheit in diesem Lande glaubt es! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß wir darüber froh sind, daß durch die ständige Initiative der Österreichischen Volkspartei der Landwirtschaft eine Hilfe geboten werden konnte, denn wir wissen, daß sie sich in einer europäischen Krise befindet, in der ewigen Krise der Preisschere zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Produkten. Es war daher richtig, die agrari-

sche Marktordnung zu sichern und das Landwirtschaftsgesetz durchzukämpfen, die Mittel für den Grünen Plan zur Verfügung zu stellen, der ja letzten Endes nicht den einzelnen direkt zugute kommt, sondern für die Hebung und Stärkung der Produktionsmöglichkeiten, gewissermaßen der Voraussetzungen der Produktion, gedacht ist.

Ich glaube, alle Berufsgruppen sollten in dem Zusammenhang nicht vergessen: Es war richtig und gut, der Bauernschaft zu helfen, und die Bauernschaft weiß, daß es keinen freien Bauernstand gäbe ohne das Zusammenwirken aller anderen Berufsgruppen. Aber wir wissen, daß es einen freien Arbeitnehmer, den auch Sie gegenüber dem Kommunismus vertreten, und ein freies Bürgertum oder freie Selbständige nicht gäbe ohne einen starken, freien Bauernstand. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit komme ich jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, kurz zu einem anderen Kapitel. Das ist ein Anliegen der nächsten Zukunft, und ich umreiße diese Problematik mit den Worten: EWG und EFTA. Es ist eine heikle Problematik, die dadurch gekennzeichnet ist, daß eine vernünftige Konkordanz zur wirtschaftlichen Integration Europas vom wirtschaftlichen Standpunkt Österreichs aus nötig ist, daß ihre Form aber die größte politische Aufmerksamkeit erfordert. Es ist natürlich eine Tatsache, daß die Staaten der EWG durch ihre supranationalen Organe gewissermaßen embryonal, im Keime, eine Art Vereinigte Staaten von Europa sind, daß also die EWG eine Organisationsform hat, die sich mit unserer Verpflichtung zur Neutralität und mit unserer Souveränität in Widerspruch befindet.

Noch ein zweiter Gedanke ist da vielleicht interessant. Diese gesamte Integrationsproblematik ist ja auch verzahnt mit dem gegenwärtig so dramatisch zugespitzten Ost-West-Konflikt. Die Vereinigten Staaten haben die Konsolidierung Europas als Schutzwall gegen den Osten durch starke wirtschaftliche und finanzielle Unterstützungen gefördert, obwohl sie von ihrem Standpunkt aus wissen mußten, daß der Markt der 200 Millionen auch für sie einmal ein Konkurrent werden könnte. Es war oft sehr pikant, zu beobachten, wie mancher Amerikaner europäischer gedacht hat als mancher Europäer. Ebenso ist es eine realpolitische Tatsache, daß vom Standpunkte Moskaus her — wobei es ganz egal ist, ob das ein roter Zar ist oder ein weißer Zar wäre — eine Politik nach dem Grundsatz geführt wird, im Vorfeld Einzelstaaten und Einzelwirtschaften zu erhalten und eine europäische Konzentration im Vorfeld zu verhindern. Daher glaube ich, daß Fehler auf allen Seiten

**Dr. Maleta**

geschehen sind und daß es in der Innenpolitik falsch war, wenn auf der einen Seite die EWG-Freunde das wirtschaftlich Notwendige unter Hintanlassung der politischen Schwierigkeiten betont haben und wenn auf der anderen Seite die EFTA-Freunde vergessen haben, daß die EFTA kein Selbstzweck ist, sondern, wie es schon in der Präambel des Vertrages heißt, eine Vorstufe für eine größere und weitere Integration. Es war daher vielleicht nicht ganz richtig, nicht abgewogen und nicht im richtigen Moment placiert, wenn von mancher verantwortlichen Stelle aus parteipolitischen Gründen gewisse Äußerungen gemacht worden sind, die unsere Bewegungsfreiheit einengen könnten.

Ich begrüße es daher außerordentlich, daß eine Konkordanz hergestellt werden konnte zwischen Österreich, der Schweiz und Schweden, den neutralen Staaten; daß man gemeinsam erwägt, wie hier das wirtschaftlich Notwendige mit dem politisch Tragbaren kombiniert werden kann. Ich glaube fast, daß sogar im Wort „Assoziation“ die Wurzel eines gewissen Mißverständnisses liegen könnte, und ich meine daher, daß eine Form der wirtschaftlichen Koordination, welche den Charakter der Souveränität und Neutralität im politischen Raum klar erkennen läßt, also mit anderen Worten eine bilaterale Methode, sicherlich der beste Weg wäre.

Ich möchte dieses Kapitel nicht abschließen, ohne auch ein Wort — das wurde von unseren Vertretern im Ausland immer wieder gesagt — an die Staaten der EWG zu richten: Österreich und die Schweiz sind auch ein Teil, ein lebenswichtiger Teil dieses Europa, und deshalb müssen die EWG-Staaten für uns Verständnis haben. Ich glaube daher, daß wir nunmehr einen richtigen Weg eingeleitet haben und daß wir uns nach dem Grundsatz richten sollten, der uns ja den Staatsvertrag ermöglicht hat, nämlich dem, daß die Existenz Österreichs im Interesse aller Staaten liegt und niemals eine internationale Verlegenheit werden soll.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu dem Südtirol-Problem. Wir haben ein moralisches Recht und eine moralische Pflicht, unseren Brüdern zu helfen; und wir haben ein juristisches Instrument in dem Pariser Vertrag. Aber wir müssen so helfen, daß sie nicht irgendwie Leid ertragen müssen, daß wir nicht die Situation dieser Volksgruppe erschweren. Wir müssen eine Politik betreiben, die dieses juristische Instrument, das gewisse Mängel hat, irgendwie stärkt und zur Anwendung bringen läßt. Das kann nur dadurch sein, daß wir uns klar zu den Rechtsgrundsätzen bekennen, zu internationaler Vertrags-

treue bekennen und daß wir in unserer Politik alles von uns weisen, was irgendwie zu unge-rechtfertigten Beschuldigungen Anlaß geben könnte, als ob Österreich den Bombenterror oder Ähnliches decken würde.

Ich glaube, eine realistische Politik ist richtig. Vielleicht hat man da und dort aus einem gewissen Irrealismus heraus die Wege nicht richtig gesehen und geglaubt, daß eine größere Beschleunigung möglich wäre. Wir begrüßen daher alle Stimmen der Vernunft, und wir hoffen, daß in der Scelba-Kommission vielleicht eine Annäherung erzielt wird. Wir hoffen, daß die bilateralen Gespräche weiterkommen, und wir wissen auch, daß wir alles dazu tun werden. Wir glauben, daß dem Rechtsanspruch der Südtiroler und dem moralischen Recht seitens Italiens einmal in geeigneter Form wird Rechnung getragen werden müssen.

Für unsere Politik bei der UNO ist zu berücksichtigen: Italien ist ein NATO-Staat und daher für den Westen ein gewisser Schutz-wall, und für den Osten ist Italien gerade jener NATO-Staat, dem er ein besonderes Augenmerk zuwendet. Damit sind meiner Meinung nach die Grenzlinien und der Spielraum unserer Außenpolitik, die sehr wendig, sehr flexibel sein muß, hinreichend aufgezeigt. Sie muß unter Wahrung unseres Rechts in Verfolgung aller taktischen Möglichkeiten so sein, daß wir uns nicht festfahren; denn auch die UNO ist eine Art Parlament unter Klubzwang, und es kommt nicht darauf an, daß wir dort mit einer Rede einen Erfolg haben, sondern darauf, daß die Weisungen an die Delegationen, die vor den Sitzungen ergehen, schon dem österreichischen Standpunkt angenähert sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun möchte ich zum Schlusse kommen und noch ein offenes Wort sagen zur Frage des Heeres. Es ist das ständige Lamento eines jeden Heeresministers, daß das Bundesheer zuwenig dotiert wird. Auch diesmal ist er nicht zur Gänze zufrieden. Ich glaube, wir müssen den Mut haben, etwas einmal offen auszusprechen, nämlich daß der Österreicher sich mit dem Heer zwar abgefunden hat, aber nicht bereit ist, die notwendigen Opfer zu bringen. Aber wir müssen uns doch klar darüber sein: Wenn wir nicht mehr geben, ist vielleicht am Ende das, was wir geben, schon zuviel. Wir müssen erkennen, daß in einer Situation der Höchstspannung in der Welt sicherlich das Bundesheer uninteressant wäre, wenn eine Weltkonflagration in einem atomaren Krieg zustandekäme. Aber in der Entwicklung des Kalten Krieges kann es ohne weiteres Situationen geben, wo es notwendig

**Dr. Maleta**

und richtig ist, daß wir einen verlässlichen Schutz haben und kein militärisches Vakuum bilden. Ich möchte mit einer Bemerkung dazu abschließen: Wenn wir schon unsere jungen Soldaten verpflichten, mit der Waffe in der Hand ihrem Vaterland zu dienen, dann müssen wir ihnen das Gefühl geben, daß sie auch die notwendigen Mittel haben und daß sie das auch wirklich tun können, was sie auf Grund ihres Idealismus tun wollen.

Die Kultur ist nicht als Stiefkind zu bewerten, wenn ich erst jetzt ein paar Bemerkungen über die Kulturpolitik mache, sondern das gehört ja sinnvollerweise an den Schluß, weil ja zuerst die wirtschaftlichen Voraussetzungen und auch die außenpolitischen Abklärungen gegeben sein müssen. Wir freuen uns, daß es dem Bundesminister Dr. Drimmel in diesem Budget gelungen ist, erhöhte Mittel für die verschiedensten Aufgaben, wie ja in der Spezialdebatte erörtert werden wird, zu erhalten. Wir freuen uns darüber, weil auch wir wissen, daß bisher hierfür eben aus der wirtschaftlichen Zwangslage heraus zuwenig gegeben worden ist. Wir wollen dies geben unter der Devise der ÖVP: Sachförderung ohne Sachbeeinflussung.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich zum Schluß. 16 Jahre lang hat dieses Haus eine Koalition gekannt. In diesen 16 Jahren haben wir eine gemeinsame Politik im Hinblick auf die Erringung der Freiheit, der Souveränität und der Erhaltung der Einheit dieses Landes betrieben. Der Staatsvertrag war die reife Frucht dieser Politik. Die Erhaltung dieser Souveränität und Freiheit ist unser Hauptanliegen und unsere Hauptsorge auch in der Zukunft. Wir haben auch eine gemeinsame Politik betrieben in dem Glauben, in der Überzeugung, daß es notwendig ist, unserem Volke den Wohlstand zu sichern, den Lebensstandard zu heben, die Vollbeschäftigung zu sichern und ein risikofreies Alter zu gewährleisten. Wir waren nur und sind sehr, sehr weit auseinander in der Methode und in den Auffassungen. Dieser Kampf ist ein Kampf der Geister, ein Kampf der Argumente, ein Kampf im Parlament — er soll nicht ein Kampf auf der Straße werden, den wir von seiten der Österreichischen Volkspartei nicht wollen, eben aus dem Verantwortungsbewußtsein heraus, an das hier der Herr Abgeordnete Uhlir bei uns appelliert hat.

Ganz zum Schluß ein Wort: Die ganze Budgetdebatte heute und auch in den kommenden Wochen wird sich darum drehen, was noch gegeben werden kann. Aber ich frage mich: Stehen in der heutigen Zeit nur der Eisschrank, das Radio, das Fernsehen, das Motorrad oder das Auto zur Debatte? Leben

wir nicht in einer dramatischen Zeit des Kampfes der Ideen und der Ideale? Sind hier nicht Kräfte in der Welt in Bewegung geraten, sind nicht Menschen mobilisiert worden, die keinen Eisschrank haben und kein Auto und kein Radio und die für eine Idee zu kämpfen bereit sind, für eine uns feindlich gesinnte Idee? Ich glaube, der Schutzwall gegen die Idee des Kollektivs aus dem Osten, das uns alle bedrängt, kann nicht allein in der Hebung des Lebensstandards gefunden werden, er muß auch gefunden werden in dem Appell an die moralischen Werte im einzelnen Menschen. Denn, Hohes Haus, Freiheit und Würde ist Sinn und Inhalt einer Demokratie und ist Sinn und Inhalt nicht nur einer christlichen Lebensauffassung, sondern auch eines humanistischen Sozialismus!

In diesem Sinne glauben wir, daß dieses Budget ein kleiner Beitrag ist auf dem Wege der Konsolidierung. Deshalb wird die Österreichische Volkspartei diesem Budget ihre Zustimmung nicht verweigern. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Benya zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Benya:** Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Maleta war bei seiner diesjährigen Rede so entwaffnend liebenswürdig — es ist nichts Böses, was ich sage —, und ich muß zugeben: er hat viel Richtiges gesagt. Er hat das natürlich nicht nur gesagt, weil es ihn dazu drängt, das zu glauben, sondern weil er doch in der Arbeiterbewegung etwas stärker verwurzelt ist. Er ist der Bundesobmann des ÖAAB, in dem auch die christlichen Gewerkschafter vertreten sind, und dieser Einfluß der Kollegen aus Arbeitnehmerkreisen dürfte zu einem großen Teil mit dazu beigetragen haben, daß er heute, zum Unterschied von manchen anderen Reden, so verhalten gesprochen hat. Ich möchte aber sagen: es war sehr angenehm. Kollege Maleta kommt ja aus Funktionen in der Arbeiterbewegung, ebenso wie Herr Finanzminister Dr. Klaus. Ich halte die Feststellung für sehr zweckmäßig, daß es eine Reihe von Menschen auch auf Seite der Österreichischen Volkspartei gibt, die gerne bereit gewesen wären, manches von dem, was eigentlich heute am heftigsten in Streit steht, noch ein wenig verbessert dem Parlament zu unterbreiten.

Wenn der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede, mit der er das Budget für 1962 vorgelegt hat, an alle appellierte, man möge ihm bei seinen Bemühungen, den Staatshaus-

**Benya**

halt zu konsolidieren, die Währungsstabilität zu erhalten und damit zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes beizutragen, helfen, so kann ich nur sagen: Diese Unterstützung haben wir Sozialisten, wenn es darum ging, die Stabilität zu erhalten und den Wohlstand zu heben, noch keinem Finanzminister verwehrt. Ich bin sicher, daß es auch diesmal nicht geschieht.

Der Herr Finanzminister wandte sich an alle Bevölkerungskreise mit der Bitte, die Steuermoral hochzuhalten. Er verlangte von den Leitern der Bundesbetriebe, der Monopole und der verstaatlichten Betriebe eine entsprechende Gewinnabfuhr, und er meinte, auch diese Unternehmungen — da dachte er sicherlich vor allem an die verstaatlichten Unternehmungen — sollen den Staat nicht als Melkkuh, sondern vielmehr als Melkeimer betrachten. Ich glaube, Herr Finanzminister, das war bildlich gemeint, denn sonst hätte die Landwirtschaft, wenn sie zusätzlich noch die Gewinne der verstaatlichten Betriebe bekäme, ziemlich ausgesorgt. Das wäre ein sehr wohlfeiles Geschäft; ich denke da an die seinerzeitige Überweisung von 300 Millionen Schilling aus den Gewinnen der Erdölindustrie für die damalige Milchpreisstützung.

Aber um bei der Sache zu bleiben: Es gibt da einen Widerspruch, Herr Finanzminister! Der Widerspruch besteht darin, daß Sie lobend über die verstaatlichte Industrie sprechen, während in Ihren Reihen immer wieder erklärt wird, diese verstaatlichten Betriebe seien Defizitbetriebe. Der Herr Finanzminister selbst hat sich bei der Kleßheimer Tagung sehr lobend über diese Betriebe ausgesprochen. Wären diese Betriebe Defizitunternehmen, wie dies von Ihrer Seite immer wieder dargestellt wird, dann wäre es nicht möglich, daß sie Gewinne abwerfen (*Abg. Machunze: Aber doch nicht alle!*), die immerhin mit zusätzlichen 420 Millionen Schilling für dieses Budget vielleicht auch dazu beigetragen haben (*Ruf bei der ÖVP: Das wissen wir genau zu unterscheiden!*), die nunmehrige Aufstockung des Grünen Planes von 200 auf 450 Millionen Schilling durchzuführen. Ich bin aber überzeugt, Herr Finanzminister, daß wenn Sie so, wie der Herr Vizekanzler es in seinem Bereich getan hat, zustimmen würden, daß dem Rechnungshof in all den Betrieben, wo der Staat über die verstaatlichten Banken eine gewisse Mitbeteiligung besitzt, eine Kontrollmöglichkeit gegeben wird, Sie auch da aus einer Reihe von Betrieben noch zusätzliche Mittel bekämen, die für das Budget von außerordentlicher Nützlichkeit wären! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie, Herr Finanzminister, bei Unterbreitung dieses Finanzgesetzes so warme und

milde Worte gefunden haben und wenn Sie so tun, als hätten Sie bei der Erstellung dieses Entwurfes an alle Bevölkerungsschichten und insbesondere an jene mit kleinen und mittleren Einkommen gedacht, dann möchte ich mir erlauben zu sagen: Nicht an den Worten, an den Taten werden wir es erkennen! Und die Taten, Herr Finanzminister, sind ein wenig anders. Von Konzilianz, von Verstehen ist da weniger zu sehen.

Vielleicht wollten Sie gerecht sein und durften es nicht sein. Vielleicht wurde Ihnen und dem Herrn Bundeskanzler von Gruppen, die hauptsächlich außerhalb dieses Hauses tätig sind, ein „harter“ Weg vorgeschrieben gegenüber den Wünschen der Arbeitnehmer, welche vom Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Kollegen Olah, vortragen wurden. Lange Zeit sah es nämlich so aus, als ob man auf die maßvollen und berechtigten Wünsche des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Rücksicht nehmen wollte, durch die Erhöhung des Werbekostenpauschales eine Milderung der Lohnsteuerprogression herbeizuführen und damit ein steuerliches Unrecht zu beseitigen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Maleta sagen: Ihre Variante — unserer Meinung nach wäre die Milderung der Lohnsteuerprogression der Weg, gegen die sich nun ständig verteuernde Lebenshaltung anzukämpfen — ist eine Variante, der ich nicht folgen kann. Wir wollen vielmehr mit der Milderung der Lohnsteuerprogression nur ein steuerliches Unrecht gutmachen, zumindest versuchen wir, es teilweise gutzumachen. Aber gerade in dieser Zeit, als es so ausgesehen hat, als ob sich die Standpunkte annäherten, als ob man zu einer Lösung kommen könne, hörten wir den Herrn Bundeskanzler — sicherlich bei einer Wahlrede, da wird natürlich öfter etwas mehr in die Pauke geschlagen — sagen: „Landgraf, bleib hart!“ Ich muß sagen, ich glaube nicht, daß das so von innen heraus gekommen ist, ich habe mehr das Gefühl, daß man von Ihnen diese Härte verlangt, und es wurde auch heute im Haus bei der Rede des Abgeordneten Uhlir in Zwischenrufen von Härte gesprochen. Sie sind eigentlich sonst immer konziliant; Sie fordern jetzt Härte — es wandeln sich die Gefühle. Ich weiß nicht, ob jene, die diese Härte verlangen, diese Forderung auch verantworten werden, denn das ist die zweite Frage. (*Abg. Mitterer: Aber voriges Jahr waren Sie gegen die Lohnsteuersenkung!*) Man kann nicht nur hart reden, Herr Abgeordneter Mitterer! (*Abg. Mitterer: Voriges Jahr waren Sie gegen die Lohnsteuersenkung!*) Spießer sind immer froh, wenn man sagt: Hart sein!, aber ob man das auch in der Endkonsequenz durchsteht, das ist die zweite Frage. (*Abg.*

**Benya**

*Mitterer: Voriges Jahr haben Sie sich gegen die Lohnsteuersenkung sehr gewehrt!)*

Ich möchte daher sagen: Herr Finanzminister! Verlangen Sie nicht nur hier, man solle die Verantwortung für die Ordnung im Staatshaushalt übernehmen. Verlangen Sie von jenen, welche Sie auf diesen harten Kurs getrieben haben, das gleiche. Verlangen Sie von denen, welche auf Kosten der arbeitenden Menschen Steuergeschenke, die in die Millionen gehen, erhalten, Verständnis für den Staat! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Vom Herrn Hueber! Dort verlangen Sie es!)*

Wenn man von Steuermoral spricht, Herr Kollege, möchte ich sagen: An den Lohnsteuerpflichtigen braucht man wegen der Steuermoral nicht einmal zu appellieren; vom Lohnsteuerpflichtigen erhält der Staat, erhält der Finanzminister seine Beträge schon, bevor der Arbeitnehmer seinen Lohn und sein Gehalt erhält. Diese Beträge werden pünktlich auf den Groschen gezahlt. Das zeigt sich ja auch darin, daß die Lohnsteuer Jahr für Jahr stärker steigt als die Einkommensteuer, weil da doch Möglichkeiten bestehen, mit Hilfe einer Reihe von Abschreibungsmöglichkeiten etwas weniger Steuer zu zahlen. Ich verstehe daher den Appell des Herrn Finanzministers an die Kreise der Selbständigen, die Steuermoral hochzuhalten, und ich will hoffen, daß dieser Appell nicht wie so oft vorher ungehört verhallt.

Ich glaube aber, daß es nicht richtig gewesen ist, die Forderung nach Erhöhung des Werbekostenpauschales abzulehnen, und ich bin überzeugt, daß die Ablehnung ein Fehler gewesen ist.

Herr Finanzminister! Sie operieren mit dem „ausgeglichenen Budget“, Sie sagen, daß es bei Erfüllung unserer Forderungen in Unordnung geraten wäre, daß wir damit die Währung und die Stabilität der Wirtschaft gestört hätten. Ich muß Ihnen sagen, Herr Finanzminister: Das hören wir Jahre hindurch immer wieder. Die Arbeitnehmer vernehmen immer wieder, daß gerade dann, wenn sie etwas erhalten sollen, die Ruhe und Ordnung, die Währungsstabilität, die Wirtschaft gefährdet würden, und man erklärt: Laßt doch ab von euren Forderungen, ihr könnt doch diesen Staat nicht zugrunde richten!

Herr Finanzminister! Bei unseren Vorgesprächen als Vertreter des ÖGB haben Sie ja, als Sie unseren Standpunkt kennenlernten, teilweise Ihr Verstehen zum Ausdruck gebracht, Sie haben wohl immer sehr traurig dreingeschaut, aber das ist wohl manchmal schon so Ihre Art. *(Heiterkeit.)* Sie konnten aber dann allen Argumenten, die Kollege Olah vor-

gebracht hat, letzten Endes nichts mehr entgegenhalten als die Feststellung: „Jetzt geht es leider nicht.“ Und darum, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, möchte ich Sie fragen: Warum waren Sie nicht bereit, eine Vereinbarung mit uns zu treffen, damit über die Erhöhung des Werbekostenpauschales von derzeit monatlich 273 S um monatlich 182 S auf 455 S monatlich weiter verhandelt wird *(Abg. Dr. Kummer: Weil es dem kleinen Mann nichts nützt!)* und diese dann mit 1. Jänner 1962 hätte in Kraft treten können? *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Zuerst erklärten Sie, man könne über die Steuerreform erst im Jahre 1962 reden und diese ab 1963 in Kraft treten lassen. Weil Sie dann im Verlaufe der Gespräche die Unmöglichkeit Ihres ablehnenden Standpunktes eingesehen haben, haben Sie zugestanden, daß der Freibetrag von 2100 S auf 2600 S erhöht wird. Damit wurde verhindert, daß nun die Rentner, die mit einer Erhöhung ihrer Bezüge, ihrer Renten rechnen können, und die Pensionisten nicht zusätzlich in eine Besteuerung hineinfallen; aber zuerst wäre das der Fall gewesen.

Ebenso war Ihre Haltung sehr hart, als man verlangte, man möge die Nichteinhebungsgrenze bei der Lohn- und Einkommensteuer von 31,50 S etwas erhöhen, und Sie waren dann bereit, auf 120 S zu gehen, sind dann zurückgegangen auf 60 S und endlich, Sonntag, noch einmal auf 150 S gegangen. Ich muß mich fragen: Hatten Sie denn wirklich Angst — bei diesen Schwankungen, wenn man von 31 auf 120, dann auf 60 und wieder auf 150 geht —, daß mit der Erhöhung von 31,50 S auf 150 S pro Jahr die Währung gefährdet ist? Ich glaube, das sind doch keine ernsten Argumente. Aber wir können Sie als Gewerkschafter beruhigen: Durch die Forderungen des Gewerkschaftsbundes, die von allen Fraktionen beschlossen wurden, wäre auch bei voller Erfüllung der Forderung nach Erhöhung des Werbekostenpauschales die Währung nicht gefährdet worden, weil gerade wir als Vertreter der Arbeitnehmer an einer Währungsstabilität sehr, sehr interessiert sind, und das wurde auch zu wiederholten Malen unter Beweis gestellt. *(Abg. Mitterer: Aber bei der Umsatzsteuer waren Sie für die Großen! — Abg. Dr. Migsch: Sie Egoist, hören Sie auf! Sie sind der Vertreter der engsten egoistischen Interessen! Nicht so viel Rücksicht auf die Gemeinschaft nehmen Sie!)* Herr Abgeordneter Mitterer, wir kommen ja auf die Frage der Steuer noch zurück. Ich möchte aber die Herren und Damen der Österreichischen Volkspartei fragen: Sie haben erklärt: Sosehr die ÖVP für eine Milderung der Steuerprogression eintritt *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP — Abg. Pölzer: Der gehört*

**Benya**

*ja in die Sauna! — Heiterkeit — Abg. Mitterer: Ja, wenn ich so blad wär' wie er!),* sowenig könnte sie sich aus grundsätzlichen Erwägungen mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Werbekostenpauschales einverstanden erklären. *(Zwischenrufe bei der SPÖ und ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Dies, so sagten Sie, würde nämlich die Familienerhalter und die Empfänger kleiner Einkommen offensichtlich benachteiligen, und es hat auch Dr. Kummer kurz zuvor erklärt, man sei dagegen gewesen, weil das den kleinen Einkommensträgern und den Familienerhaltern nichts gebracht hätte. Sie bejahen es ja jetzt noch, wir werden daher darauf zurückkommen.

Sie erklärten weiter: Die ÖVP-Regierungsmitglieder haben daher vorgeschlagen, daß eine wirkungsvolle Regelung der Einkommen- und Lohnsteuer insbesondere durch die Milderung der Progression bei den niederen und mittleren Einkommen (*Abg. Konir: Bis 300.000 S, bei den „Kleinen“!*) unter Berücksichtigung der allein verdienenden Familienerhalter zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens mit Wirkung vom 1. Jänner 1963, erfolgen soll. Man erklärte sich dann bereit, diese Regelung auf den 1. Juli 1962 vorzuziehen, wenn um die Jahresmitte 1962 durch eventuelle Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen ein Nettobetrag von 300 Millionen Schilling verfügbar gemacht werden kann, der nach Deckung des Abganges in der ordentlichen Gebarung sowie allfälliger gesetzlicher Mehrausgaben verbleibt. Ich will nur hoffen, daß damit — wenn all das eintritt — nicht gemeint ist, daß es uns so geht wie in der Ersten Republik, wo die Renteneinrichtung für die Arbeiter in Kraft treten sollte, wenn es weniger als 100.000 Arbeitslose gibt. (*Abg. Uhlir: Wohlstandsklausel!*) Wir haben es nicht erlebt, daß diese Menschen in einen Rentenbezug gekommen sind. Aber ich glaube, wir leben in einer Hochkonjunktur, es ist daher sehr, sehr zu erwarten, und wir sind auch überzeugt, daß diese Beträge im Laufe des nächsten Jahres hereinkommen. Darum haben wir uns ja so sehr darauf verlassen, daß die Einsicht siegen und man das Werbekostenpauschale erhöhen wird, denn es hätte die Budgetansätze, davon bin ich auch überzeugt, auf keinen Fall beeinflußt, weil Mehreinnahmen pro Jahr — und sicherlich auch im nächsten Jahr — in dieser Höhe, die vom Staat gefordert worden wäre, zur Verfügung gestanden wären.

Sie machten dann einen Vorschlag: Damit es familiengerechter aufgeteilt wird, damit nicht das Werbekostenpauschale, Ihrer Meinung nach ungerecht und den Familienerhaltern nichts bringend in Kraft gesetzt

werde, machten Sie einen Vorschlag über gestaffelte Absetzungsbeträge.

Ich möchte, bevor ich auf Ihren Vorschlag eingehe, noch grundsätzlich eines sagen: Für jede Steuerermäßigung gibt es naturnotwendig zwei Grenzen.

1. Wer keine Steuer zahlt, dem kann auch keine nachgelassen werden. (*Ruf bei der ÖVP: Wundervoll!*) Ja, Sie sagen: „Wundervoll!“ Das dürfte aber Ihr Herr Generalsekretär nicht ganz wissen, denn er hat in einer Aussendung mitgeteilt, daß Familienerhalter mit vier Kindern und 2500 S Monats-einkommen keine Steuerermäßigung bekommen. Er hat nicht gewußt, daß sie bei diesem Einkommen sowieso keine zahlen. Daher möchte ich sagen: Diese zwei Grenzen seien klargestellt.

2. Den Höchstbetrag jeder Steuerermäßigung stellt die tatsächlich gezahlte Steuer dar. Ich kann daher nicht mehr Steuerermäßigung geben, als der Steuerzahler effektiv zahlt. Das sollte eigentlich auch selbstverständlich sein, ist aber bei Ihnen anscheinend nicht ganz bekannt.

Innerhalb der Schranken von 1. und 2. muß jedoch festgestellt werden, daß die relative Steuerermäßigung, das heißt die Verringerung der Steuerlast, ausgedrückt in Prozenten der bisherigen Steuerleistung, in den Gruppen I und II am niedrigsten, in der Steuergruppe III jedoch umso höher ist, je mehr Kinder der Haushalt zählt.

Kollege Dr. Maleta hat gemeint — und Herr Dr. Gredler hat auch schon darauf hingewiesen —, man solle nicht beide Fragen vertauschen, denn sie können nicht vertauscht und auch nicht vermischt werden. Die Frage des Werbekostenpauschales kann nicht mit der familienpolitischen Steuergesetzgebung vermennt werden, denn das Werbekostenpauschale ist ein Pauschale für den Betrag, den der Arbeitnehmer in sehr verschiedenem Ausmaß braucht, um für die Ausübung seines Berufes nachweislich notwendige Ausgaben zu tätigen. Das hat mit der Familie nichts zu tun. Die Steuerpolitik für die Familie wird in Form der Steuertabelle mit I, II, III — hier wieder III/1, III/2, III/3 und III/4 und so weiter — betrieben. (*Zwischenruf des Abg. Reich.*) Vermengen Sie das daher bitte nicht! Dann sind die Regelungen schon viel klarer.

Ich werde Ihnen an einigen Beispielen zeigen, daß die Behauptung, der Vorschlag des ÖGB hätte dem Familienerhalter Schaden zugefügt, unrichtig ist. (*Abg. Dr. Kummer: Nichts gebracht!*) Er hätte „nichts gebracht“, bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kummer, nichts



**Benya**

gebracht. Ich möchte daher sagen: Sie haben einen Vorschlag gemacht und haben gemeint, mit einem gestaffelten Absetzbetrag, der natürlich in der Steuergruppe I am niedrigsten und in der Steuergruppe III/4 am höchsten ist, würde dem Familienerhalter mehr geholfen sein als mit unserem Vorschlag einer fixen Erhöhung des Werbekostenpau schales um 182 S.

Sie haben vorgeschlagen: In der Steuergruppe I: Absetzbetrag 13 S, in der Steuergruppe II: 26 S, III/1: 39 S, III/2: 52 S, III/3: 65 S und III/4: 78 S. Ich habe mir das durchgerechnet. Ich will nicht wieder eine Menge Zahlen sagen. Nur einige Beispiele.

Wenn wir ein steuerpflichtiges Monatseinkommen von 1600 S annehmen, dann ist in der Steuergruppe III/1, das ist ein Ehepaar mit einem Kind, der derzeitige Tarif bei 1600 S Monatseinkommen 9,80 S. Auf Grund unseres Vorschlages, den Sie ja nicht angenommen haben, weil Sie gesagt haben, er bringe den Familien nichts, würde diese Familie keine Steuer zahlen; auf Grund Ihres gestaffelten Vorschlages würden Sie ihr damit eine Steuerermäßigung von 3,80 S pro Monat bringen; nach unserem Vorschlag wären es 9,80 S, nämlich die völlige Eliminierung der Steuer.

Wenn Sie einen Betrag von 2000 S nehmen, so ist 61,20 S der Tarifsatz. (*Abg. Konir: Dabei gibt es Rechenmaschinen!*) Nach unserem Vorschlag wäre die Steuer für diese Familie um 22,90 S gemildert worden. Sie haben einen Vorschlag gemacht, dessen Verwirklichung den Familien mit einem Kind pro Monat 4,40 S bringen würde.

In der Steuergruppe III/2 bei 2500 S — bei 2000 S Einkommen hat ja diese Familie nur eine geringe Lohnsteuer zu zahlen — ist Ihr Vorschlag: Absetzbetrag 52 S. Unser Vorschlag — wie Sie sagen: sehr unsozial — hätte der Familie immerhin 25,90 S pro Monat gebracht; Ihr „sehr sozialer“ Vorschlag bringt der Familie ganze 8 S an Steuerermäßigung!

In der Gruppe Familie mit drei Kindern — damit Sie nicht glauben, wir sind nur an der Gruppe mit einem oder zwei Kindern interessiert — billigen Sie der Familie 65 S Absetzbetrag zu. Unser „unsozialer“ Absetzbetrag bringt bei einem Einkommen von 3000 S der Familie 31,50 S, Ihr Vorschlag bringt ihr 11,50 S.

Und nun noch die letzte Gruppe — damit Sie nicht erschöpft werden —: Familien mit vier Kindern. Hier ist Ihr Absetzbetrag 78 S. Bei einem Einkommen von 3500 S beträgt auf Grund unseres Vorschlages die Ermäßigung

bei vier Kindern 34,30 S, nach Ihrem Vorschlag 14 S.

Ich glaube, ich habe Ihnen mit diesen Zahlen schon dargestellt, daß das, was Sie hinausposaunen: „Wenn unser Vorschlag verwirklicht worden wäre, dann wäre für die Familienerhalter überhaupt nichts herausgekommen“, unrichtig ist. Es kommt bei unserem Vorschlag noch immer mehr heraus als bei Ihrem, wie Sie sagen, so sozial gestaffelten Vorschlag.

Wir wollen daher, sehr verehrte Damen und Herren, feststellen — ich könnte auch aus den anderen Steuergruppen solche Beispiele bringen —, daß der Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, den alle Gewerkschaftsfaktionen unterstützt haben, wohlüberlegt und richtig ist und daß man dabei auch auf alle Lohnsteuerzahler Bedacht genommen hat.

Man meint: Ja, wenn das zustandegekommen wäre, dann wäre der Steuerausfall sehr groß. Heute hat der Herr Abgeordnete Dr. Maleta von 700 Millionen Schilling gesprochen. Da hat er ein wenig stärker aufgetragen. Das ergab die erste Durchrechnung. Nach den Gesprächen, die hohe Beamte des Finanzministeriums mit unseren Experten geführt haben, hat die nochmalige Durchrechnung dann eigentlich nicht mehr sehr viel Differenzen gezeigt: es kommen zwischen 480 und 500 Millionen Schilling heraus. Sicherlich ein gewaltiger Betrag, doch wollen wir auch hier feststellen: Nicht alles wäre zu Lasten des Budgets gegangen, sondern nur 55 Prozent von diesem Betrag. Der Herr Abgeordnete Dr. Maleta hat recht: Es hätten auch Länder und Gemeinden etwas dazu beitragen müssen, 25 Prozent die Länder, 20 Prozent die Gemeinden. Aber sollen nur die Arbeitnehmer Opfer bringen? Sind die Arbeitnehmer nicht auch in den Gemeinden wichtig? Sind sie nicht auch dort Steuerbringer? Sie sind nicht nur Lohnsteuer- und Lohnsteueranteilbringer, sondern sie sind ja dort Konsumenten und tragen durch die Umsatzsteuer und eine Reihe von Steuern und Abgaben dazu bei, daß die Gemeinden und Länder ihren Verpflichtungen nachkommen können.

Ich glaube aber, daß dieser Abgang, der für den Staat vielleicht 300 Millionen Schilling betragen hätte, bei einem Budget mit über 53 Milliarden Schilling hätte getragen werden können, wird doch der Ertrag der Lohnsteuer um 900 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Jahre 1961. Wir haben also neuerlich eine Erhöhung des Ertrages der Lohnsteuer zu erwarten.

Wenn man sich diese Zahl vor Augen gehalten und den Vorschlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sachlich und leidenschaftslos geprüft und gewürdigt hätte, dann



**Benya**

hätte man einsehen müssen, daß er erfüllbar gewesen wäre.

Der Herr Finanzminister hat Mittwoch über Befragen mitgeteilt, daß die Lohnsteuer heuer, also von Jänner bis September, um 23 Prozent mehr erbracht hat, als präliminiert war, und das schon im September. (*Bundesminister Dr. Klaus: Nein, nein!*) Ja, Sie haben es mitgeteilt, 23 Prozent hat sie mehr gebracht, und es kommt sicherlich noch einiges dazu. (*Abg. Dr. Migsch: Das ist die Steigerung!*) Wie verhält sich dann eine Steigerung der Lohnsteuer um 23 Prozent? Wir können uns das ja im Protokoll ansehen. Ich habe mir notiert, daß der Ertrag um 23 Prozent höher sein soll. Bitte, vielleicht ist es ein Irrtum, ich bestehe nicht darauf. Ich werde mir das Protokoll sehr genau ansehen, ob die 23 Prozent richtig sind. Aber eine Steigerung ist eingetreten. Das wird niemand bestreiten. Denn auch unsere Ziffern sagen uns das. Wie verhält sich denn diese Steigerung zu der Tatsache, die vom Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt wird, daß die Löhne gegenüber dem Vorjahr um 8 bis 10 Prozent gestiegen sind? Ich möchte dabei erwähnen, daß gerade in diesem Monatsausweis festgestellt wird, daß die Lebenshaltungskosten neuerlich gestiegen sind und sich gegenüber dem Vorjahr um etwas mehr als 4 Prozent erhöht haben.

Ich möchte, um Ihre unmögliche Haltung aufzuzeigen, feststellen, daß sich die Lebenshaltungskosten von 1957 bis Mitte 1961, wie offiziell festgestellt wurde, um zirka 10 Prozent erhöht haben. Jetzt geht es, wie erwähnt, in einem beklemmenden Tempo weiter, und für diese allein durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten verursachte und notwendig gewordene Lohnerhöhung zahlen die Arbeitnehmer eine sehr stark progressive Lohnsteuer.

Außerdem tragen sie — ich möchte das mit einigen Zahlen beweisen — als arbeitende Menschen in Form der auf sie entfallenden Massensteuern bei, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Aber ich glaube, auch die Steigerung der Massensteuern ist, wie die Steigerung der Steuereingänge überhaupt, interessant.

Nach den Voranschlägen von 1959 bis 1962 — es handelt sich um die Voranschlagszahlen — hat sich die Einkommensteuer von 2700 Millionen im Jahre 1959 auf 3600 Millionen Schilling im Voranschlag 1962, also um 33,3 Prozent erhöht. Die Lohnsteuer betrug 1959 2350 Millionen, für 1962 wurde sie mit 3600 Millionen präliminiert; das ist eine vorgesehene Lohnsteuersteigerung um 53,2 Prozent. Die Körperschaftsteuer

ist hingegen ein wenig zurückgegangen, und zwar von 2,3 auf 2,1 Milliarden, mit anderen Worten: es ist eine Senkung um 8,7 Prozent eingetreten. (*Ruf bei der ÖVP: Das kann nicht stimmen!*) Diese Zahlen sind ausgewiesen! Sie haben doch den Voranschlag, das steht doch im Budget. In jedem Jahr stehen die Zahlen drinnen, und sie sind von dort entnommen. Sie können sie nachlesen.

Die Umsatzsteuer betrug laut Voranschlag im Jahre 1959 7650 Millionen. Für das Jahr 1962 wird ein Eingang von 10.800 Millionen Schilling — also fast 11 Milliarden Schilling — erwartet. Das ist immerhin eine Umsatzsteuersteigerung um 41,2 Prozent. Als Arbeitnehmer oder als deren Vertreter empfinden wir es natürlich auch als sehr unangenehm, daß die Zölle, die einen gewaltigen Betrag einbringen — die Belastung wird dann meist auf den Konsumenten überwältigt —, ebenfalls in dieser Zeitspanne von 1959 bis 1962 nach dem Voranschlag von 1860 Millionen auf 3700 Millionen Schilling oder um 98,9 Prozent gestiegen sind.

Sie werden sagen, es handle sich um Beträge der Voranschläge, die nicht erreicht werden. Ich möchte Ihnen daher die Ergebnisse der Rechnungsabschlüsse 1958 und 1960 vorbringen. Wir finden hier eine Steigerung der Einkommensteuer um 5,7 Prozent, der Lohnsteuer um 25,8 Prozent, einen Rückgang der Körperschaftsteuer um 2,6 Prozent, eine Steigerung der Umsatzsteuer um 18,5 Prozent und eine Steigerung der Einnahmen bei den Zöllen um 52,7 Prozent. Glauben Sie nicht auch, daß man auf diese Weise den Unselbständigen eine Menge Belastungen auferlegt?

Ich glaube, man hätte eine kleine Milderung eintreten lassen können, indem man versucht hätte, die Lohnsteuer ein wenig zu senken. Wir wollen nichts Unmögliches, wir wollen nur die Benachteiligung der Lohnsteuerpflichtigen teilweise ausgleichen.

Die Arbeitnehmer erblicken ihre Benachteiligung in folgendem: Die Land- und Forstwirtschaft ist verständlicherweise weitgehend pauschaliert. Diese Pauschalierung erstreckt sich sogar auf Betriebe mit einem steuerlichen Einheitswert von 500.000 S. Große Teile der gewerblichen Wirtschaft wurden gleichfalls pauschaliert. Die Gewinnansätze und die Umsatzschätzungen sind nach unserer Meinung zu niedrig angenommen. Die Selbständigen haben außerdem die Möglichkeit, in nicht unerheblichem Ausmaß Kosten der privaten Lebensführung, die steuerlich nicht abzugsfähig sind, über Betriebsausgaben zu buchen.

**Benya**

Kollege Dr. Gredler hat in seiner sehr humorvollen Art ein sehr deutliches Beispiel gebracht, wie man sich solche Abzugsposten schafft, die dann steuerbegünstigt eingetragen werden können. Es gibt aber dafür noch eine Reihe von anderen Beispielen. Unser Kollege Olah, der viele Zeitungen liest, hat in einer Zeitung einen Hinweis an Selbstständige gefunden, auf dieses Buch (*ein Buch vorweisend*): „Steuerfrei? Abzugsfähig? Begünstigt?“ Es gibt eine Unmenge von Dingen, die man abschreiben kann und wovon die breite Öffentlichkeit fast keine Ahnung hat. So zum Beispiel Geschäftsautos für private Fahrten, oder man läßt Firmenangestellte im Haushalt arbeiten, was dann auf Firmenabschreibung geht, man bewirtet Geschäftsfreunde, natürlich nicht unter dem Titel „Private Freunde“, sondern das sind „Anbahnungsspesen“. Ich möchte Sie jetzt nicht allzu lange aufhalten, darf aber noch einige andere Möglichkeiten andeuten. Betriebsausgaben für einen Rennstall sind abzugsfähig, sofern der Rennstallbetrieb zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehört oder sofern es sich um einen Gewerbebetrieb handelt, bei dem auf die Dauer ein Überschuß der Einnahmen gegenüber den Ausgaben zu erwarten ist. Ich bin aber der Meinung, daß jemand, der auf die Dauer einen Überschuß hat, auf die Dauer dem Staat auch eine höhere Steuerleistung geben kann; allerdings ist das nicht Ihre Auffassung.

Dann gibt es noch Möglichkeiten im Hinblick auf Repräsentation. Der Herr Abgeordnete Dr. Gredler hat, wie gesagt, ein Beispiel erwähnt. Mir ist aber eine weitere Sache aufgefallen: Es sind auch „Schmiergelder“ abzugsfähig! Doch kann das Finanzamt die Bekanntgabe des Empfängers verlangen; wird sie verweigert, so kann der Abzug unterbleiben. Für die Beurteilung als Betriebsausgabe ist es gleichgültig, ob die Leistung gesetzwidrig ist. Ich muß schon sagen: Das sind ganz schöne Zustände! Man kann gesetzwidrig Schmiergeld geben, und man hat die Möglichkeit, das abzuschreiben. Ich muß sagen: Die Arbeitnehmer sind da nicht der gleichen Auffassung. Ebenso sind sie nicht der Auffassung, daß die Abfertigungsrücklage weiterhin bestehen soll. Gleiches gilt für die Frage der Bewertungsfreiheit, denn mit ihren überhöhten Ansätzen hat sie zu volkswirtschaftlich unerwünschten und teilweise überflüssigen Investitionen geführt. Sie lesen dauernd in den Zeitungen Annoncen, die natürlich teilweise auch wieder als notwendige Geschäftsausgaben abgeschrieben werden können: „Sie können heuer noch 60 Prozent abschreiben, wenn Sie einen Kombiwagen kaufen!“ Daß die meisten dann einen Kombiwagen und keinen PKW kaufen, ist auch klar, denn man

fährt in den modernen Kombis genauso wie in einem PKW, aber man kann beim Kombi rasch 60 Prozent abschreiben.

Das sind nur kleine Dinge. Die Ausfuhrvergütung und die Ausfuhrhändlervergütung sind keine bloßen Rückvergütungen der auf den Erzeugnissen lastenden Umsatzsteuer, sondern bereits Exportsubventionen. Die Ausfuhrvergütungen werden von dem Bruttoaufkommen an Umsatzsteuer abgezogen und schmälern damit deren Ertrag. Es muß festgestellt werden, daß die Umsatzsteuer letzten Endes zum großen Teil von den Arbeitern und Angestellten bezahlt wird.

Herr Dr. Maleta meinte, man könne aus dem Budget nicht 700 Millionen herausnehmen. Ich sage, daß diese Zahl ein bißchen übertrieben ist, ich komme nämlich auf Kosten von zirka 300 Millionen Schilling, die dem Staat erwachsen wären. Aber darüber zu streiten, hat keinen Sinn mehr; ich bin allerdings der Meinung, daß meine Zahl richtiger ist. Herr Dr. Maleta hat aber gefragt, wo man diese Summe hätte hernehmen sollen. Er hat in der Art an uns appelliert, daß man die Beträge dem Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hätte wegnehmen sollen, sozusagen: er könnte dann nicht die Elektrifizierung weiterführen. Dann hätten wieder ein paar schreien können, daß der Verkehrsminister ein noch größeres Defizit hat — obwohl der Verkehrsminister faktisch mit einem Überschuß operieren könnte, wenn von seinem Ressort die Fremdlasten genommen würden. Ich darf Ihnen sagen: Die erforderliche Summe hätte man keinem Ministerium wegnehmen müssen. Aber wenn man dort den Mut gehabt hätte, die Abschreibungsmöglichkeiten ein wenig genauer zu prüfen, wäre mehr hereingekommen als die für unsere Forderung notwendigen 300 Millionen Schilling. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Maleta: Die VÖEST schreibt auch ihre Kombis ab!*) Ich weiß nicht, ob es der Herr Finanzminister versucht hat oder ob er sich in einer sehr konziliananten Weise gedacht hat, er wolle diesen Gruppen nicht weh tun. Wir wollen aber feststellen: es hätte dort Möglichkeiten gegeben. Es wäre richtiger gewesen, den Wünschen des ÖGB, das Werbekostenpauschale zu erhöhen, Rechnung zu tragen und damit nur einen kleinen Teil der Steuerungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern zu beseitigen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich hoffe, daß Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund, als er seine Forderung stellte, an vieles dachte und daß er auf keinen Fall den Staatshaushalt oder unsere Währung gefährden wollte, wie das immer wieder so gerne

**Benya**

behauptet wird. Ich möchte aber auch gleich sagen, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund mit Unterstützung der Sozialistischen Partei auch weiterhin alles tun wird, um die Verwirklichung des am 12. Juli überreichten Programms zur Stabilisierung unserer Wirtschaft zu erreichen.

Wenn gesagt wird, wir hätten unsere Forderung viel zu spät überreicht, dann möchte ich sagen: Präsident Olah hat in der Sitzung der Paritätischen Kommission am 12. Juli die Wünsche des Gewerkschaftsbundes vorgetragen. Wir haben uns schriftlich an den Regierungschef gewandt. Die Wünsche sind daher bekannt gewesen. Denn in unserem Forderungsprogramm sind Punkte enthalten, die eben nicht so, wie Herr Dr. Maleta gemeint hat, auf dem Umweg über die Milderung der Progression bei der Lohnsteuer den Preisauftrieb und damit die Verschlechterung der Lebenshaltung bekämpfen sollen, sondern wir wollen durch unsere Forderungen die Preissituation entschärfen.

Wir verlangten daher erstens einmal eine Änderung des Preisregelungs- und des Preistreibereigesetzes, um willkürliche Preisexzesse tatsächlich verhindern zu können.

Wir verlangten und verlangen eine Änderung des Kartellgesetzes, um zu vermeiden, daß Preisabsprachen und Preisempfehlungen Preisauftriebenden fördern.

Drittens verlangten wir, dem Nationalrat solle ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Lohnsteuerprogression für die unteren und mittleren Einkommenstufen mildert. Durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen der letzten Jahre wirkt sich die progressive Besteuerung zu stark aus. Wir ersuchen um Prüfung, ob nicht auch durch andere Maßnahmen Belastungen der Lohn- und Gehaltsempfänger vermieden werden könnten. Wir verlangen eine Überprüfung der ohne Vorlage an die Paritätische Kommission vorgenommenen Preiserhöhungen und Rückführung überhöhter Preise, Überprüfung der Möglichkeit, durch weitere Zollsenkungen und Importliberalisierung Preiserhöhungen zu unterbinden. Wir verlangten zum Schluß die Überprüfung unberechtigt hoher Handelsspannen.

Über diese Frage habe ich einmal gesprochen. Ich konnte nicht widerlegt werden. Wir sind der Meinung: Auch auf diesem Sektor wäre noch einiges zu holen. Wenn man über dieses Programm verhandelt, so glauben wir, damit wieder zu beweisen, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund so wie seit 1945 mit solchen Stabilisierungsprogrammen die Initiative im Ringen um die Stabilität unserer Wirtschaft ergriffen und ein klares und eindeutiges Konzept vorgelegt hat.

Der Herr Abgeordnete Dr. Maleta erwähnte die in schwierigen Zeiten durchgeführten fünf Preis- und Lohnabkommen. Herr Bundeskanzler Ing. Raab und unser Präsident Kollege Böhm haben dabei maßgeblich mitgewirkt. Und man hat mit diesen Preis- und Lohnabkommen eine ruhige und gesicherte Aufwärtsentwicklung Österreichs erreicht.

Herr Dr. Maleta sagte heute, daß dies eben die Grundlage gewesen ist. Die Ausführungen der Kollegen Dr. Maleta freuen mich. Der Finanzminister a. D. Dr. Kamitz, der bei einigen dieser Preis- und Lohnabkommen als Sekretär der Bundeswirtschaftskammer mitgearbeitet hat, hat im Verlaufe seiner Amtszeit diese Preis- und Lohnabkommen des öfteren als unrichtig dargestellt. Es mag seine persönliche Auffassung gewesen sein. Wenn es aber die Auffassung Ihrer Partei war und man sich jetzt zu dem bekennt, was Dr. Maleta sagte, dann erfüllt uns dies mit Freude, weil damit erwiesen ist, daß die gemeinsame Arbeit die Aufwärtsentwicklung unseres Staates ermöglichte.

Die Arbeiter und Angestellten verlangen weiterhin — und das mit Recht —, daß alles getan wird, um die Preissituation zu entschärfen. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie brauchen nicht, wie das geschehen ist, den Österreichischen Gewerkschaftsbund aufzufordern, „den Staat über die Straße zu stellen“. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat dies in der Zweiten Republik zu wiederholten Malen sehr deutlich bewiesen. Die Sozialistische Partei war auch in der Zweiten Republik zu keiner Zeit bereit, mit der Partei der Straße zu paktieren. Aber es gab schon eine Zeit, in der von anderen versucht wurde, mit der Straßen-Partei einen Pakt zu schließen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Es war 1947, falls Ihnen dieser Termin entgangen ist. Ich möchte nur noch feststellen: Kollege Präsident Olah hat in schwerster Zeit und für alle sichtbar gegen den kommunistischen Versuch, den Staat von der Straße her zu erobern, erfolgreich gekämpft und sich nachher immer wieder bemüht, den sozialen und wirtschaftlichen Frieden in unserem Land zu erhalten. Das hat heute Abgeordneter Dr. Maleta bestätigt, und das können Ihre Vertreter im Koalitionsausschuß auch bezüglich der bis zuletzt zur Debatte gestandenen Steuerfrage bestätigen.

Heute wurde sehr oft das Wort „hart“ gebraucht. Sollten die Scharfmacher in Ihren Reihen aber meinen, die Österreichische Volkspartei müsse sich an den Spruch halten „Landgraf, bleib hart!“, so sage ich Ihnen: Die österreichische Arbeiterbewegung ist

**Benya**

mit Monarchen, Grafen, Fürsten fertig geworden, sie hat das autoritäre und faschistische System überwunden. Wir beugen uns nicht! Sagen Sie den Kreisen der Wirtschaft, den Monopol- und Kartellherren und den Vertretern der Finanzhierarchie, daß sie, wenn sie den harten Kurs wollen, für die Weiterentwicklung die Verantwortung tragen! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wir wollen im Interesse der gesamten Bevölkerung und angesichts der schwierigen Weltlage und der Aufgaben, die uns bevorstehen, hoffen, daß sich auch bei Ihnen jene Kreise durchsetzen, mit denen bisher eine so erfolgreiche Arbeit für Österreich und sein fleißiges Volk geleistet werden konnte! *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Altenburger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Gredler: „Halb zog es ihn, halb sank er hin ...“ — Heiterkeit.)*

**Abgeordneter Altenburger:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Gredler vorerst einmal, wie immer, versuchte, alle Schwierigkeiten und alles Ungute aus der Koalition abzuleiten, so kann ich ihn verstehen, denn diese Gruppe wird niemals für eine sachliche Zusammenarbeit im Rahmen einer Koalition sein; ihr wäre es wahrscheinlich lieber, wenn es keine sachliche Zusammenarbeit gäbe, sondern vielleicht nur eine einzige Richtung alleinbestimmend wäre. *(Abg. Dr. Gredler: Sind Sie schon wieder dabei?)* O nein, mein verehrter Kollege Dr. Gredler! Ich möchte Sie noch auf etwas anderes verweisen. Gerade Ihre Freiheitliche Partei ist es, die uns oft Beispiele von Westdeutschland bringt. Was macht man denn in Westdeutschland? Strebt man dort nicht auch nach einer Koalition?

Für uns in Österreich ist dies nicht eine Frage von parteipolitischer Seite aus gesehen, sondern eine Frage nach dem Willen des Volkes. Wenn der Wille des Volkes fast zwei gleich starke Parteien wählt, so kann man nicht eine Koalition mit jener Gruppe schließen, die zahlenmäßig fast am wenigsten das Vertrauen des Volkes nachzuweisen in der Lage ist. Damit ist die Situation der Koalition gegeben. Es sind zweifellos nicht gleichgelagerte Kräfte. Aber besteht nicht das Leben im Ausgleich? Ist es nicht Aufgabe letztlich auch des Parlaments, den Ausgleich, die Mitte, das Erträgliche zu suchen? Wenn man diese Aufgabe bejaht, dann muß man doch zu einer anderen Auffassung über die Zusammenarbeit der beiden Parteien kommen, die durch den Willen des Volkes zu dieser Zusammenarbeit berufen sind.

Nun einige Worte zu der Sachlage. Ich weiß nicht — ich muß hier unterscheiden —: Hat der Kollege Benya als Parteimann oder als Gewerkschafter gesprochen? *(Abg. Benya: Darf ich dich fragen, Kollege Altenburger: Als was sprichst du? — Heiterkeit.)* Meine Aufgabe wird es sein, einige Dinge richtigzustellen. So möchte ich zum Beispiel darauf hinweisen, daß der Appell meines Kollegen Benya an die Österreichische Volkspartei nicht ganz angebracht war.

Warum hat in der letzten Zeit eine gewisse Auseinandersetzung auch in der Öffentlichkeit Platz gegriffen? Nicht deswegen, weil man an und für sich entsetzt sein soll, wenn ein Bürger dieses Staates aus freier Erkenntnis zu einem freien Entschluß kommt. Das sollte man doch als Demokrat würdigen, eine solche Haltung sollte man richtig werten. Aber man soll nicht versuchen, aus einer solchen Haltung parteipolitische Konsequenzen abzuleiten. Wenn Sie es aber tun, dann tun Sie es zu Unrecht für unsere Seite, denn die Haltung des Präsidenten Olah beruhte nicht darauf, daß die Österreichische Volkspartei, wie Sie es jetzt zum Ausdruck bringen, alles ablehnte, sondern die Wurzel ist darin zu suchen, daß die Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei die gemeinsamen Forderungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes von den Verhandlungen auf Regierungsebene ausgekapselt und der Meinung Ausdruck gegeben haben: Wir sind uns eigentlich einig; über die Forderungen des Gewerkschaftsbundes sollt ihr euch einig werden. Wenn darüber Einigkeit besteht, werden wir als Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei dem Budget zustimmen.

Was soll das heißen? Das heißt, daß Ihre Regierungsmitglieder einen gemeinsamen Beschluß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes von der Ebene der Regierung, die das Budget zu verhandeln hat, ausgeklammert und auf die Ebene des Koalitionsausschusses verwiesen haben. *(Abg. Uhlir: Das sind Märchen!)* Völlig klar! Sie haben nicht gesagt: Du, die Regierung, mußt das lösen!, sondern: Du, Koalitionsausschuß, werde du darüber einig! Damit brachten Sie meinen Kollegen und Präsidenten Olah in eine außerordentlich schwierige Situation, weil er in diesem Gremium, im Koalitionsausschuß, nicht mehr als Präsident des Gewerkschaftsbundes, sondern als legitimer Vertreter Ihrer politischen Partei tätig war. Aus dieser schwierigen Situation heraus ist manches verständlich. Aber projizieren Sie diese Schwierigkeiten doch nicht auf eine andere Partei! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese Schwierigkeiten mögen auch mit anderen Gegebenheiten *(Abg. Dr. Misch:*

**Altenburger**

*Ihr hättet nur ja sagen müssen! — Abg. Konir: Wer hat nein gesagt zu diesen Forderungen: ÖVP oder SPÖ?) in der politischen Partei zusammenhängen. (Abg. Mark: Wer hat nein gesagt? Nicht herumdrehen!) Zu diesen Forderungen hat die Österreichische Volkspartei nicht Stellung genommen, sondern das lag beim Koalitionsausschuß. (Abg. Uhlir: Wer hat dort nein gesagt? — Abg. Mark: Wer hat den ÖGB vor den Kopf gestoßen?) Ich weiß es nicht, aber Sie sind alle anscheinend Mitglieder des Koalitionsausschusses. Ich bin es nicht, ich kann daher auch nicht sagen, wer dort ja oder nein gesagt hat. (Abg. Eibegger: Wenn man es nicht weiß, dann spricht man nicht darüber! — Anhaltende Zwischenrufe.) Ich werde aber darauf noch zu sprechen kommen, daß Sie hier eine Unterschiebung durchführen, die auch nicht richtig ist, und ich werde Ihnen beweisen, daß Ihre jetzige Einstellung nicht richtig ist, Kollege Mark! Möglicherweise ist der Kollege Mark im Koalitionsausschuß. (Abg. Mark: Ich auch nicht!) Er auch nicht. Also dann wissen wir beide nicht, wie es dort eigentlich zugegangen ist. (Abg. Dr. Migsch: Aberer warjabegezogen!)*

Ich stelle daher fest, daß die Forderungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes von der Ebene der Regierung mit Beschluß und Kenntnis der Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei auf die Koalitionsebene geschoben wurden. (Abg. Mark: Was ändert denn das?) Über diese Tatsache soll man nicht streiten, denn diese Tatsache ist in der Presse und in der Öffentlichkeit bekannt. (Abg. Dr. Migsch: Wo ihr ja sagt, ist wurscht; ja muß man sagen! — Abg. Mark: Ihr habt nein gesagt! — Abg. Dr. Migsch: Wo man ja sagt, ob da oder dort, ist doch gleichgültig!) Nein, das ist nicht gleichgültig, weil sich die Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei einer Verantwortung entzogen und diese Verantwortung dorthin gelegt haben, wo sie letzten Endes nicht getragen werden muß. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mark: Also die Logik!)

Die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes war nicht die Forderung nach Erhöhung des Werbekostenpauschales (Abg. Mark: Du hast es schwer! — Abg. Dr. Maleta: Nicht so schwer wie der Uhlir! — Abg. Mark: Verschärfen Sie nicht unnötig die Situation!), sondern die Forderung des Gewerkschaftsbundes ist seit dem Jahre 1955, und zwar seit dem 2. Kongreß, verehrter Kollege Mark — ich glaube, er war damals Gast- oder ordentlicher Delegierter; ich nehme an, auch mit seiner Zustimmung wurde das beschlossen —, eine Veränderung der Lohnsteuer. Der entsprechende Satz, der als klarer und deutlicher Niederschlag des Willens

des ÖGB in der Broschüre des Aktionsprogrammes des Gewerkschaftsbundes festgelegt ist, lautet wörtlich: „... eines weiteren zusätzlichen Absetzbetrages für Lohn- und Gehaltsempfänger“. (Abg. Uhlir: Na alsdann! Man hat erklärt, daß diese Forderung nie gestellt wurde!) Natürlich: Na alsdann! Das ist die Ausgangsbasis, von der wir im Rahmen des Gewerkschaftsbundes zu dieser Frage Stellung genommen haben. Wir stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß Leistungssteigerungen des Arbeitnehmers, die heute durch die Automation bedingt sind, die eine riesige Umstellung der Arbeitsleistung herbeiführen und die heute durch Sprachkundige sogar im Bedienungsgewerbe erbracht werden, auch vom Staate her in irgendeiner Weise Anerkennung finden sollen. Uns erscheint daher gerade in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Erleichterung bei der Lohnsteuer begründet und im Hinblick auf die Möglichkeiten anderer Steuerpflichtiger, auf die bereits Kollege Benya verwiesen hat, berechtigt.

Nun kam auf Grund dieser Ausgangsbasis die Forderung, die auch im Rahmen des Gewerkschaftsbundes am Anfang nicht mit dem Werbekostenpauschale verbunden war, sondern dieser Gedankengang wurde sehr deutlich vom Präsidenten Olah vertreten und mit dem Begriff Gleichstellungspauschale begründet, als ein Gleichstellungspauschale gegenüber anderen vielleicht zu Recht oder Unrecht bevorrechteten Gruppen, ein gewisses Gleichstellungspauschale gegenüber Erscheinungen, die auf der anderen Seite günstigere Möglichkeiten im Steuerrecht schaffen.

Es bezog sich also auch im Oktober die Forderung des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes noch nicht auf das Werbekostenpauschale, sondern es ging aus diesem Gedankengang heraus um die Stellungnahme zur Steuerprogression und zur Lohnsteuer.

Auf Grund dieser Zielsetzung verwies dann der Herr Finanzminister in einer Aussprache, die im Beisein des Präsidenten Olah und der drei Vizepräsidenten stattfand, darauf, daß eine solche Lösung verfassungsmäßige Schwierigkeiten habe, weil sie nur gemeinsam durchgeführt werden könne, daß, wie bereits erwähnt wurde, die Länder und Gemeinden hier etwas mitzusprechen hätten, wobei auch das Größenverhältnis dieser Forderung mit rund einer Milliarde nachgewiesen wurde. Wenn diese Frage gemeinsam gelöst wird, kommt dieses Größenverhältnis heraus.

Da in diesem Zusammenhang Präsident Olah, aber auch jeder andere in diesem Hohen Hause der Überzeugung sein mußte, daß eine Post in dieser Größenordnung im Budget nicht mehr unterzubringen ist, tauchte erstmals der Gedanke nach einer Erhöhung des

**Altenburger**

Werbekostenpauschales auf. Ich muß hier sehr deutlich feststellen, daß dieser Vorschlag nicht im Zusammenhang mit den ersten Forderungen auftauchte, sondern erst im Zusammenhang damit, daß in dieser Größenordnung die Gesamtlösung auf diesem Gebiet nicht durchführbar ist. Ich muß auch sagen, daß die Frage, ob das so oder so heißen soll, nicht entscheidend war. Und auch Herr Präsident Olah — das sage ich jetzt, weil Sie es anscheinend vorher bezweifelt haben — brachte öffentlich zum Ausdruck, und zwar nicht in irgendeinem Konventikel, daß er jedem Vorschlag, der auf diesem Gebiete eine Erleichterung, daß er jedem Vorschlag, der hier eine Lösung bedeutet oder ein Entgegenkommen bringen könnte, verhandlungsbereit gegenüberstehe und über jeden solchen Vorschlag Verhandlungen führen würde. Damit möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß kein prinzipieller, kein ausschließlicher Beschluß im Gewerkschaftsbund vorlag, der einzig und allein die Erhöhung des Werbekostenpauschales zum Ziele hatte.

Ich darf Sie, verehrte Damen und Herren, auf den letzten Beschluß des Bundesvorstandes des ÖGB verweisen. Kollege Benya ist hier; wenn ich nur ein Wort sage, das unrichtig ist, möge er sofort aufschreien. Wir haben in der Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ausdrücklich erklärt, daß man einem Präsidenten des ÖGB nicht so wenig Vertrauen entgegenbringen dürfe und könne, daß man ihn völlig binde und ihm keine wie immer geartete Verhandlungsmöglichkeit gewähre. Wir haben im Rahmen des Bundesvorstandes ausdrücklich erklärt, daß der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Möglichkeit hat — wir können ja nicht in Permanenz im Bundesvorstand beisammensitzen —, in eigener Verantwortung nach Auswegmöglichkeiten zu suchen. Damit ist auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß in dieser Situation der Gewerkschaftsbund keinerlei Absicht hatte, eine Verzögerung oder Erschwerung, einen Rücktritt der Regierung oder von was immer in diesem Zusammenhang gesprochen wird, herbeizuführen. Wir hatten absolut keinen Hintergedanken, sondern waren einzig und allein der Auffassung, daß von der Lohnsteuerseite her ein Betrag in einem gewissen Größenverhältnis, gleich, wie es dann heißen mag, rückvergütet werden soll, damit auch die Arbeitnehmer mit anderen Gruppen steuerlich gleichberechtigt werden.

In diesem Zusammenhang kam das zweite Moment, daß man meinte, der Mindestrentner, der Bezieher der niedersten Renten und der niedersten Pensionen sei in Gefahr, wenn keine Änderung eintritt, mit seinem

Bezug in die Lohnsteuer hineinzuwachsen. Das ist ein zweites Moment, das mit dem ersten nicht direkt im Zusammenhang stand. Das waren die beiden Punkte.

Und jetzt, Hohes Haus, sehen wir uns an, was erreicht wurde. Für die Rentner, für die Pensionisten, für die untersten Gruppen ist durch die Erhöhung der Bagatellgrenze und die andere Lösungsform die Furcht beseitigt, die Angst, daß die, die bisher keine Steuer zahlten, nun unter die Lohnsteuer fallen. Diese Gefahr ist nicht mehr vorhanden.

Es ist richtig, daß wir bei der anderen Forderung nicht zum vollen Erfolg gekommen sind. Herr Kollege Benya hat zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht wissen, ob mitten im Jahr die Voraussetzungen gegeben sein werden. Aber was wissen wir denn überhaupt auf lange Sicht im voraus? Vorgestern hat im Sozialausschuß ein Dozent, der diese Fragen bearbeitet, darauf verwiesen, daß wir beim Wasser in großer Gefahr sind, weil wir gar nicht wissen, wann eine Gefährdung des Wassers durch Radioaktivität oder sonstige Verseuchung eintritt, weil das mit den Luftströmungen in Zusammenhang steht und man nicht prüfen kann, ob der eine Tropfen radioaktiv ist und der andere nicht. Was wissen wir denn ein halbes oder ein ganzes Jahr im voraus?

Aber eines wurde doch zum Ausdruck gebracht: Wenn der Herr Finanzminister eine Erklärung abgibt, so sollen wir dieser nicht im vorhinein mißtrauen, auch dann nicht, wenn er von der Österreichischen Volkspartei ist; hier sollten wir das ja noch viel weniger tun, weil wir als Christen nicht lügen dürfen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wenn der Herr Finanzminister bewußt sagt, er werde versuchen, bis zum Beginn der zweiten Jahreshälfte eine Lösung zu finden, und Sie mißtrauen dem im vorhinein, Sie bringen dem Finanzminister nicht so viel Vertrauen entgegen, daß er ein Wort, das er hier im Hause ausspricht, auch ernst nimmt, dann muß man überhaupt fragen, wie Sie zur Regierung und wie Sie zum Finanzminister stehen. Ich glaube, es ist nicht zweckmäßig, einem Finanzminister, der im Hohen Hause eine Erklärung abgibt, im vorhinein Zweifel entgegenzubringen. Wenn aber nach einem halben Jahr diese Voraussetzungen nicht gegeben sind oder wenn etwas eintritt, wogegen wir Abgeordnete das Recht haben, uns hier im Hohen Hause zur Wehr zu setzen, so wird uns wahrscheinlich weder heute noch in einem halben Jahr jemand das Recht dazu nehmen können. (*Abg. Czettel: Das werden Sie nie machen!*)

Es ist aber auch in diesem Forderungspunkt insofern ein Fortschritt erreicht worden, als der Termin vom Jahre 1963 vorverlegt

**Altenburger**

wurde und Aussichten für eine frühere Lösung vorhanden sind. Ob Sie dem Glauben schenken oder nicht, ist eine Sache des Vertrauens. Die Österreichische Volkspartei und ich persönlich haben so viel Vertrauen, daß wir nicht annehmen, daß der Finanzminister bewußt eine Unwahrheit im Hause sagt oder daß er nicht ehrlich bemüht sein sollte, ein solches Ziel zu erreichen.

Nun ist die Frage, was wir weiter auf diesem Gebiet zu tun haben. So ungünstig ist das Budget nicht, daß wir Gewerkschafter von Haus aus dieses Budget ablehnen könnten oder ablehnen sollten. Ich freue mich, daß auch Kollege Benya und, ich glaube, alle, die hier im Hause sind, die gleiche Überzeugung haben, daß dieses Budget positive Elemente besitzt, daß dieses Budget in manchen Belangen günstigere Voraussetzungen enthält und daß doch auch die soziale Seite — das brauche ich nicht nochmals zu wiederholen — eine entsprechende Berücksichtigung gefunden hat. Was wir nun auf seiten des Gewerkschaftsbundes zu tun haben, wie wir die vom Kollegen Benya vorgetragenen sechs Punkte durchzusetzen haben, das zu entscheiden ist nicht Aufgabe des Hohen Nationalrates, des Hohen Hauses, sondern das ist Aufgabe der Sozialpartner. In diesem Zusammenhang geht es vorerst nicht um Steuerprobleme, sondern das sind doch Fragen, die wir mit unseren Sozialpartnern zu lösen haben. Ich darf dem Hohen Hause mitteilen, daß auch hier die Verhältnisse nicht völlig hoffnungslos sind. Wir stehen bezüglich einiger dieser Probleme in Verhandlungen, und wir werden einige dieser Probleme lösen, weil sie zwangsläufig gelöst werden müssen. Aber ich möchte jene Aufgaben ausschalten, für die das Parlament nicht unmittelbar verantwortlich ist. Man soll die Verwaltung, das Parlament, die Vertretungskörper nach Möglichkeit von jenen Aufgaben entlasten, die zweckmäßigerweise von anderen Stellen zu behandeln sind. Gerade das letzte Ereignis in diesem Zusammenhang beweist deutlich, wie ungünstig es oft sein kann, wenn auf rein parteipolitischer Ebene etwas ausgetragen wird, was auf einem anderen Sektor vielleicht günstiger auszutragen wäre.

Es ist von unserem Kollegen Benya nicht ganz nett gewesen, daß er hier von der Paktiererei mit der Kommunistischen Partei Österreichs gesprochen hat. Der Hinweis auf die Straße mag klargestellt sein, aber er berechtigt nicht zum Hinweis des Paktierens der Österreichischen Volkspartei mit der KPÖ. Denn wenn Sie das tun wollen, dann müßten wir auch nachsehen, wie dort und da bei manchen Betriebsräten auch der Sozialistischen Partei eine sehr enge und eine sehr interessante Zusammenarbeit auf diesem Gebiet

Platz greift. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich mache daraus nicht der Sozialistischen Partei diesen Vorwurf. Sie begründen das immer damit, daß das lokale Erscheinungen sind, daß das weiß ich welche Voraussetzungen schafft, wenn Sie auch darüber nicht besonders erfreut sind. (*Abg. Mark: Waren das auch lokale Erscheinungen?*) — Kollege Mark, laß das doch den Gewerkschaften über, Du hast ja andere Gebiete, wo Du viel zuständiger wärst!

Ich glaube daher auch hier, daß man nicht einer Partei, einer Regierungspartei derartige Vorwürfe machen oder ihr mit solchen Andeutungen gegenüberreten soll. Die Österreichische Volkspartei hat seit 1945 einen klaren Weg, und man wird nicht im leisensten sagen können, daß sie von diesem ihrem geradlinigen Weg abgegangen wäre.

Sie haben das Wort „Landgraf, bleib hart!“ so ausgelegt, daß Sie es auf die Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Österreichischen Volkspartei bezogen. Ja, ich weiß nicht, ob nicht auch mancher Gewerkschaftsfunktionär, mancher Obmann einer Gewerkschaft hie und da etwas hart sein muß. Wenn wir Lohn und Preis in Ordnung halten wollen, dann werden wir auch nicht allen willkürlichen und allen Einzelercheinungen, die dort und da auftreten, so ohne weiteres nachgeben können oder uns so ohne weiteres damit identifizieren können. Was wir auch für uns verlangen und verantwortlich als Gewerkschaftsbund zu leisten haben, mag nicht Härte sein, aber es ist Verantwortung. Das mag so ausgelegt werden, daß wir hier zwar nicht rücksichtslos, aber doch mit einer entsprechenden klaren Linie in dieser Verantwortung den Problemen gegenüberreten und diese auch lenken müssen. Dazu wird ja in der nächsten Woche manche Gelegenheit sein. Denn daß nunmehr die als Gewerkschaftliche Einheit getarnte Kommunistische Partei Österreichs auf der anderen Seite — Dr. Gredler hat von der wirtschaftlichen Seite etwas vorgebracht, ich möchte es von der Arbeitnehmerseite her aufrollen — zeigt, daß sie vorhanden ist, daß sie in dieser Zeit der Angst, die nicht nur in Österreich, sondern auch anderswo erzeugt wird, auch wieder versucht, ihren Nutzen zu suchen, so wie sie es seinerzeit getan hat, als stärkere Brüder im Lande hinter ihr standen. Das soll uns nicht wundern, sondern das ist eben gegeben.

Wenn dem aber so ist, werden wir und müssen wir auch als Gewerkschafter nicht nur eine gute Budgetpolitik, nicht nur ein Budget fordern, das uns innere soziale und wirtschaftliche Sicherheit bietet, sondern dann brauchen wir gerade diese Sicherheit, um Auftriebstendenzen, die von der ganz linken Seite auf



**Altenburger**

verschiedenartige Weise kommen können, gegenüberzutreten zu können.

Darum, glaube ich, sollen wir alles Verantwortliche im Zusammenhang mit diesem Budget herausuchen. Darum sollen wir nicht dort und da — es gibt überall, bei jedem Budget, auch in anderen Staaten, Hürden, es gibt Wünsche, die offenbleiben, und ich sage in diesem Zusammenhang: auch der Österreichische Gewerkschaftsbund hat viele offene Wünsche — behaupten, daß der Gewerkschaftsbund gar nichts erreicht hat, sondern ich möchte das anders ausdrücken: Wenn der Gewerkschaftsbund seine sechs Punkte nicht überreicht hätte, wenn der Österreichische Gewerkschaftsbund nicht in seiner Geschlossenheit aufgetreten wäre, hätten wir vielleicht die Erhöhung der Bagatellgrenze nicht im vorgesehenen Ausmaß durchgesetzt, hätten wir vielleicht das eine oder andere, was nachträglich noch verbessert wurde, nicht erreicht. Gestehen wir es uns ein! Aber es ist ja schließlich auch kein Fehler, denn dazu sind wir ja als Gewerkschaftsbund da, daß wir unsere Forderungen vertreten und auch durchzusetzen versuchen.

Ich möchte aber noch eines klarstellen: Wir sind als Gewerkschafter — und das darf ich jetzt als christlicher Gewerkschafter sagen — in der Österreichischen Volkspartei, um unsere Interessen als Gewerkschafter in dieser Partei wahrzunehmen und zu vertreten. Wir sind als christliche Gewerkschafter nicht die Repräsentanten der „übertragenen Teuerung“, einer Auffassung, die eine Interessentengruppe der Österreichischen Volkspartei vertritt, sondern wir werden dort, wo gemeinsame Interessen bestehen, die im Rahmen der Volkspartei klar und deutlich abgesprochen sind, diese Auffassungen wahrnehmen und weitergeben, so wie wir uns an die gemeinsamen Auffassungen des Gewerkschaftsbundes, soweit wir sie gemeinsam beschließen, gebunden fühlen und sie weitertragen. Wir werden nicht als christliche Gewerkschafter in der Auseinandersetzung auf der einen Seite gegen den Kommunismus, gegen den dialektischen Materialismus stehen, um auf der anderen Seite vielleicht im Hinterland eine andere Art des Materialismus, sei es des liberalen oder einer anderen Form, neben uns aufblühen zu sehen. Das wissen wir schon. Dazu brauchen wir absolut nicht allzu viele Lehren der einen oder anderen. Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die letzte Enzyklika sehr deutlich zum Ausdruck bringt, daß wir als Gewerkschaften mehr zu tun haben, als Lohnverträge abzuschließen, daß wir als Gewerkschaften auch eine andere Aufgabe zu erfüllen haben, als einzig und allein uns mit

den unangenehmen Fragen zu beschäftigen. Gerade in dieser letzten Enzyklika, von der Österreichischen Volkspartei begrüßt, die in sehr entgegenkommender Weise von der sozialistischen Gruppierung anerkannt wurde, zumindest in den Punkten, in denen sie besonders für sie zuständig scheint, steht es deutlich: „Was aber den allgemeinen Stand der Wirtschaft fördert, darüber zu entscheiden ist nicht Sache der einzelnen Wirtschaftssubjekte, sondern liegt bei der staatlichen Führung und bei jenen nationalen und übernationalen Einrichtungen, die für bestimmte Wirtschaftsbereiche zuständig sind.“ Und oben in der Einleitung steht: „Es ist notwendig oder zumindest höchst angemessen, daß die Arbeiterschaft Gelegenheit hat, ihre Meinung und ihr Gewicht auch über die Grenzen des Unternehmens hinaus geltend zu machen, und zwar in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.“

Ich glaube, die Arbeit des Gewerkschaftsbundes ist auch ein Teil Arbeit am gesellschaftlichen Leben. Das Budget bringt ein gewisses sittliches Empfinden der Solidarität aller Teile des österreichischen Volkes zum Ausdruck. Daß wir in dieser Entwicklung als Arbeiter und Angestellte nicht Aschenbrödel zu sein haben, daß unsere Sozialpolitik nicht im Schatten stehen und Stiefkind sein kann, das zu erreichen ist unsere Aufgabe als Arbeitnehmer. Daß aber auch andere Gruppen neben uns gleichberechtigt als Bürger des Staates ihre Forderungen anzumelden haben und sie anmelden, ist ihr Recht.

Wir Abgeordnete und die Regierung sollen über gewisse Interessensphären hinaus den gemeinsamen Nenner suchen: das Wohl unseres Vaterlandes — vielleicht in einer ernsten Zukunft — noch mehr zu festigen. Als Abgeordnete sollen wir versuchen, im Rahmen des Budgets den Weg nicht in gegenseitigen Vorwürfen, nicht im Suchen nach Angriffsflächen, sondern in der gemeinsamen Verantwortung zu finden. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die ihre Zustimmung geben, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Der Antrag ist somit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 15. November um 10 Uhr vormittag stattfinden. Die schriftliche Einladung erfolgt noch.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 13 Uhr 50 Minuten**